

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pro Nummer 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1.10 Mk., halbjährlich 2.20 Mk., jährlich 4.40 Mk., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Belegungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (teilgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Wittwoch, den 20. September 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die russische Justiz und die deutsche Regierung.

Auf die Eingabe unserer Reichstags-Abgeordneten in Sachen Kasprzak ist nunmehr folgende Antwort eingegangen:
Auswärtiges Amt.

Berlin, den 16. September 1905.

Auf die am 8. d. Mts. nachmittags ausgegebene telegraphische Eingabe, betreffend den in Warschau am 1. September dieses Jahres zum Tode verurteilten preussischen Staatsangehörigen Martin Kasprzak, geboren am 2. November 1860 in Gzlowo, Kreis Szroda, erwidere ich ergebnislos das Folgende:

Das in der Eingabe gestellte Ersuchen, durch Schritte bei der russischen Regierung einen Verzicht der Vollstreckung des Todesurteils herbeizuführen, war zur Zeit des Einganges des Telegramms nicht mehr erfüllbar, da, wie inzwischen schon allgemein bekannt geworden ist, der Verurteilte bereits am frühen Morgen des 8. d. Mts. nicht mehr am Leben war. Aus demselben Grunde konnte auch eine ähnliche Vorstellung des Verteidigers, die am gleichen Tage bei der kaiserlichen Wotschaft in St. Petersburg eingegangen war, für den Verurteilten keinen praktischen Erfolg mehr haben. Gleichwohl hat der kaiserliche Wotschaster in St. Petersburg alsbald nach Eingang der Vorstellung diese zur Kenntnis des russischen Ministers des Aeußeren gebracht.

Bei dieser Sachlage blieb nur übrig, zu prüfen, ob das russischerseits rügelose Verfahren zu einer nachträglichen Beschwerde bei der kaiserlich russischen Regierung Anlaß gab.

Wenn man aus den Berichten des kaiserlichen Generalkonsulats in Warschau die Angelegenheit aufmerksam verfolgt hat, ergibt sich der folgende Tatbestand:

Kasprzak hat am 27. April 1904 zwei Polizei-Offiziere, einen Mitmischer und einen Stabelkapitän, sowie zwei Polizisten, ohne selbst tötlich angegriffen zu sein, erschossen, als diese Beamten, dem Befehle ihrer vorgesetzten Behörde folgend, eine revolutionäre Druckerlei aufheben wollten. Kasprzak, der diese Verbrechen nie geleugnet hat, wurde wegen vierfachen Mordes vor Gericht gestellt. Bei seiner Verhaftung war Kasprzak im Besitz eines falschen, auf den Namen Wilhelm Christian Reiser lautenden bayerischen PASSES, so daß seine Identität auch von dem kaiserlichen Generalkonsulat erst später festgestellt werden konnte.

Der Generalgouverneur von Warschau überwies Kasprzak auf Grund der ihm bei gewissen Straftaten von Zivilpersonen gemäß § 17 des Gesetzes vom 14. August 1881 über den besonderen Landesschatz (14. Band der allgemeinen russischen Gesetzesammlung vom Jahre 1890) zustehenden Befugnis unter Ausschließung der ordentlichen Gerichtsbarkeit einem Kriegsgericht zur Aburteilung. Die Geschwämigkeit dieser Maßregel ist auch von der Verteidigung niemals bestritten worden.

Das Kriegsgericht beschloß in seiner Verhandlung vom 3. August 1904, Kasprzak zunächst zur Untersuchung seines Geisteszustandes unter ärztliche Beobachtung zu stellen, und die Entscheidung der Vorfrage der Zurechnungsfähigkeit dem Zivilgericht zu überlassen. Nachdem Kasprzak fast ein Jahr in Beobachtung gewesen war, erkannte das Zivilgericht nach langen Verhandlungen die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten. Wiederum vor das Kriegsgericht gestellt, wurde Kasprzak am 1. September dieses Jahres nach dreitägiger Verhandlung auf Grund des § 270 des russischen Strafgesetzbuches zum Tode verurteilt.

Um die alsbaldige Vollstreckung dieses Urteils aufzuhalten, wurden von der Verteidigung und von der Ehefrau des Kasprzak zwei verschiedene Wege eingeschlagen. Frau Kasprzak rief am 7. d. Mts. telegraphisch die Gnade Sr. Majestät des Kaisers und Ihrer Majestät der Kaiserin von Rußland an. Die Vollstreckungsbehörde hat den Entscheid hierauf nicht abgewartet und konnte zu einer Entscheidung kommen, da ein gesetzlicher Zwang zum Ausschub nach russischem Recht nicht besteht. Die Verteidigung ihrerseits erhob gegen das Urteil die Kassationsklage, deren Weitergabe an das Obermilitärgericht in St. Petersburg der Generalgouverneur aber ablehnte. Der Generalgouverneur hat das Recht hierzu in Anspruch genommen auf Grund des Artikels 1401 der russischen Militär-Gerichtsordnung, der ihm die Ablehnung der Weitergabe einer solchen Kassationsklage für die Fälle gestattet, in denen er dies für notwendig erachtet sollte. Die Verteidigung stützte sich dagegen zum Nachweise der Unrechtmäßigkeit des Vorgehens des Generalgouverneurs auf den Artikel 1403 desselben Gesetzes, der vorschreibt, daß der Generalgouverneur vorerst bekannt zu machen habe, bei welchen Vergehen die Kassationsklage unzulässig sein soll, und sie erblüht in der Unterlassung dieser Veröffentlichung die hauptsächlichste Grundlage ihrer Beschwerde.

Den Berichten des kaiserlichen Generalkonsulats in Warschau zufolge wird indessen dieser Artikel in der russischen Polizeipraxis verschieden ausgelegt, und es ist zweifelhaft, ob sein Inhalt als einer sogenannten Rubrik oder nur einer sogenannten Solldorschrift zu interpretieren ist. In letzterem Falle würde die Nichtbeachtung der Vorschrift keine Richtigkeit begründen. Dieser Auslegung ist die zuerst zur Entscheidung berufene Instanz, der Generalgouverneur, gefolgt. Aber die Frage ist noch nicht ausreichend geklärt, weshalb der kaiserliche Wotschaster in St. Petersburg angewiesen worden ist, bei der dortigen Regierung Schritte zur genaueren Feststellung dieses Punktes zu tun. Zu einer sonstigen Bemängelung des von russischer Seite eingeschlagenen Verfahrens hat sich, wie aus dem Vorstehenden ersichtlich ist, kein Anlaß ergeben. Wenn gegen Kasprzak mit besonderer Schärfe vorgegangen

wurde, so ist dies aus der Schwere der von ihm begangenen Straftaten zu erklären.

Nach der in fachverständigen und dabei unbeteiligten russischen Kreisen herrschenden Ansicht würde daher auch, wie das Generalkonsulat hervorhebt, die Durchführung der Kassationsklage an der materielle gerichtlichen Entscheidung nichts zu ändern vermocht haben.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Nichtshofen.

An die Mitglieder des Reichstags Herren Kuer, Gerisch, Rolkenbuhr, Pfannkuch und Singer hier.

Wir werden morgen zeigen, daß dieses Schreiben Nichtshofens nicht anderes bedeutet, als die amtlich urkundliche Feststellung eines dreifachen Justizmordes.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. September.

Der Parteitag.

Jena, den 19. September 1905.

Die bevorstehende Schaffung des Organisationsstatuts überhob den Parteitag der Pflicht, alle die keinen Unvollkommenheiten, die sich in der Organisation der Partei im Laufe des letzten Jahres herausgestellt haben, eingehend zu erörtern. Mit wenigen Worten der Erläuterung zu dem gedruckten Vorstandsbericht konnte der Berichterstatter über die Tätigkeit des Parteivorstandes, Genosse Rolkenbuhr, diesen Teil seiner Aufgabe erledigen. Genosse Gerisch konnte imassenbericht für dieses Jahr einen neuen Rekord der Parteieinnahmen aufstellen, trotz der starken Inanspruchnahme der allgemeinen Opferwilligkeit durch den Bergarbeiterstreik und die russische Revolution. Genosse Reister brachte für die Kontrollkommission ebenso erfreulicherweise nur über eine sehr kleine Zahl verhältnismäßig recht unbedeutender Streikfälle zu berichten. Auch die Diskussion über die inneren Parteiangelegenheiten nehmen diesmal sehr geringen Raum ein. Die Darmstädter und Mainzer Genossen wollten den Vorwurf des Vorstandesberichtes nicht auf sich sitzen lassen, daß sie bei den Gemeindevahlen eine schwächliche Kompromißpolitik statt einer kräftigen Kampfeskampft verfolgt hätten. Daraus entspann sich zwischen dem Genossen Scheidemann und Dr. David eine lebhafte Debatte, in der das letzte Wort aber erst der heftige Parteitag des nächsten Jahres sprechen soll. Einige Anregungen zu den ständigen Themen: Ausgestaltung der Parteipresse, bessere theoretische Durchbildung der Arbeiter und Verbesserung der Agitationsmethoden zeigten das Interesse der Genossen an der Kleinarbeit der Gewinnung weiterer Volkskreise für unsere Ziele.

Aber der Geschäftsbericht des Vorstandes bietet dem Parteitag zugleich die Gelegenheit, mit den hervorsteckendsten Erscheinungen in der Politik der herrschenden Klassen abzurechnen. Wohlwoll erhob das deutsche Proletariat seine Stimme für den Völkerverfrieden, der so freudig im Parokollonsfikt geföhret worden ist. Von den innerpolitischen Fragen behandelte der Parteitag die durch die Grenzperren herbeigeführte Fleischnot. Die Regierung wird durch die gefühlvolle Herbeiführung gepannter internationaler Situationen des Proletariat so wenig für die kommenden Marinevorlagen einfangen, wie durch die jetzige Fleischteuerung darüber täuschen, daß in Wahrheit die Hölle dem Volke die Lebensmittel verteuern. Rolkenbuhr gibt durch sein Referat zu den drei vom Vorstand vorgelegten Resolutionen Gewähr dafür, daß die deutsche Arbeiterschaft alle Schliche ihrer Gegner durchschaut. Die Diskussion konnte in diesem Rahmen nur Zustimmung bringen. In einer Reihe von Änderungsanträgen zeigte sich lediglich das Bestreben, den Willen des Parteitages so klar wie möglich auszudrücken. Eine einstimmige Annahme der Resolutionen legte Zeugnis ab von der Geschlossenheit der Partei nach außen.

Rolkenbuhrs Appell, die Zeit nicht ungenützt in müßigem Parteistreite verstreichen zu lassen, sondern für die Ausbreitung unserer Idee zu nützen, fand allseitig freudigen Widerhall. Auf eine weitere treffliche Gelegenheit für die Verschärfung unserer Agitation wies Genosse Förster im Bericht über die parlamentarische Tätigkeit hin. Die zunehmende Geldsalamität wird das Reich mit neuen Steuern belasten und damit unseren Kampf gegen die unbegrenzten Militär- und Marineforderungen neuen Antrieb geben. Morgen beginnt der Parteitag mit der Diskussion über den Bericht der Fraktion. Dann folgt die Tagesfrage.

Deutsch-amerikanische Handelsvertrags-Verhandlungen.

Im Hotel Kaiserhof fand gestern ein Abschiedsbankett für den von Berlin scheidenden Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika Herrn Frank S. Mason statt, an dem sich eine Reihe hoher deutscher Beamten, der russische Generalkonsul Staatsrat v. Argimowitsch, verschiedene Konsuln der Vereinigten Staaten, die Mitglieder der American Association of Commerce and Trade sowie der amerikanische Gesandte Lower beteiligten, der eine interessante Rede über die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen hielt. Er sagte: „Der gegenwärtige Augenblick ist äußerst günstig für die Regelung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern, da Deutschland ein sehr starkes Interesse an den amerikanischen Angelegenheiten nimmt, ein freundliches und stets wachsendes Interesse, das ununterbrochen die Sympathie und ein besseres Einverständnis mit uns fördert. Wie waren die Beziehungen zwischen den beiden Ländern so gut wie gegenwärtig. Ein ungewöhnliches Zeichen internatio-

nalen Wohlwollens war es auch, als der deutsche Kaiser die Delegation des Parlaments der Vereinigten Staaten empfing, die die parlamentarische Konferenz in Brüssel besucht hatte. Ihnen wurden Auszeichnungen zu teil, die selten Ausländern erzeigt werden, die nicht in offizieller Mission in Deutschland reisen. Wenn ich selbst am Zustandekommen dieses Empfanges mitarbeitete, so war es, weil ich glaubte, daß der Empfang dieser Herren durch den Kaiser und der sich daran anschließende Gedankenaustausch ein Resultat haben würden, das der Freundschaft zwischen beiden Völkern in dauernder Weise zugute kommen würde. Hauptmann Mason verläßt uns in einem Moment, in dem seine weitere Hilfe für uns besonders nützlich gewesen wäre, und darum bedauere ich, daß er gerade zu Zeit dieser abreist. Denn ich vergesse nicht, daß in den nächsten Monaten eine Diskussion stattfinden wird, die sich auf das ganze Gebiet der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen erstrecken wird. Große Interessen stehen dabei auf dem Spiele, so große Interessen, daß meinem Gefühl nach auf beiden Seiten keine Anstrengungen unterlassen werden dürfen, um diese Interessen vor den unglücklichen Folgen einer Uneinigkeit zwischen beiden Nationen zu bewahren. Ich meinerseits habe stets Sorge getragen, die Regierung der Vereinigten Staaten über die Lage in Deutschland genau informiert zu halten, und mein einziger Wunsch und mein Hoffen sind, daß schließlich eine Verständigung erreicht wird, die für jedes der beiden Länder gerecht und billig und für den Handel zwischen beiden förderlich ist.“

Die Ausführungen des amerikanischen Gesandten tragen den üblichen diplomatischen Stempel. Ueber das freundschaftliche Verhältnis der Staaten zu einander entscheidet aber das gegenseitige wirtschaftliche Interesse, und für die Gewährung günstiger Handelsbedingungen an Deutschland besteht in den amerikanischen schutzöllnerischen Kreisen wenig Reizung. Die Mehrheit der amerikanischen Geschäftswelt hält an den schutzöllnerischen Traditionen fest. Die Minorität derjenigen, die zu Konzessionen geneigt sind, ist, wie die jüngste Reziprozitätskonferenz in Chicago betonen hat, verhältnismäßig klein. Sie besteht nur aus einem Teil der Farmer, einigen Exporteuren und Gelehrten. Trotzdem bietet sich Aussicht auf Abschluß eines fögen Reziprozitätsvertrages, wenn auch unter anderen Bedingungen, als unsre Schutzöllner annehmen und wünschen. Die deutschen Schutzöllner verlangen, daß die Vereinigten Staaten und beträchtliche Ermäßigungen ihrer Hölle auf Textilprodukte, Ledertwaren und Gemische Fabrikate gewähren, während sie als Konzession den Vereinigten Staaten nur den neuen deutschen Vertragstarif einräumen wollen. Auf solche Bedingungen wird sich die Regierung der Vereinigten Staaten schwerlich einlassen, denn der neue deutsche Vertragstarif bietet der Union gegenüber dem jetzigen Zustande fast gar keine Vorteile, sondern nur Nachteile. Die deutschen Hölle auf eine Reihe der wichtigsten amerikanischen Ausfuhrartikel, z. B. Weizen, Mais, frisches Obst, Kuchholz, Talg, Del, zubereitetes Fleisch, Maschinen usw. werden durch den neuen deutschen Vertragstarif bedeutend erhöht. Wer annimmt, daß die Amerikaner derartige Hölleerhöhungen ruhig in Kauf nehmen und, ohne irgendwelche Gegenzugeständnisse erlangt zu haben, Deutschland obendrein noch bedeutende Hölleermäßigungen zugestehen, unterschätzt den Geschäftssinn der Amerikaner. Deutschland wird sich schon dazu bequemen müssen, ihnen neuwertige Gegenzugeständnisse zu machen. Und hierzu bieten sich Mittel genug. Zunächst die Aufhebung der Bestimmungen, die das Verbot der Einfuhr amerikanischer zubereiteter Fleischwaren teils ganz verbieten, teils erheblich einschränken, ferner Ermäßigungen der Hölle auf Obst, Mais und Petroleum.

Dem deutschen Proletariat kann es nur recht sein, wenn die amerikanische Regierung in dieser Hinsicht eine Pression ausübt, denn es würde dadurch eine bedeutende Ermäßigung seiner wichtigsten Lebensmittel erlangen.

Deutsches Reich.

Ein Sieg Trothas in den südwestafrikanischen Sandwästen. Generalleutnant v. Trotha meldet unter dem 18. September aus Ghamis, daß der Feind in dem Gefecht bei Kubib am 13. September etwa 300 Köpfe stark war, darunter 200 Mann mit Gewehren, Potentotten und auch Hereros unter Andreas. Während Major v. Althmann mit der 7. Kompanie Regiments 1, Halbatterie Radrotowski und 1/3 Maschinengewehr-Abteilung 1 die Westausgänge der 2000 bis 3000 Meter hohen Schab-Berge sperrte, griff Major Reister mit der 4. Kompanie des 2. Regiments, 2 Ersatzkompanie, Ersatzkompanie 1a und 6. Batterie die feindliche Stellung an. Der siegreiche Ausgang des Gefechtes in der völlig unbekanntem Gegend wurde nur durch die von langer Hand vorbereiteten persönlichen Erkundungen des Majors Waerder ermöglicht. Der Feind stob unter Juraklaffung von 60 Toten und 60 gestatteten Pferden in seinen Trupps in nordöstlicher Richtung. Die unmittelbare Verfolgung wird durch Major Reister fortgesetzt, während Ersatzkompanie 1a auf die Linie Kuis-Romiss angelegt ist und die 4. Stappentkompanie die Raufuß-Eingänge besetzt hat.

Zur Fleischsteuerung. Die von liberalen Mäthern verbreitete unrichtige Nachricht, daß die Regierung eine teilweise Öffnung der schlesisch-russischen Grenzen beabsichtige, hat die Agrarier aufgeschreckt. Sie machen mobil und bombardieren den Reichskanzler und die schweinezüchtende Erzgrube Poddelski jetzt ebenfalls mit Eingaben. So hat der rheinische Bauernverband in einer gestern in Köln abgehaltenen Sitzung seines Vorstandes und Ausschusses die Abfindung einer Eingabe an den Reichskanzler und Landwirtschaftsminister sowie den Oberpräsidenten der Rheinprovinz beschloffen, in der namens 63 000 rheinischer Bauern dringend gebeten wird, den Schutz der heimischen Viehzucht in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, insbesondere aber die Öffnung der holländischen

Grenze unter keinen Umständen zu betwillingen. In dieser Angelegenheit soll namens der christlichen Bauernvereine Deutschlands eine Abordnung zum Landwirtschaftsminister entsandt werden.

Zu gleicher Zeit hat auch der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats, Graf v. Schwerin-Löwitz, an den Reichsminister und den Landwirtschaftsminister eine Eingabe gerichtet, in der es heißt: Euer Durchlaucht gestatte ich mir — angesichts der von verschiedenen großstädtischen Verwaltungen und Interessentenvereinigungen neuerdings so lebhaft betriebenen Agitation für eine vermehrte Einfuhr ausländischen Viehes — die dringende Bitte auszusprechen, in den zurzeit geltenden Anordnungen gegen die Einschleppung von Viehschäden aus dem Auslande keinerlei Abschwächung eintreten zu lassen. Die deutsche Landwirtschaft bedauert im Interesse der Konsumenten ungemein, daß die Fleischpreise in den größeren Städten zur Zeit einen so ungewöhnlich hohen Stand angenommen haben. — Die Landwirtschaft muß es aber entschieden ablehnen, hierfür allein oder auch nur in erster Linie verantwortlich gemacht zu werden. — Wenn erstens hat sich das Angebot von Vieh seitens der Produzenten und dementsprechend der Auftrieb auf den Schlachthöfen gegen das Vorjahr nur wenig verändert. Zweitens sind die auf dem Lande gezahlten Viehpreise auch nicht annähernd in gleichem Maße gestiegen wie die städtischen Fleischpreise. —

Des Kronprinzen Steuerklage.

Als Besitzer der Kronlehns Herrschaft Dels war der preussische Kronprinz mit 5000 Mark zu den Kreisabgaben (Kreiseinkommensteuer) für 1908 herangezogen worden. Er klagte beim Bezirksausschuß zu Breslau auf Freistellung von der Steuer, die von ihm als Forstrenten gefordert ist. Es wurde geltend gemacht, daß der Kronprinz wegen seines Forstbesitzes nicht zur Kreisinkommensteuer herangezogen werden könne. Abgesehen von andern Gründen sei er schon als Mitglied der königlichen Familie davon frei. Der Bezirksausschuß zu Breslau wies indessen die Freistellung ab und führte unter anderem aus: Allerdings sei der König als Inhaber des Majestätsrechts der Besteuerung grundsätzlich von der Besteuerung befreit und könnte einer Steuer nur insoweit unterliegen, als er selbst als Staatsoberhaupt und mitwirkender Faktor in der Gesetzgebung es anordne. Der Landesherzog müßte also durch Gesetz selber als steuerpflichtig bezeichnet sein, wenn er steuerpflichtig sein sollte. Inzwischen, was für die Steuerfreiheit des Königs spreche, kann nicht auf die Mitglieder des königlichen Hauses Anwendung finden, denn das Staatssovereignitäts- und Majestätsrecht liegt nur dem Landesherren bei. Die Mitglieder der königlichen Familie, also auch der Kronprinz, seien von Steuern nur insoweit befreit, als gesetzliche Privilegien in Frage kämen. Das sei bei der Kreissteuer vom Einkommen aus dem Grundbesitz nicht der Fall, weil die Kreisordnung nichts darüber vorsehe.

Das Oberverwaltungsgericht in Berlin wies die hiergegen eingelegte Revision des Kronprinzen am 19. September ab und zwar aus denselben Gründen, die beim Bezirksausschuß zur Abweisung der Klage geführt hatten. Betont wurde noch, daß § 14 der Kreisordnung, der wesentlich in Betracht kommt, auch die Grundbesitzer mit umfasse, welche aus irgend einem Grunde nicht zur Kreisinkommensteuer veranlagt seien. —

Zeugniszwang.

Ueber ein neues Zeugniszwangsverfahren gegen einen Redakteur meldet uns ein Privattelegramm aus Hanau, den 19. September: Heute fand hier die Verhandlung gegen den Genossen G. Hoch statt, der beschuldigt ist, die bürgerlichen Stadtverordneten beleidigt zu haben. Hoch gab zwar zu, daß er im Stadtverordneten-Kollegium die Fleißerungen getan habe, die ein Bericht der „Frankf. Volksstimme“ wiedergibt und bot den Wahrheitsbeweis an, er bestritt aber, der Verfasser der Berichte in der „Frankfurter Volksstimme“ zu sein. Als Zeuge über diese Behauptung der Anklage war der Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“, Genosse Jelowski, geladen. Dieser verteidigte das Zeugnis und wurde zu 200 M. Geldstrafe verurteilt und zur Erzwängung des Zeugnisses verhaftet.

Das Zwangsmittel wird natürlich erfolglos bleiben, aber es wird darum erst recht verurteilenswert; es ist ein Mittel, das gegen charakterlose Lumpen unnötig, gegen anständige Menschen aber völlig nutzlos ist. —

Artikel 31 der deutschen Reichsverfassung.

Als im Dezember v. J. der Reichstag verlagert worden war, wurde dem Reichstags-Abgeordneten Redakteur Adolf Thiele in Halle a. S. eine Ladung für den 5. Januar vor die Strafkammer zugestellt. Im Vertrauen darauf, daß ihm der Artikel 31 der Reichsverfassung absolute Unverföhrbarkeit gewähre, beachtete Thiele die Ladung nicht. Er wurde deshalb zwangsweise vorgeführt und wegen Verleumdung des Polizeioberwachmeisters Weidemann zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Es handelte sich um einen Artikel mit der Ueberschrift „Das verbotene Morgenländchen“. Der Angeklagte hatte gegen das Urteil Revision eingelegt und bezeichnete in der am Montag stattgefundenen Verhandlung vor dem Reichsgericht seine Vorführung als im Widerspruch mit dem Artikel 31 stehend; eine Anberaumung des Termins während der Vertagung des Reichstags sei unzulässig gewesen. — Der Reichsanwalt beantragte die Verwerfung der Revision, da das Landgericht auf dem Boden der Rechtsprechung des Reichsgerichts stehe. Ob auch eine zwangsweise Vorführung unzulässig sei, müsse allerdings jetzt erst entschieden werden. In der Literatur habe nur Sonntag sich in dem Sinne ausgesprochen, daß sie nicht unzulässig sei. Bei Einführung der Verfassung habe zwar unsere jetzige Strafgesetzgebung noch nicht bestanden, aber der Unterschied zwischen Verhaftung und Vorführung sei in dem früheren Prozeßrecht schon bekannt gewesen. — Das Reichsgericht kam am Montag noch nicht zu einer Entscheidung, sondern vertagte sie auf den 28. September.

Zentrum und christliche Gewerkschaften.

Zu der Effert'schen „Mächtigkeit“ schreibt uns unser Effener Korrespondent:

Es ist ersichtlich, mit welcher Ungeniertheit Herr Effert den Taktischen Gewalt anzutun versucht. Er bestreitet, die christlichen Gewerkschaften für die Zentrumspartei mobil gemacht zu haben. Ohne und auf Weiterungen einzulassen, wollen wir nur mitteilen, was das offizielle Zentrumsorgan über eine Wahlrede des christlichen Gewerkschaftssekretärs Effert berichtet. Die „Effener Volkszeitung“ schreibt in ihrer Nummer vom 30. August, Herr Effert habe in der Zentrumsversammlung in Steele am 27. August für Herrn Giesberts agitiert. Wörtlich schreibt dann das Zentrumsblatt über Effert:

Zum Schluß wendet sich Referent an die christlichen Gewerkschaftler. Mit aller Energie müße für Giesberts eingetreten werden. Der befähigte unter den christlichen Gewerkschaftlern sei in Essen auf den Schild erhoben. Kein Gewerkschaftler dürfe in den Reichstag eingehen, denn in demselben Augenblicke werde man den christlichen Gewerkschaften einen Schlag von eminenter Bedeutung.

Aus diesem Blatte geht unwiderleglich hervor, daß der christliche Gewerkschaftssekretär Effert sich schlechthin an die christlichen Gewerkschaftler wendete, sie aufzufordern, nur den Zentrumslandkandidaten zu wählen. Wenn das keine Mobilmachung der christlichen Gewerkschaften für das Zentrum ist, dann hat es nie eine gegeben. Die Zentrumsagitatoren gehen aber noch viel weiter. Sie erklären, wenn Giesberts nicht gewählt würde, so wäre das „ein härterer Schlag für die christlichen Gewerkschaften“. Hiermit wird also sogar die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung mit der Zentrumspartei identifiziert. Das ist um so einschüchternder für die intimen Beziehungen der christlichen Gewerkschaften zu der Zentrumspartei, als zugleich ein zweiter christlicher Gewerkschafts-

führer, der (freilich evangelische) Herr Wehrens, Vorsitzender des „christlich-nationalen Arbeiterkongresses“ in Frankfurt, als Wahlkandidat sich empfiehlt. Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist also nur kompromittiert, wenn ein Zentrumsgetreuer bestreitet wird. Der Neutralitätsstreifen der christlichen Gewerkschaften ist durch Herrn Effert dankenswerth entfallen.

Zur Naturgeschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung mag auch dieser Beitrag aufhellend wirken. Als der Landtag das Vergesetz in seiner verhungerten Gestalt angenommen und darauf das vom „Vortwärts“ damals gekennzeichnete Beschönigen der Zentrumspresse einsetzte, schrieb Gewerkschaftssekretär Effert im „Vergknappen“:

Die Vergleute beklagen die Annahme des Gesetzes in diesem Zustande. . . . Von dem vom Abgeordnetenhaus angenommenen Gesetz sind die Vergleute im hohen Maße unzufrieden. . . . Deren und Vergwerksbesitzer mögen es gegenüber dem heutigen Zustand als einen Gewinn bezeichnen, wir können uns zu diesem Optimismus nicht aufschwingen. Was durch das Gesetz als Arbeiterschüsse, Arbeitervertrauensmänner zwecks Kontrolle der beladenen Fördergefäße, sanitärer Arbeitstag usw. gebotet wird, sind Steine statt Brot! . . . Die christlichen Vergleute haben keine Freude an dem Gesetz und nur den dringenden Wunsch, daß das Herrenhaus das Gesetz ablehnt, um so die Bahn für die Reichsgesetzgebung frei zu bekommen.

So schrieb Effert im „Vergknappen“, als an eine Ersatzwahl im Effener Wahlkreise noch nicht gedacht werden konnte. Dagegen sprach Herr Effert als Zentrumsagitor laut „Effener Volkszeitg.“ am 14. September in Essen-West:

Der von den Sozialdemokraten gegen das Zentrum erhobene Vorwurf des „Arbeiterverrats“ sei in seiner Weise begründet, denn es sei auch nicht von den Genossen in Abrede zu stellen, daß die Verbesserungen: Arbeiterauschüsse, Wagennullen usw., in der Revolte vorteilhaft für die Vergleute seien.

Das nennt man „prinzipielle“ Arbeitervertretung. Als Zentrumsagitor nennt Effert „vorteilhaft für die Vergleute“, was er als Vergarbeiterführer „Steine statt Brot“ bezeichnet.

In dieser Weise sind in der ganzen Wahlbewegung die Arbeiter eingeleitet worden. Als in einer Zentrumsversammlung einer unserer Parteigenossen ausführte: Ballestreum habe im Herrenhaus für die Schaffung eines neuen „Arbeitswilligkeitsgesetzes“ gestimmt, Fuchs habe im „Tag“ gegen das geheime Wahlrecht der Vergleute zu den Arbeiterauschüssen geschrieben, da brüllte der Chor raus! „Ist nicht wahr! Gelogen!“ Danach bemerke man, wie stumpflos das Zentrum seine Schäflein hinter das Licht führt. Die Wähler stimmen für ein Zentrum, welches in Wirklichkeit gar nicht existiert. Aus diesem Grunde sind in der Regel auch diejenigen unserer Parteigenossen „Waffenstarrer“, die vom Zentrum abfallen, weil sie mit Empörung erkennen, wie frivolo diese Partei die Religion zu politischen Geschäften mißbraucht und mit einer verblöhdenden Dreistigkeit die Irregelmäßigkeiten sucht, die Dinge auf den Kopf stellt.

Ausland.

Frankreich.

Die Kruste in der Republik.

Paris, 17. September. (Fig. Ver.) Die Enthüllungen über den Gebrauch von Gummischläuchen gegen die streikenden Arbeiter von Longwy haben die öffentliche Meinung doch ein wenig aufgerüttelt. Auch der anständigere Teil der bürgerlichen Presse fordert den Kriegsminister auf, sich mit bloßen Erlassen gegen diese skandalösen Sitten der Soldateska nicht zu begnügen. Man darf erwarten, daß Herr Berthelet die an der Wut der letzten Woche Schuldigen der verdienten Strafe zuführen wird. Zu ihnen ist jedenfalls der Leutnant Chodron de Courcel zu rechnen, der mit seinem Gummischlauch auf die Arbeiter losgeschlagen und so seinen Reuten das Weisheit der Brutalität gegeben hat.

Der Korpskommandant Dalstein, der den Gebrauch der Kruste, wie er dem Interviewer des „Matin“ erklärte, ganz harmlos gefunden hat, ist vom Kriegsminister gezwungen worden, sich selbst zu desavouieren. Er hat einen Tagesbefehl erlassen, worin er ausspricht, daß der Dienst der Truppen bei Streiks ein normaler Dienst sei und daß daher nur reglementsmäßige Waffen gebraucht werden dürfen, mit Ausschluß von Mitteln wie Peitschen und ähnlichen Gegenständen aus Kautschuk, Seil, Leder usw. Der General erinnert ferner daran, daß nach einem ministeriellen Rundschreiben von 1901 bei solchen Anlässen von den Lanzen kein Gebrauch gemacht werden dürfe. Endlich mahnt er, die neue Streikvorschrift des Kriegsministers peinlich zu beobachten. —

Schweden - Norwegen.

Der schwedisch-norwegische Konflikt. Die Konferenz in Karlstad ist, wie „Standard“ mitteilen kann, im wesentlichen zu einer Einigung über alle ersten Streitfragen zwischen Schweden und Norwegen gelangt. Zu den noch ausstehenden untergeordneten Punkten gehören unter anderem die Weiderrichte der Lappländer in Norwegen und die Uebergangsgebühren auf den Eisenbahnen, doch werden diese Fragen keine Schwierigkeiten bieten. Der Stockholmer Korrespondent der „Daily Mail“ dagegen versichert, die Lage sei äußerst ernst. Die Verhandlungen seien in eine neue Phase getreten, und der schwedische Ministerpräsident habe nachdrücklich Vorstellungen wegen der kriegerischen Klüftungen Norwegens erhoben. —

England.

Der Boykott englischer Waren in Bengalen.

London, 17. Sept. (Fig. Ver.) Eine der letzten Laten Lord Curzon, des früheren Statthalters von Indien, war die Teilung Bengalens in zwei besondere Verwaltungsgebiete. An sich wäre über diese Maßregel nur wenig zu sagen. Denn nach europäischen Begriffen ist Bengalen mit seinen 75 Millionen Einwohnern zu umfangreich für eine einzige Verwaltung. Aber das merkwürdige ist, daß diese Maßregel eine mächtige Opposition in Bengalen hervorgerufen hat. Das Prinzip vom „Teilen und Herrschen“ wirkt nicht mehr. Die Bengali, Hindu und Mahomedaner vereinigen sich zu einer einheitlichen Oppositionspartei; sie halten zahlreiche Versammlungen ab und erklären den Boykott über alle englischen Waren. Daß der Boykott sich in England bereits fühlbar macht, zeigt das Eintreten der Handelskammer von Manchester für die Wünsche Bengalens.

Der Boykott hat aber auch eine tiefere Bedeutung. Die indische Bevölkerung erwacht zur Selbständigkeit. Sie will mitraten und mitun und lehnt es ab, sich noch fernernhin am despotischen Gängelbände halten zu lassen. In England haben diese Vorgänge einen tiefen Eindruck gemacht. Sie sind zum Teil eine Folge des japanischen Sieges über Rußland. —

Schweiz.

Antimilitaristische Propaganda. Die Genossen in der französischen und italienischen Schweiz setzen ihre antimilitaristische Agitation fort und es wird sogar der sektiererische Gedanke erörtert, ob sich die Antimilitaristen nicht von der Partei lösen und eine eigene Liga bilden sollen. Jetzt beruft nun der Genosse Gobbi, Redakteur der in Lugano erscheinenden „Aurore“, auf Sonntag, den 1. Oktober, einen Kongreß der Antimilitaristen nach Luzern ein, der ein besonderes Arbeitsprogramm für sie aufstellen soll. Dieses Vorgehen verrät wenig Parteidisziplin, aber umso mehr sektiererischen Geist. —

Schweden.

Der achte Sozialdemokrat des schwedischen Reichstags. Bei den Reichstagswahlen am Sonntag ist der Zuckerfabrikarbeiter R. Andersson aus Arfö mit 848 Stimmen gewählt worden. Sein Gegenkandidat, der Landwirt Behr Behrson aus Karz, der 822 Stimmen erhielt, ist der Vater des schwedischen Zuchtstutes gegen Streifvergehen, das nach ihm als „Karggesetz“ wird. Er war einer der am meisten reaktionären und arbeiterfeindlichen Mitglieder des Reichstags. Daß er nun von der Sozialdemokratie zu Fall gebracht ist,

wird von der schwedischen Arbeiterschaft mit allgemeinem Jubel begrüßt. —

Amerika.

Roosevelts Kabinett. Eine Reorganisation von Roosevelts Kabinett wird mit dem Beginn des neuen Jahres sicher erwartet. Die gegenwärtige Besetzung der Ämter ist die folgende: Für Außenminister Root, Schatzamtssekretär Chaun, Kriegsminister Taft, Marineminister Bonaparte, Generalpostmeister Cortelyou, für innere Angelegenheiten Hitchcock, Justizdepartement Moody, das Landwirtschaftsamt leitet Wilson, das Amt für Handel und Arbeit Keisick. Dem letzteren ist die Chinafrage äußerst unangenehm, umso mehr, als Keisick in der Politik von Kalifornien noch eine große Rolle spielen möchte. Die Staaten am Pacific Ozean lassen aber in Beziehung auf die Chinafrage nicht sich spüren, sie sind für strenge Ausschließungsmaßnahmen, entgegen der jetzigen Politik der Administration, das Anti-Chinaengesetz mißdeutend zu handhaben. Es ist wahrscheinlich, daß Keisick zurücktreten wird. Cortelyou soll Schatzamtssekretär an Stelle Chauns werden und auf sein Amt als Generalpostmeister spekulieren mehrere mit großem Verlangen. Das Gehalt für ein Kabinettsmitglied ist nicht höher als 8000 Dollar pro Jahr.

Die Revolution in Rußland.

Russisches Ministerkabinett.

Der Zar beauftragte, wie offiziös aus Petersburg gemeldet wird, den unter dem Vorhitz des Grafen Solzky tagenden Sonderausschuß, folgenden Entwurf für ein Ministerkabinett zu prüfen: Das Ministerkabinett wird den Zweck haben, die Wirkungskreise aller Ministerien zu vereinigen. Das Kabinett, welches den Namen Ministerrat führen wird, wird unter Vorhitz des Premierministers arbeiten, welcher allein neben dem Kriegsminister, dem Marineminister, dem Minister des Auswärtigen und dem Minister des kaiserlichen Hofes das Recht haben wird, dem Kaiser persönlich Vortrag zu halten. Die Ernennung der Minister erfolgt durch Vermittelung des Premierministers und die Bestätigung durch den Kaiser. Keine die Verwaltung betreffende Maßregel kann ohne Beschluß des Ministerrates und Genehmigung durch den Kaiser in Kraft treten.

Die Meldung ist nicht recht verständlich. Soll z. B. der Minister des Innern, also der Leiter des heute wichtigsten Ministeriums in Rußland, nicht das Recht haben, dem Zaren Vortrag zu halten, sondern nur durch den Mund des Premierministers reden dürfen, oder ist die Kuriose „Reform“ so gedacht, daß der Posten des Ministeriums des Innern mit dem Premierministerposten verbunden werden soll? Als erster Premierminister soll allem Anschein nach Witte fungieren.

Die Unruhen in Baku. Wie die Petersburger Telegraphenagentur meldet, ist eine gewisse äußerliche Ruhe in Baku wieder eingelehrt, doch bleibt die Lage gespannt. Der bisher unbedeutende öffentliche Verkehr ist in Zunahme begriffen und eine Reihe von Läden ist wieder geöffnet. Western kam es zu zahlreichen Zusammenstößen, bei denen es Tote und Verwundete gab. Die Einwohner bewegen sich auf der Straße wie Gefangene. Sie werden von bewaffneten Soldaten eskortiert. Die Fabriken und anderen Betriebe sind untätig. Eine Menge von Arbeitern reißt mit Freiwildheit, die sie von dem Gouverneur erhalten, ab. Die Arbeiter werden in ihre Heimat zurückgeschickt. Der Betrieb in Komana hat weniger gelitten als der in Sabuntshi und Baladani. Viele Werkstätten und elektrische Pumpen sind unversehrt. Der Brand vernichtete vier Millionen Rubel Rapsöl aus den Reservoiren. Die Rapsölzisternen außerhalb der Stadt sind verbrannt geblieben. Von den Häusern haben besonders die von den Armeniern gelitten, weit weniger die der Tataren. Stellenweise dauern die Brände noch fort.

Hinrichtung David Krauses.

Rodj, den 16. September. (Fig. Ver.)

Wie wir erst jetzt erfahren, ist Genosse David Krause bereits am 19. August hingerichtet worden.

Das Opfer des Jarentums war erst 21—22 Jahre alt, gehörte aber schon seit 4 Jahren der Organisation des Bundes an. Selbst Proletariat, war er mit ganzer Seele dem proletarischen Kampfe ergeben und widmete der Bewegung alle seine Kraft, sein ganzes Denken und Fühlen. In den Jantartagen trat er in die bewaffnete Kampfstellung ein. Ende Februar beschloß er mit noch einigen Mitgliedern der Kampfteilung einen Proklamationszettel auf der Jielonastraße. Als Polizei sich näherte und den Kameraden beim Verteilen der Proklamationen festnehmen wollte, gab Krause, um ihn zu retten, Feuer und ver wundete einen Schupmann. Der Kamerad entfloß; er selbst aber fiel in die Hände der Jarentschergen. Das Kriegsgericht verurteilte ihn zum Strang. Er bestieg mit Seelenruhe und Entschlossenheit das Schafot. Seine letzten Worte waren: „Weint nicht um die Gefallenen! Verliert niemals den Mut!“

Das russische Proletariat wird den Namen David Krause mit Stolz in die Ehrenliste seiner Märtyrer eintragen.

Agitation gegen die Reichsduma.

Als es festgesetzt war, daß das Vuhginsche Projekt von der Petersburger Regierung als Grundlage ihrer großen „Reformen“ angenommen wurde, beschloß das Zentralkomitee des Bundes, eine rege Agitation gegen diese Karikatur einer Volksvertretung mit aller Energie zu entfalten. Das Zentralkomitee wandte sich an alle lokalen Organisationen des Bundes mit der Aufforderung, Protestversammlungen, Meetings und nach Möglichkeit auch Strahendemonstrationen gegen diese Polizeimache zu veranstalten. Was die prinzipielle Stellungnahme des Bundes zu dieser „Konstitution“ und speziell in bezug auf die Anteilnahme an den Wahlen betrifft, so fand sie ihren Ausdruck in der letzten Proklamation des Zentralkomitees („Reichsduma — oder konstituierende Versammlung?“), die Mitte August, also einige Tage vor der offiziellen Veröffentlichung der zarischen Konstitution in 86 000 Exemplaren, in drei Sprachen von der russischen Geheimdruckerei hergestellt, verbreitet wurde. Nachdem der reaktionäre Charakter des Vuhginschen Projektes klar auseinandergesetzt worden ist, fährt die Proklamation fort:

Das ist Vuhgins „Konstitution“, eine bessere konnte Nikolai nicht geben! — Dieses Projekt — mit vielleicht einigen unbedeutenden Abänderungen — ist der Mittelpunkt der Reformen, auf welchen die Selbstherrlichkeit sich zu erheben fähig ist. Sollte Freiheit kam sich nur das Volk selbst durch die Revolution erobern. . . . Eine demokratische Vollregierung kann nur durch eine konstituierende Versammlung eingeführt werden und diese letztere muß durch das Volk auf Grund eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Stimmrechts gewählt werden.

Und welche Verbesserungen dem Vuhginschen Projekt auch zu teil werden würden, — ein allgemeines Wahlrecht wird dort nicht zu finden sein, ein Bestimmungsrecht wird dort der Duma nicht gegeben werden, — man müßte sonst annehmen, daß die Selbstherrlichkeit entschlossen sei, sich selbst ein Ende zu machen. . . . Ohne das allgemeine Wahlrecht wird die Duma niemals Vorsteherin des Volkes, ohne Bestimmungswort wird sie nie regierungsfähig sein — sie wird nichts als eine Komodie sein, die niemand im Lande befriedigen wird. Das Proletariat wird mit Verachtung den Stein zurückwerfen, der ihm anstatt Brot gegeben wird. . . . Genossen! Protestiert, wo und wie Ihr nur könnt, gegen Vuhgins niederträchtiges Projekt, zeigt der Regierung, zeigt der Gesellschaft, daß Ihr nur einen Weg, eure Freiheit zu erlangen, kennt — den der Revolution; daß nur eine politische Ordnung Euch zufrieden stellen kann, die einer demokratischen Republik. Und wenn Vuhgins Projekt Gesetz werden sollte, boykottiert es!

Stört die Wahlen, lässt die Versammlungen nicht zustande kommen, wendet sich mit Verachtung von allen „Volksvertretern“ ab, die diese niederträchtige Komödie spielen helfen, von allen, die für einen Kopf Linien die Freiheit ihres Volkes verkaufen werden. Verachtung soll allen denjenigen begegnen, die an den Wahlen Anteil nehmen und dadurch der Regierung helfen werden, neue Ketten für das Volk zu schmieden. . . . Auf die Straßen mit Euren Forderungen! Wäge der Jörn des Volkes sich in eine Revolution ergiebt. Mit bewaffneter Hand fordert die Auflösung dieser Duma und Einberufung einer konstituierenden Versammlung! Nur eine konstituierende Versammlung kann zu einer demokratischen Republik führen, und nur eine demokratische Republik wird dem Proletariat die Möglichkeit geben, sich zur sozialen Revolution vorzubereiten.

Wäge das Proletariat sein wichtiges Veto durch das ganze Land erschallen lassen: Wir erlauben nicht! Wäge ein Sturm des Volkzornes der Reichsduma begegnen. Wäge dieser Jörn bis auf den Grund das morische Gebäude der Willkür und Tyrannei zertrümmern. Und möge schneller die Revolution für das neue Gebäude des Volkes Platz machen — für den heiligen Tempel der Freiheit des Volkes!

Welch eine Karikatur der Volksvertretung diese Reichsduma darstellen wird, erweisen am besten die unten folgenden Zahlen der Wahlberechtigten. Hierbei muß vor allem noch hervorgehoben werden, daß die Herren „Vertreter“ nur ein beratendes Stimmrecht haben werden, daß sie zu jeder Zeit verhaftet werden können, daß ferner dem Lande keine Presse- und Versammlungsfreiheit gewährt wird und daher selbstverständlich keine Wahlkollation geführt werden kann.

Die Zahlen sind folgende: In Petersburg — 1.500.000 Einwohner — 9000 Wahlberechtigte (bei allgemeinem Wahlrecht 850.000); in Moskau — über 1 Million Einwohner — 11.000 bis 12.000 Wahlberechtigte (bei allgemeinem Wahlrecht 250.000); in Odessa — 500.000 Einwohner — 7000 Wahlberechtigte; in Wilna — 180.000 Einwohner — 2000 Wahlberechtigte; in Kasan — etwa so groß wie Wilna, Unberührt — 1400 Wahlberechtigte; Kurland mit 50.000 Einwohnern hat 1 Vertreter genau wie Odessa mit 500.000 Einwohnern — um in der Duma das Uebergewicht der echt russischen Elemente gegen die sogenannten „fremden“ Nationalitäten zu verstärken.

In folgenden Städten des Reichs des Bundes haben sich jetzt Protestkundgebungen gegen Vulgins Reform stattgefunden: Warschau. Eine Demonstration von 10.000 jüdischen Arbeitern, ein Generalkonferenz als politische Protestkundgebung.

Lebz. Trotz des Kriegszustandes eintägiger Generalkonferenz. Dniawol. Mehrere Protestversammlungen, auf welchen entsprechende Resolutionen gefaßt wurden; an den Versammlungen haben über 3000 Menschen teilgenommen; vier Protestmeetings in den Synagogen.

Verdischew. Eine glänzende Protestkundgebung. In der Synagoge eine vom lokalen Komitee des Bundes geleitete Volksversammlung von 7000 Menschen. Die ganze Polizei und ein Dragoner-Regiment umzingelten die Synagoge. Es fanden mehrere Zusammenstöße statt; die Polizei wollte das Volk in die Synagoge nicht hineinlassen, als aber dem Polizeichef gemeldet wurde, daß die Menge nicht auseinander gehen würde und dann ein Blutvergießen unvermeidlich sei, gab er nach, blieb aber mit der Polizei und den Soldaten auf der Straße, um eine Straßendemonstration zu verhindern. Die Stimmung war eine ungewöhnlich erhabene. Eine scharfe Protestresolution wurde einstimmig angenommen.

Finol. Protestversammlung von 1200 Personen. Hommel. Ein Meeting in der Synagoge, 4000 Personen anwesend. Die Polizei wagte nicht zu föhren. Zwei Resolutionen wurden angenommen. Eine betreffs der Reichsduma und eine zweite betreffs der Ausspeisung von vier Bauern im Dorfe Djalowitsch (diese Schandtat hat sich der Gehülfe des Kommerzienberächtigten Henters Baron Klingenberg, des Organizers des Kommerzienmassakers gegen einen ausländischen Ullas des Jaren vom 11. August 1904 über Aufhebung der körperlichen Züchtigung — zu eigenem Vergnügen veranfaßt lassen).

Wohles. Im Walde außerhalb der Stadt eine Versammlung von 2000 Personen. Der erste Redner legte das Wesen der Vulginschen „Konstitution“ auseinander, der zweite sprach über die Schredensstage, die das Lodger Proletariat durchlebt, und über den Geldmangel, mit welchem es gekämpft hat.

Brecht-Wisow. Massenversammlung in der Synagoge — 3000 Personen. An diesem Tage wurde von der lokalen Organisation des „Bundes“ ein eintägiger Generalkonferenz zum Andenken an die während des dortigen Massakers Gefallenen proklamiert. Mehr als 3000 Personen konnte die Synagoge nicht fassen. Polizei und Soldaten hatten sie umringt. Der Redner sprach zuerst über die wahre Ursache und den Urheber der Massaker, erklärte dann den Sinn der herannahenden „Reformen“, rief zum Kampfe gegen dieselben und für die von der Sozialdemokratie aufgestellten Forderungen auf.

Schitomir. Zwei Volksmeetings — 1500 und 3000 Personen; ein eintägiger Generalkonferenz (außer den Handelsangestellten streiften fast alle Arbeiter der Stadt) als Protestkundgebung gegen das dortige Massaker und die Vulginsche „Konstitution“.

Dobromysl, Gown. Wotyn. Eintägiger Generalkonferenz (600 Mann) als Protest gegen die Vulginsche „Konstitution“.

Wiahschod. Am 12. August wurde vom lokalen Komitee des „Bundes“ ein Protestmeeting gegen die Vulginsche „Konstitution“ einberufen, als aber die Arbeiter — friedlich, unbewaffnet — sich zu versammeln anfangen, begann das schon allen bekannte Blutvergießen.

Orsha (Gouvernement Woiwies). Volksversammlung — 300 Mann — eintägiger Generalkonferenz (die ganze Stadt war wie ausgerufen).

Kowna. Feierliche Revolutionsbeerdigung eines gemordeten Arbeiters, flammende Reden in allen örtlichen Rundarten an dem katholischen Friedhof, Fahnen und Kränze, Verbrüderung christlicher und jüdischer Arbeiter angesichts einer blutdürstigen Massakerpolizei, Straßenmeetings.

Dobruisk. Begeistertes Protestmeeting in der Synagoge. Trauer- und Revolutionsfahnen. Stundenlang feurige Reden. Revolutionärer Gesang. . . .

Zur selben Zeit haben die gemäßigten Liberalen beschlossen, an den Wahlen teilzunehmen; wie aus Ausland mitgeteilt wird, haben viele von diesen Vankettrevolutionären (in diese für ihn so unpassende Gesellschaft ist unerwarteterweise auch der so allgemein beliebte Maxim Gorki geraten) bereits ihre Kandidatur aufgestellt. Es ist wohl bekannt, daß ein Führer der liberalen Konstitutionalisten dem kommenden Mann des zarischen Verfassungswerkers — dem Felden von Portsmouth, Witte, ihr Vertrauen ausgesprochen und schöne Reden mit ihm ausgetauscht haben.

Es ist damit in die Einbeziehung der russischen Opposition die erste Weiche geschlagen; dieser Verrat der Liberalen wird aber unweifelhaft vieles zur Reife der politischen Erziehung des russischen Proletariats beitragen und wird es lehren, nur auf die eigenen Kräfte zu bauen.

Die Wahlrechtung Berlins.

Das preussische Dreiklassenwahlrecht, dessen Widersinn wir längst an der Hand der amtlichen Statistik nachgewiesen haben, nimmt nicht nur der größten politischen Partei jede Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften, es räumt auch dem platten Lande einen durchaus unberechtigten Vorzug vor den Städten ein. Ganz besonders haben unter dieser Bevorzugung des Landes die Großstädte, allen voran Berlin mit seinen Vororten zu leiden.

Bekanntlich ist der gesetzliche Teilung der Wahlkreise im Jahre 1890 die Volkszählung von 1858 zugrunde gelegt worden. Würden heute die 433 Abgeordneten nach Maßgabe der Ergebnisse der letzten Volkszählung auf die einzelnen Wahlkreise verteilt werden,

so würde ein ganz anderes Resultat herauskommen. Preußen zählte nämlich am 1. Dezember 1900 34 472 509 Einwohner, es würden also auf rund 80 000 Einwohner immer ein Abgeordneter entfallen. Berlin müßte hiernach 23 Abgeordnete erhalten, während es heut nur 9 hat, Teltow-Beeslow-Storkow-Charlottenburg müßte 8 statt 2, Nieder- und Oberbarnim 5 statt 3 Vertreter haben. Welch eine Ungerechtigkeit ist es, selbst vom Standpunkt des bestehenden Gesetzes aus, daß heute in Berlin III erst auf 374 475, in Teltow-Beeslow-Storkow-Charlottenburg auf 344 253, in Hohenzollern dagegen bereits auf 33 300, in Greifenberg-Ramin bereits auf 39 984 Einwohner ein Abgeordneter entfällt, und daß es Kreise gibt, die auf weniger Einwohner einen Abgeordneten entsenden dürfen, als beispielsweise Berlin III oder Teltow-Beeslow-Storkow-Charlottenburg sozialdemokratische Urwähler hat!

Auch die einzelnen Berliner Kreise sind unter sich sehr verschieden. In Berlin I entfällt auf 110 212 Einwohner oder 24 209 Urwähler, in Berlin II auf 106 881 Einwohner oder 46 009 Urwähler, in Berlin III auf 374 475 Einwohner oder 80 796 Urwähler, in Berlin IV auf 207 951 Einwohner oder 54 015 Urwähler, in Oberbarnim und Niederbarnim auf 128 402 Einwohner oder 30 233 Urwähler, in Teltow-Beeslow-Storkow-Charlottenburg auf 344 253 Einwohner oder 84 323 Urwähler ein Abgeordneter. Am günstigsten steht noch Berlin I, aber selbst dieser Wahlkreis ist schwächer vertreten als die Wahlkreise des gesamten Staates im Durchschnitt, denn im Durchschnitt kommen auf jeden Abgeordneten 79 613 Seelen oder 16 402 Urwähler.

Die Wahlbeteiligung unter dem Dreiklassenwahlrecht ist von jeher eine äußerst schwache gewesen, sie schwankte zwischen 16,1 Proz. im Jahre 1855 und 34,3 Proz. im Jahre 1892 und betrug bei den letzten Wahlen nur 23,62 Proz. In den Städten machten 28,63 Proz., auf dem Lande 19,65 Proz. der Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Berlin mit einer Beteiligung von 39,53 Proz. erhob sich weit über den Durchschnitt — ein Beweis, daß die Berliner Parteigenossen die Beschlüsse der Gesamtpartei beachtet haben und trotz ihrer grundsätzlichen Bedenken zur Wahl geschritten sind.

Die Anzahl der sozialdemokratischen Wahlmänner ist aus der Statistik nicht für alle Kreise zu ermitteln, es wird nur mitgeteilt, wieviel gültige Stimmen im entscheidenden Wahlgang abgegeben sind und wieviel Stimmen sich im ersten Wahlgang auf die wirklich gewählten Abgeordneten und auf diejenigen Gegenkandidaten vereinigten, die nächst ihnen die meisten Stimmen hatten. Diejenigen Wahlkreise also, in denen die Sozialdemokraten an dritter Stelle standen, müssen hier ausbleiben. Von den übrigbleibenden wies Berlin II 487 sozialdemokratische unter 1419 stimmberechtigten Wahlmännern auf, Berlin III 1100 unter 2699, Berlin IV 530 unter 1516, Oberbarnim und Niederbarnim 327 unter 1391. In Teltow-Beeslow-Storkow-Charlottenburg waren 2573 Wahlmänner stimmberechtigt. Nach der Statistik stimmten von diesen 678 für „andere Gegenkandidaten“. Wie aus der vom Abgeordnetenhause veröffentlichten Uebersicht hervorgeht, befanden sich unter den Wahlmännern neben 7 Freistimmigen, die aus tatsächlichen Gründen sozialdemokratisch wählten, 647, die sich offen zur Sozialdemokratie bekannten.

Was die Wahlteilung und Wahlberechtigung betrifft, so war der engere Stadtkreis Berlin, der bei der letzten Volkszählung 1 888 848 Einwohner hatte, in 1291 Urwahlbezirke geteilt, von denen 213 je 3, 52 je 4, 67 je 5 und 659 je 6 Wahlmänner zu wählen hatten. Im ganzen waren also 6996 Wahlmänner zu wählen, und zwar in der ersten und dritten Abteilung je 2317, in der zweiten 2302. Urwähler hatte die erste Abteilung 7394 oder 1,63 Proz., die zweite 42 719 oder 9,45 Proz., die dritte 402 152 oder 88,92 Proz. Die Gesamtzahl der Urwähler belief sich auf 452 265. Unter den Urwahlbezirken waren 46, in denen ein einziger Wähler, 106, in denen 2 Wähler die erste Abteilung bildeten. In der zweiten Abteilung finden wir einen Bezirk mit nur einem und einen mit nur 2 Urwählern. Im Durchschnitt kamen auf jeden Wahlmann der ersten Abteilung 3,19, der zweiten 18,56 und der dritten 178,57 Urwähler. Jeder Urwähler erster Klasse hatte demnach 54 mal, jeder Urwähler zweiter Klasse über 9 mal so viel Rechte wie ein Urwähler dritter Klasse.

Ähnlich wie in Berlin liegen die Verhältnisse in dem Wahlkreise Teltow-Beeslow-Storkow-Charlottenburg, wie aus nachstehender Tabelle hervorgeht:

Wahlkreis	Einwohnerzahl am 1. Dez. 1900	Urwahlbezirke	Zahl der Urwähler			Gesamtzahl der Urwähler	Zu wählende Wahlmänner		
			I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.				
Charlottenburg	189 300	139	1128	2 419	4 551	10 04	30 619 87 47	45 328	731
Schöneberg	96 998	75	812	3 311	3 174	12 93	20 516 83 73	24 502	346
Nixdorf	90 428	63	476	1 92	3 432	13 84	20 899 84 24	24 797	361
Kr. Teltow (Städte)	36 244	25	247	2 96	887	10 63	7 232 86 43	8 356	139
Kr. Teltow (Land)	231 943	172	1707	3 07	6 118	11 02	47 714 85 91	55 539	864
Beeslow-Storkow (Städte)	7 945	8	68	3 99	200	11 72	1 438 84 29	1 700	29
Beeslow-Storkow (Land)	36 649	30	356	4 23	1 294	15 37	6 767 80 40	8 417	136
Insgesamt	688 506	611	4794	2 80	10 656	11 70	144 195 85 50	168 645	2606

Die Zahl der Urwahlbezirke, in denen ein bzw. zwei Wähler die erste Klasse beherrschten, betrug im gesamten Kreise 24 bzw. 16. Auf jeden Wahlmann der ersten Abteilung kamen in Charlottenburg 4,62 Urwähler, auf jeden Wahlmann der zweiten Abteilung 18,73, auf jeden Wahlmann der dritten Abteilung 182,50. Für Schöneberg sind die entsprechenden Zahlen 7,19 bzw. 26,45 bzw. 181,56; für Nixdorf 4,10 bzw. 26,60 bzw. 150,08; für den Kreis Teltow 5,78 bzw. 21,42 bzw. 182,53 und für den Kreis Beeslow-Storkow 8,00 bzw. 25,32 bzw. 154,81. In dem Landkreise Beeslow-Storkow wirkt also das Dreiklassenwahlrecht „demokratischer“ als in dem Stadtkreise Charlottenburg, denn hier hatte jeder Urwähler erster Klasse 35 mal so viel Rechte, wie jeder Wähler dritter Klasse, dort dagegen „nur“ 19 mal so viel.

Auch für den Wahlkreis Oberbarnim und Niederbarnim lassen sich die Verhältnisse am besten tabellarisch darstellen:

Wahlkreis	Einwohnerzahl am 1. Dez. 1900	Urwahlbezirke	Zahl der Urwähler			Gesamtzahl der Urwähler	Zu wählende Wahlmänner		
			I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.				
Oberbarnim (Stadt)	47 009	34	309	3 06	951	9 47	8 781 87 45	10 041	184
Oberbarnim (Land)	45 081	39	275	2 82	1 010	10 35	8 472 86 83	9 757	163
Niederbarnim (St.)	21 432	15	178	3 78	504	10 70	4 029 85 52	4 711	81
Niederbarnim (Ld.)	271 593	201	2 213	3 34	9 070	13 70	54 908 82 95	66 121	994
Insgesamt	385 205	289	2 975	3 5	11 535	12 7	76 190 84 00	90 700	1 422

13 Urwahlbezirke dieses Kreises wiesen in der ersten Abteilung nur einen, 14 nur 2 Urwähler auf.

Recht deutlich tritt die Benachteiligung Berlins hervor, wenn man einen Vergleich zwischen Steuerleistung und Wahlrecht zieht. Während im ganzen Staat die durchschnittliche Steuerleistung eines Urwählers 66,39 M. betrug, betrug sie im Stadtkreis Berlin 121,01 M., also beinahe das Doppelte. Im Durchschnitt zahlte jeder Wähler erster Klasse 730,34 M. Steuern, in Berlin dagegen 2009,47 M., jeder Wähler zweiter Klasse 175,94 M., in Berlin dagegen 413,81 M. und jeder Wähler dritter Klasse 24,35 M., in Berlin dagegen 42,50. Es gab in Berlin nicht weniger als 35 Urwahlbezirke, in denen man mehr als 30 000 M. Steuern zahlen

musste, um in die erste Abteilung zu gelangen; in 3 Bezirken dagegen konnte man bereits mit 100 bis 125 M. Steuern Wähler erster Klasse sein. Während man in 2 Bezirken schon bei einem Steuerjah von 10 M. in die zweite Abteilung kam, gab es 4 Bezirke, in denen man sogar mit mehr als 30 000 M. Steuern noch in der zweiten Abteilung wählte. Wir begnügen uns mit diesen wenigen Beispielen, um den Widersinn des Dreiklassenwahlrechts zu illustrieren.

Dieses verrückte Wahlsystem schlägt, wo man es auch anfaßt, seinen eigenen Grundfäden ins Gesicht. Die Steuerleistung soll die größere oder geringere Wahlberechtigung bestimmen; aber sobald man prüft, erweist sich auch dieser Grundfaden als Schwindel. Nur ein Grundfaden bleibt bestehen: die Unterdrückung der Mehrheit durch die Minderheit, die Brutalität unter der Maske der Gerechtigkeit.

Schließlich sei noch eine Uebersicht über die in Berlin und seinen Vorortkreisen abgegebenen gültigen sowie über die sozialdemokratischen Stimmen gegeben.

Wahlkreis	Zahl der Urwähler, die bei der ersten Abstimmung ihre Stimme abgaben	Von den Urwählern wählten sozialdemokratisch in Abteilung			
		I	II	III	zusammen
Berlin I	23 357	2	71	8 395	8 468
Berlin II	39 976	28	847	28 928	29 803
Berlin III	73 989	162	3 045	50 331	53 538
Berlin IV	41 057	30	1 017	29 264	30 311
Ober-Barnim (Stadt)	2 870	—	1	449	450
Ober-Barnim (Land)	1 767	—	1	138	139
Nieder-Barnim (Stadt)	1 211	1	5	382	388
Nieder-Barnim (Land)	23 331	62	1 054	12 217	13 333
Charlottenburg	17 341	7	165	7 249	7 421
Schöneberg	9 467	4	68	4 410	4 482
Nixdorf	12 579	36	1 032	9 734	10 802
Teltow (Stadt)	3 488	6	53	2 266	2 325
Teltow (Land)	21 999	8	163	7 991	8 152
Beeslow-Storkow (Stadt)	419	—	—	—	—
Beeslow-Storkow (Land)	1 092	2	28	168	198
Insgesamt	602 285				14 310

Es ergibt sich aus dieser Tabelle, daß von den Urwählern, die bei der ersten Wahl ihre Stimme abgaben, in Berlin I 36,2 Proz., in Berlin II 74,5 Proz., in Berlin III 72,2 Proz., in Berlin IV 73,9 Proz., in Nieder- und Oberbarnim 48,3 Proz., in Teltow-Beeslow-Storkow-Charlottenburg 50,4 Proz. sozialdemokratisch gestimmt haben. Vier von den sechs Kreisen hatten also eine sozialdemokratische Mehrheit, drei unter ihnen sogar annähernd eine sozialdemokratische Dreiermehrheit, aber trotzdem sind sie freisinnig bzw. konservativ im Landtage vertreten. Es wäre überflüssig, dem noch ein Wort hinzuzufügen, wir begnügen uns mit der Konstatierung dieser Tatsache, die mehr als alles beweist, daß das Dreiklassenwahlrecht im vollen Sinne des Wortes eine Fälschung des Volkswillens bedeutet.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnenfrage.

In einer unter diesem Titel vor kurzem im Verlage der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in M.-Gladbach erschienenen Broschüre unterzeichnet Elisabeth Gnaud-Kühne den Versuch, die besterklärten Frauenkreise für die Arbeiterinnen zu interessieren und sie zu tätigen Mitwirkenden an der sozialen Arbeit aufzurufen.

Es mag wohl am besten dem Fassungsvermögen jener Kreise entsprechen, wenn die Verfasserin den Weg über die Brücke der „unerschöpflichen“ Charitas einschlägt und von hier aus den besitzenden Frauen klar zu machen versucht, daß mit dem Entstehen einer neuen Gesellschaftsform, einer neuen Klasse, zu der die Fabrikarbeiterinnen gehören, neue, bisher nicht gefamte Not entstand, die nicht durch charitative Arbeit zu bannen sei, sondern nur durch soziale, die ganze Klasse umfassende Arbeit bekämpft werden müsse.

In einem kurzen Uebersicht informiert die Verfasserin ihre Leserinnen, wie der Uebergang der Frau aus der, wenn auch produktiven, so doch rein hauswirtschaftlichen Tätigkeit des Mittelalters in die planmäßig erwerbstätige, von aller Hauswirtschaft losgelöste der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erfolgte, welchen Umfang diese Erwerbstätigkeit der Frauen im Wirtschaftsleben erreicht habe usw. Im Jahre 1903 wurden allein in Fabriken insgesamt 1 005 513 Arbeiterinnen, darunter 106 175 jugendliche im Alter von 14—16 Jahren beschäftigt und außerdem noch 3528 weibliche Kinder unter 14 Jahren. Alle diese schwer arbeitenden Frauen, zu einem erheblichen Teile noch Kinder, schaffen und leben unter sehr elenden Bedingungen, werden mit so erbärmlichen Löhnen abgefertigt, daß die Arbeit, die zur Freude, zum Lebensunterhalte des Menschen werden könnte und sollte, hier zu einem schauerlichen Fluche geworden ist, den nur die Sehnsucht und Hoffnung nach Erlösung ertragen läßt, nach Befreiung durch die Arbeiterereche — wenn sie nicht vorher ihre Opfer den Verführungsverfuchen unterliegen und der Prostitution anheimfallen läßt. — Aus dem Dunkel dieser Not gibt es nur einen Weg, eine Rettung: die unermüdbare Aufklärung dieser Frauen, damit sie sich in Massen zusammenschließen, in Organisationen ihre Macht erkennen, um von der Gesellschaft sich die Rechte und Möglichkeiten eines menschenwürdigen Daseins zu erkämpfen. Diesen Weg hat Frau Gnaud-Kühne, die selbst versucht hat, für kurze Zeit unter Arbeiterinnen in einer Fabrik zu leben, richtig erkannt. Im so merkwürdiger ist die Art, wie sie sich die Verwirklichung denkt. Sie möchte mit Hilfe von Kirche und Schule die eben schulclassene Jugend, die in die Fabrik geht, in „Patronagen“ sammeln, und die Erwachsenen in die katholischen Arbeiterinnenvereine (sie wendet sich in der Hauptsache an katholische Gläubige) überführen, welche die gemüthlich-sittliche Pflege der Mädchen anzustreben, sie religiös-sittlich zu bewahren haben. Präses soll natürlich, entweder offiziell oder inoffiziell, immer der Pfarrer sein, dessen Einfluß sich die so bewahrten Mädchen jederzeit unterordnen werden. Und von diesen konfessionellen Vereinen*) aus mögen sie dann lernen den Berufsvereinen das nötige Verständnis entgegenzubringen und den christlichen Gewerkschaften beizutreten.

Die freien Gewerkschaften, die des sozialdemokratischen Geistes voll sind, können nicht in Frage kommen.“ Die Verfasserin gibt auch den Frauen ihrer Klasse, die sie für die soziale Mitarbeit aufruft, genaue Anweisungen, welche Methoden sie bei dieser Art Organisation anwenden mögen, welche Vorträge sie halten lassen sollen — die ersten christlichen Jahreshunderte böten Stoff in Hülle und Fülle — wie sie aber unter den unterhaltenden Vorträgen, über Klavier spielen und Singen die soziale Aufgabe nicht vergessen dürfen. . . . insonderheit müssen die Schulvorschriften für Arbeiterinnen alljährlich durchgelesen werden.“

Frau Gnaud-Kühne zählt uns flets zu den sympathischsten Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung. Aber schon in ihrem letzten verbienlichen Werke: „Die Frau an der Jahrhundertwende“, in der sie über die Lage der arbeitenden Frauen der Öffentlichkeit wertvolles statistisches Material unterbreitet, befreunde eine sonderbare kirchlich-befangene Art der Auffassung, die Klöster als segensreiche, willkommene Heim- und Friedensstätten für arbeitende Frauen zu preisen. In der vorliegenden, durchaus für den praktischen Gebrauch berechneten Arbeit tritt dieser konfessionell-dogmatische Zug ungleich deutlicher und bewußter in Erscheinung. Man ist eben nicht ungestraft vom Papste — das lehrt uns auch die Entwicklung von Elisabeth Gnaud-Kühne. Daß sie dabei aber in wenig vornehmer Weise, ganz im Sinne der vom Zentrum dauernd gepflegten Tradition der Entstellung von Tatsachen, die Sozialdemokratie als

*) Eine genauere Schilderung des Aufbaues, des Wirkens dieser Organisationen ist enthalten in der ebenfalls erst erschienenen Broschüre „Katholische Arbeitervereine“ von Dr. Otto Müller — gleichzeitig eine Ergänzung der Arbeit von Fr. Gnaud-Kühne.

eigentlich einzige Feindin der Sozialreform hinstellt, ist eine Kampfesweise, die man bis jetzt von ihr wohl nicht erwartet hätte. Zwar muß sie gleich darauf zugeben, daß die Sozialdemokratie ihre Erfolge in der Arbeiterklasse gewiß dem Umstande verdankt, daß sie zuerst die Interessen des Arbeiters zu erfassen vermochte und sein „Recht“ verteidigte, während Staat und Gesellschaft noch mit den wohlthätigen Betteleuren glaubten auszuweichen zu können. Aber sie verschmäht es nicht, bei der Erläuterung und Beseitigung der Sozialreform, mit der sie sich an die noch ihrer eigenen Annahme gänzlich unfernen, sozial unwissenden Frauen der Bourgeoisie wendet, zu sagen: „Von allen Seiten seien Reformversuche gemacht worden, mit Ausnahme der Sozialdemokratie“, und zum Beweis: „... in Preußen hätte z. B. die gewerbetreibende Klasse die Fürsorge der Regierung getroffen, noch ehe an die Sozialdemokratie gedacht wurde“. Wie das in der Zentrumspartei üblich ist, werden eben auch hier zur höheren Ehre des Katholizismus die historischen Daten der sozialreformerischen Entwicklung gefälscht. In letztem Grunde ist dies auf die Kettlerlegende zurückzuführen, die Legende von dem „großen Bischof“ in Mainz, wie ihn auch die Verfasserin nennt, der vom Zentrum immer noch als das große sozialpolitische Licht gepriesen und gerühmt wird. Diese Legende ist schon mehrfach gründlich widerlegt worden, u. a. auch in der „Neuen Zeit“, es steht fest, daß es sehr materielle Ursachen waren, die Kettler die Priesterweihen empfangen ließen, aber da katholische Gläubige dieser zu wissen nicht verpflichtet sind, wuchert das alte Märchen gedeihlich fort. Es verlohnt sich nicht, an dieser Stelle auf diese so oft wiederholten, so oft widerlegten Behauptungen weiter kritisch einzugehen. Die Verfasserin bestärkt gleich darauf selbst, daß die Sozialdemokraten mit außerordentlichem Verständnis für die Bedürfnisse der neuen Klasse sich der Führung des größten Brautstücks derselben bemächtigt haben.“ Die Arbeiterklasse weicht nur zu gut, daß ohne das energische, entschlossene und zielbewußte Eintreten der Sozialdemokratie für ihre Rechte sie sich heute gewiß nicht der vielgepriesenen und von dem Unternehmertum (auch dem christlichen) so brüderlich empfundenen und vielgepriesenen Sozialpolitik erfreuen würde. Hr. Gnaud-Kühne verlangt u. a. und als erstes dringend den zehnstündigen Maximalarbeitszeit für die Frauen. Nach allen Berichten der Fabrikinspektoren steht fest, daß der zehnstündige Arbeitstag für einen erheblichen Teil der Arbeiterinnen in der Praxis bereits besteht, daß die Einführung desselben für die Industrie durchaus keine Schädigung bedeuten könne, daß im Interesse der Volksgesundheit diese sozialpolitische Maßnahme eine Notwendigkeit sei; die Regierung aber laboriert nun seit Omas Zeiten an dieser Frage und kann mit Enquêtes und Beratungen zu keinem Ende kommen. Warum hat die Regierungspartei — nach der Ansicht von Frau Gnaud-Kühne die Partei der Sozialreform par excellence und von ihr auch als Schutzgeist und Oberhaupt der noch zu schaffenden christlichen Arbeiterinnen-Organisationen angesehen — warum hat das Zentrum dem Wandel der christlichen Sozialreform diesen mehr als bescheidenen Glanz noch nicht aufgelegt? Vielleicht, weil sich die Sozialdemokratie dem widersetzt und im Prinzip den Aufstandtag für alle Arbeiter fordert?

Die Sozialdemokratie wird trotz allem auch in den Reihen der Arbeiterinnen in der sieggewohnten Weise wirken und schaffen, sie organisieren und sie tätig machen, Schalter an Schalter mit ihren Arbeitserbrüdern den Emanzipationskampf der arbeitenden Klasse durchzuführen, ihre Rechte sich zu erobern. Die Arbeiterinnen, denen die Sozialdemokratie den Weg weist, werden ihre Befreiung, ihre Erlösung vom Joch des proletarischen Arbeitsbols nicht in einer Ehe sehen, die im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung für die Proletarierin eine vermehrte Last, eine erhöhte Last und verdoppelte Entschädigung bedeutet, sie werden ihre Erlösung erhoffen von der neuen Gesellschaftsordnung, die sie sich im Verein mit ihren Klassengenossen erstreiten wollen. Und in dieser neuen Gesellschaftsordnung, im tätigen, unermüdlichen Kampfe für die gerechte soziale Gesellschaft werden sie ihr Menschentum und Menschenglück, werden sie Erlösung und Befreiung vom Joch des Kapitalismus finden.

von Heiden-Deutschmann.

Verfassungen.

Fünfter Wahlkreis. Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Montag im Alten Schützenhaus eine gutbesuchte Generalversammlung ab. Zu acht gab den Vorstandsbericht. Er bemerkte hierbei, daß wenn auch die Beteiligung der Genossen an den Parteiarbeiten im allgemeinen noch eine regere sein könnte, doch die Besuche der Zahlabende in den meisten Bezirken als gut zu bezeichnen seien. Besonders wies er dann auf die kommenden Stadtverordnetenwahlen hin und ermahnte die Genossen, schon bei Zeiten mit der Agitation zu beginnen, damit die Partei siegreich aus der Wahl hervorgehen möge. Diepmann verlas und erläuterte hierauf den Massenbericht vom verflochtenen Halbjahr. Demnach beträgt die Einnahme 9402,81 M. und die Ausgabe 8404,77 M., so daß ein Massenbestand von 997,54 M. verbleibt. Wie der Kassierer erwähnte, haben die wiederholten Listenammlungen ein verhältnismäßig gutes Ergebnis gezeigt. Friedländer berichtete sodann über die Tätigkeit der Prekommission. Außer den ständigen kleinen Beschwerden habe sich die Kommission in mehreren Sitzungen auch mit der Unstimmigkeit in der „Vorwärts“-Redaktion zu befassen gehabt und er müsse sagen, dies seien ihm seit langer Zeit die unangenehmsten Sitzungen gewesen. Seiner persönlichen Ueberzeugung nach handle es sich bei den ganzen Auseinandersetzungen zwischen der „Leipziger Volkszeitung“ und „Neuen Zeit“ gegen den „Vorwärts“ sowie auch der „Vorwärts“-Redakteure unter sich weit weniger um prinzipielle Gegensätze als vielmehr um persönliche Differenzen, die sich leider bis zur Unerträglichkeit zuspitzen hätten. Näher auf die Dinge einzugehen, hat er ihm zu erlassen, da sich der Parteitag ja zur Genüge damit beschäftigen werde und der Parteitagbericht daher ausführliche Aufschlüsse darüber bringen müsse. Er erwähnte dann noch, daß sowohl dem Verein Berliner Hausdiener wie auch der Zimmerer Dampfergesellschaft die Annoncenannahme verweigert worden sei, letzteres seines Crachens zu Unrecht, weil, wenn auch die Dampfer an gesperrten Lokalen anlegen, es eben Sache der Genossen und nicht der Zimmer-Gesellschaft sei, solche Lokale zu meiden. — Ueber den Bericht entspann sich eine lebhafte Debatte. Mohrman verlangte Auskunft darüber, welche endgültige Stellung die Prekommission zu der Angelegenheit „Leipziger Volkszeitung“ kontra „Vorwärts“ eingenommen habe. Roa rügte es, daß ein Bericht von einer Versammlung des Jahrsvereins der Musikinstrumentenarbeiter erst nach Wochen in den „Vorwärts“ aufgenommen worden sei. Timm hält die Annoncenperre dem Verein Berliner Hausdiener gegenüber für ungerechtfertigt, weil sich in dem Verein jetzt auch mehr und mehr moderne proletarische Klaffen Tendenzen durchsetzen und der frühere unsolidarische Standpunkt verlassen werde. Schacht bekämpfte sich über die angebliche Zurücksetzung der sogenannten lokalorganisierten Gewerkschaften durch den „Vorwärts“. Thiel bringt Auslassungen von Hausdienern und Padern im „Vorwärts“ zur Sprache, die sich bei ihm wegen der niedrigen Löhne derselben beklagt haben. So sollen den Hausdienern Löhne von 18 und in den Padern von 19 Mark per Woche gezahlt werden. Diepmann weist diese Behauptungen entschieden zurück. Wenn die Löhne der Hausdiener und Pader so niedrig wären, dann würde die Organisationsleitung des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes längst ganz energisch vorstellig geworden sein. Der Keimertkommission, deren Mitglied er sei, hätten aber noch keine Beschwerden in dieser Hinsicht vorgelegen. Bei den 18 und 19 Mark-Löhnen könnten höchstens jugendliche Arbeiter, die einfache und leichte Botendienste verrichten, in Frage kommen. Die Hausdiener und Pader aber würden mit nicht unter 25 M. entlohnt; einige bekämen Löhne von 30 bis 38 M. In seinem Schlusswort bemerkte Friedländer dem Genossen Mohrman, die Prekommission habe zu der sogenannten „Vorwärtsfrage“ eine endgültige Stellung noch nicht nehmen können, weil erst die Entscheidungen des

Parteitag abzuwarten seien. In der Prekommission herrsche aber leider dieselbe Unstimmigkeit wie in der Redaktion. Es gebe eben auch Prekommissionsmitglieder, die jede Pöbele der „Leipziger Volkszeitung“ gegen den „Vorwärts“ billigten, während sie entrüstet seien, wenn der „Vorwärts“ schließlich antwortete. Man möge es ihm aber erlassen, näher auf diese Interna einzugehen, weil es nicht angängig sei, daß der fünfte Kreis über die Prekommissionsmitglieder anderer Kreise zu Gericht sitze. Was die Versammlung der Musikinstrumentenarbeiter anbelange, so handle es sich um einen eingeleiteten Bericht, gegen dessen Abdruck der Ressortredakteur Bedenken gehabt habe; erst auf eine Beschwerde hin sei die Aufnahme veranlaßt worden, daher die Verzögerung. Die Einwände Timms gegen die Annoncenperre des Vereins Berliner Hausdiener vermag Redner nicht als berechtigt anzuerkennen, bezeichnet es aber als sehr erfreulich, wenn sich dieser Verein endlich einmal auf den Boden des wirklichen proletarischen Klassenkampfes gestellt haben sollte. — Stange berichtete zum Schluß noch über die Tätigkeit der Lokalkommission unter spezieller Berücksichtigung der eigenen Kreisverhältnisse und ermahnte die Genossen, unter allen Umständen die Lokalliste genau zu beachten. Damit war die Tagesordnung der Versammlung erledigt.

Weltausstellung und Taktik des Proletariats.

Am Sonntag hielt Genosse Friedberg seinen bekannten Vortrag in einer sehr stark besuchten Branchenversammlung der im Metallarbeiter-Verbande organisierten Dreher. Der Vortragende schloß seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Bemerkung: Die Gewerkschaften müssen das Rückgrat des Klassenkampfes sein, sie müssen deshalb von revolutionärem Geiste erfüllt sein, die Form der Organisation ist Nebensache.

Der erste Diskussionsredner Stumpe sagte unter anderem, er wünsche, daß Friedberg dem Beispiel Göhrers folge und drei Monate unerlaubt als Fabrikarbeiter tätig sei, aber nicht in einer Fabrik, wo die meisten Arbeiter organisiert sind. Wenn Friedberg so an der Quelle des Arbeiterlebens studiere, dann werde er wohl zu der Ueberzeugung kommen, daß es noch nicht an der Zeit sei, die Arbeiter vor die große Frage des Generalstreiks zu stellen. — Was Friedberg vortrug, das sei nicht neu, aber sein Auftreten sei doch zu begrüßen, weil in den Gewerkschaften seit Jahren eine gewisse Schlafmüdigkeit eingerissen sei. — Die gegen den Parlamentarismus gerichteten Ausführungen Friedbergs erregten der Redner nicht als begründet an und vom Generalstreik meint er, daß derselbe keinen Erfolg verspreche, weil die streikenden Arbeiter schon nach acht Tagen vom Hunger geplagt sein würden. Man müsse den Kapitalismus bekämpfen, indem man Erkenntnis unter den Arbeitern verbreite.

Pawlowitsch erklärte sich mit Friedberg einverstanden, so weit sich dessen Ausführungen gegen den Parlamentarismus richteten. Den Generalstreik hält der Redner für ein anwendbares Mittel, wenn die Zeit dazu gekommen ist. Daß der Generalstreik ein sehr wirksames Kampfmittel sei, dafür gebe es ein nur wenig bekanntes, in der Schrift von Roland-Holt nur gestreiftes Beispiel: Als der Präfekt von Genoa im Jahre 1901 die dortige Arbeitsbörse schloß, antworteten zunächst die Hafenarbeiter mit der Arbeitseinstellung. Ihnen schlossen sich die Verleiherarbeiter und dann auch die Industriearbeiter an. Die Wirkung dieses Generalstreiks war die, daß bereits nach drei Tagen die Arbeitsbörse auf Anordnung der Regierung wieder eröffnet wurde. — Man dürfe mit dem Gedanken des Generalstreiks keine Spielerei treiben. Der Generalstreik und der politische Massenstreik sei dasselbe. Wenn es bei solchem Streik zu Demonstrationen komme, so werde es nicht ohne Gewalt abgehen, denn es werde nicht möglich sein, die Massen der Demonstrierenden so im Zaume zu halten, daß sich nicht einzelne, namentlich wenn Provokationen seitens der bewaffneten Macht erfolgen, zu gewaltsamen Handlungen hinreichend ließen. Ein „Nißverständnis“, wie die zwei Schiffe vor dem Berliner Schlosse im März 1848, könne den Anlaß zu blutigen Kämpfen geben. So könne ein Generalstreik das Vorbild zur gewaltsamen Revolution geben. Eine solche Revolution aber können wir noch nicht vertragen, denn die Arbeiter seien noch nicht so weit, um sie siegreich zu bestehen. — Die Lokalkommissionen haben bedauerlicherweise die Ansichten Friedbergs zu den ihrigen gemacht. Nicht, weil es ihnen um diese Ansichten selbst zu tun sei, sondern vielmehr, weil sie den Zentralverbänden ein Paroli bieten wollen. — Was jetzt von Verklagung der Verbände gesagt werde, sei unbegründet. Das Unterstützungswesen habe die Gewerkschaften nicht verläßt und auch sonst sprechen keine Tatsachen für die behauptete Verumpfung der Verbände. — Die theoretische und politische Aufklärung, der revolutionäre Geist müsse allerdings in den Gewerkschaften gepflegt werden. Das sei aber seither fortgesetzt geschehen durch Vorträge politischen Inhalts und auch die heutige Versammlung biete ja den Beweis dafür, daß die Gewerkschaft ihre Mitglieder für alle Fragen des Klassenkampfes interessiere. Aber bis zum Generalstreik und zur Revolution sei noch ein hüllischer weiter Weg.

Die weitere Diskussion wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Der Verkehr von Arbeiter-Radsfahrern in gesperrten Lokalen

fürte am Donnerstag in einer bei Dräsel abgehaltenen öffentlichen Radsfahrerverammlung zu lebhaften Erörterungen zwischen Mitgliedern der beiden Arbeiter-Radsfahrerverbände „Solidarität“ und „Freiheit“. Den Auseinandersetzungen lagen hauptsächlich die von der Lokalkommission jüngst im „Vorwärts“ publizierten Vorlesungen in Bernau und Zehdenick (Kreis Tempin-Ruppin) zugrunde, woselbst von Vereinen des Bundes „Freiheit“ Vergünstigungen in gesperrten Lokalen arrangiert worden waren. Karl Fischer gab von jenen Verhältnissen im wesentlichen dieselbe Darstellung, wie dies die Lokalkommission im „Vorwärts“ getan hatte und bemerkte dazu, ein derartiges Verhalten vereinbare sich nicht mit der vor drei Jahren von den Arbeiter-Radsfahrern gefassten Resolution, wonach diese sich verpflichtet haben, sich der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung zu stellen; denn dazu gehöre auch, gesperrte Lokale zu meiden. Radsfahrer, die dies nicht begriffen hätten, sollten ihre Vereine wenigstens nicht Arbeiter-Radsfahrervereine nennen. — In der Diskussion, die sich zu einem guten Teil auf die inneren Zwistigkeiten der beiden Verbände erstreckte, wurde besonders die Zehdenicker Angelegenheit und dabei auch das schimpfliche Eingeleitete im Zehdenicker Lokalblatt sehr ausgiebig gewürdigt. Viehr, der Vorsitzende des Bundes „Freiheit“, erklärte die an sich nicht zu billigen Vorlesungen für künstlich aufgebaut. In einem zweiten Eingeleitete an das Zehdenicker Blatt habe er angebracht, daß es den Mitgliedern des Bundes „Freiheit“ nicht gleichgültig sei, ob ein Lokal gesperrt sei oder nicht. In diesem Falle sei die Angelegenheit jedoch nicht geklärt gewesen. Auch sei nicht er, der Bundesvorsitzende, sondern der Leiter des Zehdenicker Vereins „Zufriedenheit“ mit der schwarzweißen Schärpe beim Stork vorausgegangen. Uebrigens möge nicht vergessen werden, daß auch die Mitglieder des Bundes „Solidarität“ auf diesen Gebiete ständen. — Die Genossen Mittag und Alamer-Zehdenick schilberten hierauf ausführlich die Schwierigkeiten der Lokalfrage in dem Orte, sowie die Quertreibereien des auch der politischen und gewerkschaftlichen Organisation ausgeschlossenen Vorsitzenden Rieftz des dortigen Vereins „Zufriedenheit“. Mehr Geistes sind dieser Mann sein muß, geht zur Genüge aus einem Strafmandat hervor, mit dem der Genosse Klammer von der Zehdenicker Polizeiverwaltung jetzt bedacht worden ist. Darin heißt es, Klammer habe am 18. August gelegentlich der Straßensperre des Radsfahrereins „Zufriedenheit“ durch Rufe: „Das Lokal ist gesperrt!“ öffentlichen Wergernis bei den Radsfahrern hervorgerufen und somit großen Anseh verübt. Beweis: Zeugnis des Schneidemüllers Otto Rieftz. — Nachdem um 1 Uhr nachts die teilweise auch in verschämtem Ton gehaltene Debatte beendet war, wurde unter großer Anwesenheit der Stimmen der „Freiheits“-Wandler folgende Resolution angenommen: Die Versammlung verurteilt auf das schärfste den vom „Freiheits“-Bunde

begangenen Vorkommnis in Zehdenick und erwartet, daß die Mitglieder dieses Bundes in Zukunft der organisierten Arbeiterkraft in der Provinz in jeder Hinsicht ihre Unterstützung angeheißeln lassen.

Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend hielt am Sonntag in den Industriezweigen eine Mitgliedserversammlung ab, die sich hauptsächlich mit Vereinsangelegenheiten beschäftigte. Der Hauptpunkt der Tagesordnung: Wandlungen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung und die Stellung unserer Organisation zu den letzten Ereignissen“ wurde, weil die Versammlung nicht zahlreich genug besucht war, auf eine in nächster Zeit stattfindende außerordentliche Versammlung vertagt. Von einem Mitgliede wurde der Antrag gestellt, der Verein solle nach jedem Ort, wo Dr. Friedberg seinen Vortrag hält, einen Stenographen entsenden. Nachdem der Antragsteller von mehreren Rednern darauf aufmerksam gemacht wurde, daß sein Antrag doch wohl schon wegen der großen Unkosten nicht durchführbar sei, zog er ihn zurück. — Zu einer Neuerung Rehbens in der letzten Versammlung im sechsten Wahlkreise über die niedrigen Beiträge der Lokalorganisationen bemerkte der Vorsitzende Zuppenlag, daß die Mitglieder des Vereins selbst über die Höhe der Beiträge bestimmen und die Beiträge niedrig seien, weil man nicht die Unterstühtungseinrichtungen der Zentralverbände habe. Im übrigen sei durch die Abrechnungen nachzuweisen, welche hohen Summen für Lohnkämpfe aufgewendet würden.

Die Erstagwahl in Essen.

Die Reichstagsersatzwahl in Essen, die als erster Prüfstein der Wirkungen des Verrats an den Vergararbeitern so gelegen kam, hat der sozialdemokratischen Partei einen bedeutenden Fortschritt gebracht. Zwar ist, was bei der Lage im Kreise nicht anders zu erwarten war, auch diesmal die Wahl noch nicht im ersten Wahlgange entschieden, vielmehr ist abermals Stichwahl zwischen unserem Kandidaten und dem Zentrumskandidaten erforderlich, jedoch haben wir einen beträchtlichen Zuwachs an Stimmen, die Nationalliberalen dagegen wesentlichen Stimmenrückgang erfahren. Die bis jetzt vorliegenden, noch nicht ganz vollständigen Nachrichten lauten:

Zählung des sozialdemokratischen Wahlbureaus:
Gewehr (Soz.) 28 932, Giesberts (Z.) 35 478, Niemeyer (natl.) 17 873, Behrens 2196 Stimmen.

Zählung des Zentrums:
Gewehr 28 000, Giesberts 34 000, Niemeyer 18 000, Behrens 3000, Pole 1722 Stimmen.

Zählung des „W. L. V.“:
Gewehr 25 419, Giesberts 32 021, Niemeyer 17 911, Behrens (driftlich-sozial) 1914 Stimmen.

Bei der letzten Wahl erhielten im ersten Wahlgang:
Klingemann (nationaler Kandidat) 20 819 Stimmen
Stöckel (Zentrum) 85 129
Choczegowski (Pole) 1 589
Gräfer (Sozialdemokrat) 22 773
In der Stichwahl folgte Stöckel (Zentrum) mit 89 016 Stimmen gegen 32 682 Stimmen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Marokkofrage.

Paris, 19. September. (W. L. V.) Gegenüber den Vorbürken der französischen Presse, daß Deutschland durch sein Verhalten eine Verständigung in den Verhandlungen Marokko betreffend erschwere, sowie der Behauptung des „Matin“, Deutschland habe durchblicken lassen, daß es einen Hafen an der marokkanischen Küste beanspruche, wird dem Pariser Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ von zuständiger Seite versichert, daß, entsprechend den Versicherungen Deutschlands keine Gebietsveränderungen zu beanspruchen, von irgend welchem Anspruche auf Häfen in den Verhandlungen nicht die Rede gewesen sei. Das Wort Rogador, von dem man spreche, sei aus dem Munde des deutschen Gesandten Rosen überhaupt nicht gefallen. Zu dem Vorturf, daß Deutschland die Verhandlungen verzögere, sei zu bemerken, daß die Unterbrechung der Verhandlungen sich durch die Abwesenheit Rouviers erklärt, da die Verhandlungen anwesend auf einem Punkte stehen, bei dem die persönliche Anwesenheit des Ministerpräsidenten wünschenswert erscheint.

Paris, 19. September. (W. L. V.) Das Ministerium des Auswärtigen stellt die Nachricht in Abrede, daß der Gesandte Dr. Rosen Rosenil mitgeteilt habe, Deutschland beabsichtige, von Marokko eine Hafenkonzession am Atlantischen Ozean zu erlangen.

Die Schuldigen des Aufstandes in Kamerun.

Köln, 19. September. (W. L. V.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Es kann noch dem, was schon bekannt ist, keinem Zweifel unterliegen, daß die Unruhen unter den Eingeborenen im nordwestlichen Teile des Kongobeckens der Gesellschaft Südamerun auf die Art und Weise zurückzuführen sind, wie in diesem Gebiete der Skaufhandel betrieben wird. Zurzeit streiten sich die Vertreter der Gesellschaft Südamerun und die der Küstentfirmen darüber, wer eigentlich der schuldige Teil ist. Aus den gegenseitigen, sich einander gegenüberstehenden Behauptungen ist natürlich keine Klarheit zu gewinnen, obwohl nicht direkt beteiligte Kreise dazu neigen, den größeren Teil der Schuld den Küstentfirmen beizumessen. Bei dieser Lage der Dinge ist es mit Freuden zu begrüßen, daß die Kolonialregierung schon seit längerer Zeit eingehende Erhebungen über die Ursachen der Unruhen anstellt. Wie wir erfahren, hat vor einiger Zeit die Kolonialregierung auch dem Gouverneur anheimgestellt, mit dem Abschluß der Erhebungen einen richterlichen Beamten zu betrauen.

Schweden-Norwegen.

Christiana, 19. September. „Kistenposten“ meldet: Wie sicher verlautet, werden, so lange die Verhandlungen dauern, weder norwegische noch schwedische Truppen nach der Grenze dirigiert werden; ferner sollen Veranstaltungen getroffen werden, die Grenzbeobachtungstruppen beider Reiche soweit zurückzuführen, daß keine Reibungen zu befürchten sind; über die Heimführung der Beobachtungstruppen verlautet noch nichts.

Die Revolution in Russland.

Petersburg, 19. September. (W. L. V.) Der Zar hat einen Ukas erlassen, wodurch der Belagerungszustand über ganz Polen verhängt wird. Diese Maßnahme ist durch die jüngsten Unruhen veranlaßt.

London, 19. September. (W. L. V.) Wie aus Petersburg berichtet wird, habe die eingeleitete Untersuchung über den Dampfer „Traffon“ ergeben, daß dieser Dampfer der russischen revolutionären Organisation gehörte. Wie es heißt, befindet sich ein Dampfer in Russland, der die revolutionäre Partei noch weitere Dampfer für ähnliche Zwecke erworben hat, weswegen die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln getroffen wurden, um das Einschmuggeln von Waffen über Finnland und längs der russischen Küste zu verhindern.

Hamburg, 19. September. (W. L. V.) Die abgelösten Offiziere und Mannschaften der ostafrikanischen Belagerungsbrigade, etwa 800 Mann, Transportführer Major Rissen-Reher, sind heute mit dem Dampfer „Silba“ hier eingetroffen.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Im nachfolgenden tragen wir die gestern fehlenden Reden über die Organisation nach:

Hüttmann-Frankfurt a. M.:

Uns geht der Entwurf nicht weit genug, wir hätten eine straffere Organisation gewünscht. So große Angst vor der Polizei brauchen wir nicht mehr zu haben, wir sind bei der heutigen Entwicklung der Partei sehr wohl in der Lage, eine straffere Organisation zu schaffen.

Wagner-Stuttgart:

Wir wollen uns durchaus nicht gegen eine Zentralisation sträuben, die wir ja auch im Kleinen in unserer Organisation haben. Nur sollte nicht ganz überflüssig gemacht werden, was mühselig aufgebaut ist.

Zu dem Punkt Organisation ist noch der Antrag 145 eingegangen:

Mitglieder, welche bereits in einem Ort bei Aufnahme in den sozialdemokratischen Verein Eintrittsgebühr bezahlt haben, müssen bei Domizilwechsel in dem, am neuen Wohnort sich befindenden sozialdemokratischen Verein ohne Bezahlung einer nochmaligen Eintrittsgebühr als Mitglieder weitergeführt werden.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 19. September.

Vormittagsitzung.

9 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Es sind einige neue Begrüßungstelegramme eingegangen.

Singer:

Ich habe zunächst eine geschäftliche Mitteilung zu machen. Es ist ein Antrag eingegangen, die Resolutionen, welche sich mit dem Streit zwischen einigen Parteiblättern, der in den letzten Wochen die Presse beschäftigt hat, befassen, einer Kommission von 15 Mitgliedern zu überweisen zur Prüfung und Berichterstattung an den Parteitag.

Stollen-Hamburg:

Begründet den Antrag. Die Antragsteller glauben mit diesem Antrag einen praktischen Bedürfnis des Parteitag entgegenzukommen. Ich glaube froher zu sein, daß wohl ganz allgemein das Empfinden vorhanden ist, daß der Streit, der in jüngster Zeit in der Parteipresse entstanden ist, der Entscheidung des Parteitages unterstellt werden muß.

tragen die Organisationskommission schon reichlich genug zu tun hat und daß die Erörterung dieser Streitfrage der Kommission zu viel Zeit nehmen würde.

Wolberski-Berlin:

Ich möchte Ihnen nur mitteilen, daß nach einer Rücksprache, die wir als leitende Objekte, sowohl die Leipziger wie die Berliner, veranstaltet haben, wir uns mit diesem Antrage einverstanden erklärt haben.

Hierauf wird der Antrag, die Resolutionen 112, 113, 114 und 115 einer Kommission von 15 Mitgliedern zu überweisen zur Prüfung und Berichterstattung an den Parteitag, mit großer Majorität angenommen.

Singer:

Es liegen bereits Vorschläge für die Kommission vor. Die Listen lauten:

1. Diez-Stuttgart, Haase-Königsberg, Stolten-Hamburg, Ernst-Berlin, Wolberski-Berlin, Kleemann-Leipzig, Seger-Leipzig, Schwarz-Lübeck, Schmitt-München, Frank-Mannheim, Sperla-Stuttgart, Ebert-Bremen, Vader-Berlin, Hengsbach-Köln, Rother-Breslau.

2. Meister-Hannover (Meister: Ich lehne ab!), Haase-Königsberg, Hoffmann-Berlin, Stolten-Hamburg, Siedermann-Dresden, Luxemburg-Friedenau, Schulz-Bremen, Voche-Breslau, Städtgen-Berlin, Schmitt-München, Diez-Hamburg, Bohl-Leipzig, Wolberski-Berlin, Frank-Mannheim, Diez-Stuttgart.

Ich schlage vor, diese beiden Vorschlagslisten im Laufe der Vormittagsitzung verbefähigen zu lassen, sie zu verteilen und bitte dann während der Mittagspause die Wahlen vorzunehmen.

Sebel:

Wir haben wohl alle Ursache, dafür zu sorgen, daß es möglichst bald zur Konstituierung der Kommission kommt, denn sie wird keine leichte Aufgabe haben. Ich schlage vor, daß wir über beide Listen durch Abstimmung abstimmen, zuerst über die erste, dann über die nachher eingegangene.

Dr. Siedlum-Dresden:

Abgesehen von einem engeren Kreise von Parteigenossen, die sich mit der Frage wahrscheinlich gestern Abend beschäftigt haben, ist den Mitgliedern des Parteitages von diesem Antrage nichts bekannt gewesen und sie sind infolgedessen auch nicht in der Lage gewesen, ihre eigene Vorstellungsliste, wie sie sie vielleicht für geeignet halten, aufzustellen.

Richard Fischer-Berlin:

Ich glaube, wir können unsere Zustimmung zu der ersten Liste gleich hier geben. Sie ist nach zwei Grundsätzen aufgestellt. Erstens nach dem alten Grundsatze der Partei, möglichst viele Landesstellen vertreten zu sehen, und zweitens älteren bekannten Parteigenossen, die in dem ganzen Staate persönlich nicht engagiert sind, die Sache zu übertragen.

Wolberski-Berlin:

Wir haben uns gestern Abend schon mit der ersten Liste einverstanden erklärt und ich kann mich nur dem Vorredner anschließen.

Sebel:

Ich wollte nur konstatieren, daß meinem Vorschlage alles ferner gelegen hat als den Parteitagen zu überumpeln. (Sehr richtig!) Ich habe auch aus der ersten Vorschlagsliste, an deren Aufstellung ich übrigens nicht beteiligt bin, erfahren, daß in der Tat die Grundsätze, die Fischer vorgebracht hat, im vollsten Maße beachtet sind. Es handelt sich da um Personen, die nach meiner Ueberzeugung vollständig im Stande sein werden, in der Sache selbst zu einem objektiven Urteil zu gelangen.

Singer: Ich werde meinetzels auch nicht auf dem Vorschlage bestehen, die Listen erst drucken zu lassen, sondern sie jetzt direkt zur Abstimmung bringen.

Die Liste 1 wird hierauf mit großer Majorität angenommen. Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 2 der Tagesordnung:

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Damit verbunden wird Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht der Kontrollkommission.

Auf Vorschlag Singers werden die Anträge 117 und 128, die sich mit dem Verhältnis der deutschen Partei zur P. P. S. befassen, soweit sie in Deutschland organisiert ist, sowie die Resolutionen des Vorstandes über die Fleischsteuerung, die Rede-verbote gegen Jaurès, Dr. Adler, Greulich und Todeschini und über den internationalen Frieden beim Bericht des Vorstandes mit erörtert.

Zunächst sollen Rolfenbuhr (allgemeiner Vorstandsbericht), Werich (Massenbericht) und Meister (Bericht der Kontrollkommission) ihre Referate erstatten.

Das Wort erhält zunächst

Rolfenbuhr-Berlin:

Es ist bei dem Parteitag eine Beschwerde des Genossen Erb in Hamburg eingelaufen, weil einige von ihm eingereichte Anträge nicht gedruckt worden sind. Das geht bei ihm häufig so: die Hamburger lehnen seine Anträge ab, er bringt sie dann persönlich ein, sie werden aber vom Parteitag überhaupt nicht unterrichtet.

Der gedruckt vorliegende Bericht enthält einige Irrtümer. Die Erwerbung des Bürgerrechtes in Lübeck kostete früher nicht 90, sondern 25 M. Auch ist es nicht richtig, daß alle Leute mit weniger als 1200 M. Einkommen gar kein Wahlrecht haben, sie können 15 Abgeordnete wählen.

die Nationalliberalen gerichtet. Insofern haben wir uns allerdings geirrt, aber an unserem Grundgedanken, daß wir es bedenklich finden, wenn man anstatt auf dem Wege des ehelichen Kampfes durch Kompromisse zu Mandaten zu kommen sucht — daran wird wohl kaum etwas zu ändern sein.

weil daran ungeheuer viel verdient wird. Natürlich ist man immer mit sogenannten Gründen bei der Hand, bald wird auf der einen, bald auf der anderen Seite ein Kriegsgefahr angefümmelt und dem deutschen Volke begreiflich gemacht, daß Deutschland von äußeren Feinden bedroht ist. So war es 1887 mit dem Boulanger-Rummel, so war es mit der Zwei-Fronten-Theorie, die lange Zeit vertreten wurde und jetzt zum Bedauern der Staatsmänner ziemlich in die Brüche gegangen ist. Jetzt ist das moralische russische Reich in sich selbst zusammengebrochen, das russisch-französische Bündnis war ja bisher eins von den Argumenten, die in Deutschland immer angeführt wurden, wenn es galt, neue Schiffe zu bauen, neue Rüstungen zu schaffen. Man wird ja sagen können, daß Rußland jetzt, wo es so schmächtig zusammengebrochen ist, nicht mehr als ernste Gefahr für Deutschland in Betracht kommen kann, daß Rußland jetzt Frieden halten muß, nicht etwa weil es nicht mehr die nötige Anzahl von Soldaten aufbringen kann, sondern weil seine Finanzen so zerrütet sind, daß es vor dem Staatsbankrott steht. Aber diesem Rußland leistet unsere Regierung hülfreiche Hand, den deutschen Kapitalisten wird von Regierungswegen vorgeplaudert, daß Rußland ein sehr zahlungsfähiges Reich ist. In den achtziger Jahren, als Rußland ohne Zweifel finanziell viel besser gestellt war als gegenwärtig, da war es die deutsche Regierung, die der Reichsbank untersagte, russische Papiere zu lombardieren. Inzwischen ist Rußland viel zahlungsunfähiger geworden, seine Finanzen sind ruiniert. Da findet sich ein deutscher Regierungsrat Martin, der darauf aufmerksam macht, daß es doch ein sehr gewagtes Spiel wäre, wenn heute Deutsche ihr Geld in russische Anleihen anlegen würden. Und sofort kommt ein Mann, der kein Statistiker und kein Nationalökonom ist, Fürst Bülow, und macht in der „Nordd. Allg. Ztg.“ bekannt, daß das ganze Martinsche Buch auf falschen Voraussetzungen beruht und daß gegen den Verfasser ein Disziplinarverfahren eingeleitet ist. In weichen Interesse geschieht das? Man kann ja annehmen, daß es im Interesse der Banken geschieht, man kann sagen, es mag vielleicht im Interesse der Großindustriellen geschehen, da Rußland, wenn es kein Geld hat, keine Schiffe bauen und keine Kanonen anfertigen lassen kann.

Hort und fort schafft die Diplomatie gespannte Situationen, und man kann immer darauf rechnen, daß solche Situationen dann geschaffen werden, wenn man ungeheure Summen für Kriegszwecke vom Volke haben will. Das hat bereits die Marokkofrage bewiesen. Im Frühjahr gerieten wir plötzlich in eine gespannte Situation mit Frankreich. Ein Jahr vorher noch hatte Bülow gegen den Antisemiten Grafen Reventlow polemischend sich dagegen verwahrt, „das Land ohne Not in Abenteuer zu stürzen“. Weibel hatte damals im Reichstage das englisch-französische Abkommen einen Beweis dafür genannt, wie große Nationen es verstanden, schwierige Situationen auf freundschaftlichem Wege zu lösen. Aber im Hintergrunde lauert beständig die „gespannte Situation“. Solange noch die nationalen Gegensätze existieren, wird auch die Kriegsgefahr bestehen. Wenn Schelly gesagt hat: Durch eine neue Philosophie kann eine Nation entstehen, so läßt sich mit größerem Rechte sagen: Durch den neuen Gedanken der Internationalität der Arbeiterklasse wird der Weltfrieden geschaffen werden. Dadurch daß die Arbeiter aller Länder um die Befreiung von jeglichem Drude kämpfen, hört die Arbeiterklasse auf, sich in Engländer, Franzosen, Deutschen usw. zu spalten und nur eine Arbeiterklasse tritt der Kapitalistenklasse gegenüber. (Sehr richtig!) Daß die Arbeiter aller Länder Gegner des Krieges sind, müssen sie immer energischer zum Ausdruck bringen. Nur so kann es gelingen, den Bahn zu befeuchten, als drängen die Nationen zum Kriege. Wenn die Parteien zusammenkommen, so scheinen sie kein größeres Interesse zu haben, als den Frieden aufrecht zu erhalten. So ist es auch der Grundton aller Thronreden, daß die Regierung bestrebt sei, den Frieden zu wahren. Fast gewinnt es so den Anschein, als sei in den Völkern das Bedürfnis vorhanden, über einander herzufallen und sich die Häute abzuschneiden. Daß solche Stimmung nicht vorhanden ist, weiß man, aber notwendig ist es doch, wenn die Diplomaten sich so anstellen, als würden sie zum Kriege gedrängt, daß die breiteren Schichten zum Ausdruck bringen, daß sie diesem Treiben fernstehen, daß sie in den arbeitenden Massen des Auslandes Krüder sehen, denen sie die Hand reichen. (Wrao!) So sind unsere englischen Genossen zusammengekommen, als man in Deutschland eine Situation schuf, die zu einem Kriege mit Frankreich und England führen konnte, haben den Treibereien der Chauvinisten eine entscheidende Abfuhr erteilt und haben versichert, daß sie mit den deutschen Arbeitern ein Herz und eine Seele seien. Hierauf sofort zu antworten, war Pflicht der deutschen Arbeiter. Es geschieht auf diesem Parteitag, wenn Sie unsere Resolution, wie ich annehme einstimmig, annehmen. Gleichzeitig aber müssen wir auch gegen die Ausweisungen unserer ausländischen Freunde protestieren, womit die deutsche Regierung gerade in den Tagen der gespannten Situation vorgegangen ist. Als Zaurds eingeladen wurde, in Berlin vor den deutschen Arbeitern aufzutreten, verbot ihm der Reichszentralrat das Wort. Daß in einem solchen Augenblick die Regierung eine Friedensumgebung verhindert, gebietet dem Proletariat, immer wieder seine Friedensstöße zu behaupten und Redefreiheit auch für die internationale Politik zu fordern. Der Zweck des Verbots ist nicht erreicht worden, die Folge war lediglich eine Missetzung Deutschlands. Es zeigte sich hier wieder, daß nicht wir, sondern unsere Gegner es sind, die das deutsche Volk herabsiezen. Wir bitten Sie, unsere Resolution anzunehmen. Die Regierungen müssen dazu gedrängt werden, solche Fragen auf friedlichem Wege zu lösen.

Wir leben in einer Zeit fortwährender Gärung. Scheinbar feststehende Formen der reaktionären Politik sind zusammengebrochen. Man sollte glauben, daß in einem solchen Augenblick die Partei um die eine Aufgabe kennen würde, die Arbeiter über die Bedeutung dieser Situation aufzuklären. Statt dessen sehen wir, daß vielfach eine gewisse Mißstimmung vorhanden ist. Jüngere Parteigenossen glauben, daß in der Partei ein innerer Sturz bestiehe, der erst in der letzten Zeit entstanden sei. Diejenigen Genossen aber, die bereits seit Jahrzehnten im Kampfe stehen, wissen, daß es ohne gewisse Gegensätze in der Partei niemals abgegangen ist. Die Partei hat es aber immer vertragen können, daß hier und da gegen ein Prinzip oder eine Theorie verstoßen wurde. Sie hat sich trotzdem immer weiter entwickelt und die Genossen, die von solchen Entgleisungen gleich die Spaltung der Partei erwarten, scheinen die Parteigeschichte wenig zu kennen. Wir haben lange Zeit hindurch ein Programm gehabt, von dem eigentlich nach Ansicht von Marx kein Satz zu rechtfertigen war. Damals war also die ganze Partei entgleist; wir haben aber trotzdem — es war unter dem Sozialistengeist — mutig unseren Namen gestanden und die Interessen der Arbeiter vertreten. Die Gegensätze waren damals dieselben wie heute, nur die Namen haben gewechselt; früher sagte man, es würde den Untergang des Sozialismus bedeuten, wenn man sich mit den Sozialisten verbände. Dieser Meinung war auch Marx. Als aber die Verbindung doch zustande kam, zeigte sich, daß die Sozialisten ganz gute Parteigenossen waren. (Sehr richtig!) Marx hat die Unterschiede überschätzt. Wenn er 1000 Arbeiter von der einen und 1000 von der anderen Richtung genommen hätte, ich glaube, er hätte keinen großen Unterschied entdeckt. (Sehr richtig!) Später führte man andere Namen an. Man sprach von Possibilisten, Opportunisten, später von Revisionisten und jetzt spricht man sogar von etischen Arbeitern! (Weiterkeit!) Man ist ja gewiß nichts dagegen einzurufen, daß man, wenn eine Entgleisung vorkommt, den Versuch macht, sie ins Lot zu bringen. Man geht dabei nur leider oft mit untauglichen Mitteln vor. Ich erinnere mich z. B., als wir früher noch nicht solche Redner waren, daß einer von uns eine ganze Versammlung ausfallen konnte, ging er häufig zu zwei, dreien in die Versammlung und jeder sprach 20 Minuten oder 1/2 Stunde. Bei solchen Kollektivreden kam es nicht selten vor, daß jüngere Genossen gründlich entgleisten und Theorien entwickelten, daß einem die Haare zu Berge standen. Wir hüteten uns aber sehr, dann zu den Versammlungsbesuchern zu sagen: Seht mal, was das für ein Kindvieh oder Schaf oder Esel ist! (Große Weiterkeit!) Vielmehr versuchten wir, ihn so gut es ging herauszurufen. Nachher auf dem Reich-

haustage wurde dann allerdings oft stark gestritten. Da hat man denn auch manchmal harte Ausdrücke gebraucht und den Betreffenden auch mal Schafkopf oder so ähnlich genannt. Aber so weit ist man nie gegangen, daß man ihn gar einen etischen Arbeitern genannt hätte. (Große Weiterkeit.) Die Prinzipienretterei wird merkwürdigerweise immer an den Orten betrieben, wo die Entgleisung gar nicht stattgefunden hat. Wenn heute z. B. irgendwo in einer Stadt Süddeutschlands eine prinzipielle Entgleisung vorkommt, so haben die Genossen Mitteldeutschlands zu hören, daß eine schlimme Prinzipienverletzung vorgekommen sei. Ich würde es ja noch gelten lassen, wenn die Prinzipienretterei auf demselben Boden betrieben würde, auf dem die Entgleisung passiert ist, also in derselben Versammlung oder derselben Zeitung. In Wirklichkeit aber kriegen die, die den verderbbringenden Artikel gelesen haben, in der Regel die Antwort nicht zu lesen und umgekehrt. Daher kommt es auch, daß dieser Jant den Genossen so sehr zuwider geworden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Daher kommt es, daß die Genossen sich sagen, daß es sich ja nur um persönlichen Jant handle. (Sehr richtig!) (Vorwärtiger Singer fordert den Redner auf, nicht auf die spezielle, der Kommission überwiesene Streitfrage einzugehen.) Das war durchaus nicht meine Absicht. Ich wollte nur allgemein die Ursache der jetzigen Mißstimmung klarlegen. Ich glaube, es ist Pflicht der Genossen, immer im Auge zu behalten, daß der Partei die Einigkeit erhalten werden muß, durch die wir unsere großen Erfolge erzielt haben und daß es das schwerste Verbrechen ist, Handlungen zu begehen, die die tatsächlich vorhandene Einigkeit gefährden können.

Eine andere Angelegenheit, die jetzt vielfach erörtert wird, ist der angebliche Zwiespalt zwischen den Gewerkschaften und der Partei. Es heißt, auf dem Kölner Gewerkschaftskongress sei zugute getreten, daß die deutschen Gewerkschaften immer mehr in das Fahrwasser der englischen Trades-Unions kommen. Diese Entwicklung hat viele Genossen sehr erstickt; sie sind der Ansicht, daß ähnlich wie in England es infolge der Entwicklung der Trades-Unions der Chartismus zugrunde gegangen sei, bei uns durch die Entwicklung der Gewerkschaften die Sozialdemokratie beiseite geschoben werden könne. Ich will nicht darauf eingehen, ob in der Tat der Chartismus lediglich an den Trades-Unions zugrunde gegangen ist. Ich glaube vielmehr, daß die Ursache in der Schwäche des Chartismus selbst lag. Daß nun unsere Gewerkschaften sich immer mehr im Sinne der Trades-Unions entwickeln, liegt nicht an der Vossheit einiger Gewerkschaftsführer, sondern es ist in der Natur der Sache begründet. Früher mögen unsere Gewerkschaften mehr politische Diskussionsgegenstände gewesen sein. Je mehr aber die wirklichen Zwecke der Gewerkschaften erreicht werden, um so mehr werden die Gewerkschaften durch die Tätigkeit, die ihre eigentliche Aufgabe ist, vollständig in Anspruch genommen. Die Gewerkschaften sind die Streitkörper, die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft Verbesserungen der Lage der Arbeiter erkämpfen sollen; sie stehen mit ihrem ganzen Wesen auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Die Gefahr, die sich für die englischen Trades-Unions ergeben hat, besteht aber für die deutschen Gewerkschaften nicht. Als die Trades-Unions entstanden, befand sich die großkapitalistische Produktion noch in der Entwicklung; man wußte noch nicht, wie weit die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften geht. Die deutschen Arbeiter aber sind sich darüber klar, daß, so lange der Kapitalismus besteht, die Ausbeutung der Arbeiter nicht aufhören wird, daß also die Arbeiter auf die Vereitigung dieser Wirtschaftsordnung arbeiten d. h. Sozialdemokraten sein müssen.

Daß die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung nicht von einzelnen Führern, sondern von der allgemeinen Entwicklung abhängt, beweist auch die Geschichte der christlichen Gewerkschaften. Als diese gegründet wurden, erklärte der Bischof von Bisher in Krefeld, ihr einziger Zweck sei die Bekämpfung des Unfortuges. Die Entwicklung hat diese Worte lägen gestraft; auch hier waren die Verhältnisse stärker als die Führer. Tatsache ist, daß die deutschen Gewerkschaften bei uns gar nicht in der Lage sind, sich so wie die englischen auf das rein wirtschaftliche Gebiet zurückzuziehen. Sie kommen auf allen Gebieten mit der Gesetzgebung in Verührung. Dazu führt schon die große Zahl unserer in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter. Auch die Entwicklung der Syndikate muß die Arbeiter auf die politische Betätigung hinweisen. Die Syndikate können ja durch Streiks sehr wenig getroffen werden, da jeder Streik ihre Lieferungsfrist einfach aussetzt und eine günstige Marktlage für sie schafft. Der Anfall des ersten Quartals, der durch den Vergewaltigungstreit der Zechenbesitzer verursacht wurde, ist nach den Geschäftsberichten des Syndikats bereits längst eingeholt. Da drängt sich die Frage auf, inwieweit wird der freie Arbeitsvertrag durch die Gesetzgebung gesichert werden müssen, damit sich auch die Arbeiter, die mit Syndikaten zu tun haben, gegen die Übergriffe ihrer Arbeitgeber schützen können, wie es die übrigen Arbeiter mit Hilfe ihrer Gewerkschaften können. (Sehr richtig!) Hier eröffnet sich für unsere Theoretiker ein fruchtbares Arbeitsfeld. Auch die Gewerkschaften werden einsehen, daß hier die Gesetzgebung eingreifen muß, daß es unmöglich ist, die Millionen in Betracht kommenden Arbeiter zu unterrichten, wenn sich auch Streikbrecher nicht genug finden, denn soviel Lumpen gibt es in der ganzen Welt nicht, um diese Riesenbetriebe bei Streiks aufrecht zu erhalten. Unsere alten Professoren bringt die ungeheure Entwicklung der Syndikatsbewegung ganz zur Verzweiflung. Schmöller und Wagner sprechen bereits von einer Revision der Begriffe, sie stehen Erschütterungen gegenüber, als wären sie in eine fremde Welt, in ein Märchenland gekommen. Unter diesen Umständen werden auch die Mitglieder der Gewerkschaften zu der Ueberzeugung kommen, daß es nicht genügt, wenn sie Mitglieder der Gewerkschaften sind, daß sie sich politisch betätigen müssen, um die Rechte der Gewerkschaften zu wahren. Es muß ihnen klar werden, daß es auch für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter notwendig wird, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. (Sehr richtig!)

In Deutschland herrscht noch zum großen Teil das Junkertum, aber trotzdem hat unser Kapitalismus in mancher Beziehung schon den Engländern überflügelt. Die Vorgänge auf wirtschaftlichem Gebiete beweisen uns, daß unsere sozialistische Gesellschaft ganz leicht zu leiten sein wird. Der Stahlwerksverband erzählt, daß es in einer Nacht gelungen ist, die Organisation herzustellen, und nicht einmal mit Hackleuten, sondern mit Schussern und Schneidern. Wenn das möglich war, dann dürfen wir wohl hoffen, daß es mit unserer sozialistischen Gesellschaft noch besser gehen wird. Wir müssen Auge und Ohr offen halten, wir sehen die rapide wirtschaftliche Entwicklung, wir sehen, wie alles durcheinander gewürfelt wird, was früher fest war. Da heißt es, die Kräfte zusammenzufassen, um den Wuchertarif zu bekämpfen, um die Angriffe auf die Rechte der Arbeiterklasse abzuwehren. Wir müssen darauf hinweisen, daß die wirtschaftliche Entwicklung darauf hinausläuft, auch die letzten Nachmittage des Kapitalismus zu erschöpfen, daß der Kapitalismus mit Riesenschritten dahin gelangt, daß lediglich noch eine Expropriation der Expropriatoren nötig ist. Da heißt es, die Arbeiterklasse aufzuklären, daß sie einzig in der Agitations- und Organisationsarbeit sein muß. Ist das erste Bestreben vorhanden und herrscht Einigkeit, dann werden wir gerade in der gegenwärtigen Zeit Fortschritte machen können wie zu keiner anderen Zeit; denn die politische und wirtschaftliche Situation ist uns so günstig wie nie zuvor. In wenigen Jahren muß sich die Partei mit Leichtigkeit verdoppelt haben. Wenn der ernste Wille vorhanden ist, dann muß auch das Ziel erreicht werden. (Lebhafte Beifall.)

Bevor der Parteitag die weiteren Berichte entgegennimmt, begrüßt

Singer den als Gast anwesenden Genossen Remezczyk. Remezczyk ist unseren Parteitagen kein Fremder, wir haben schon wiederholt die Freude gehabt, ihn unter uns weilen zu sehen und heißen ihn auch heute herzlich willkommen. (Beifall.)

Singer teilt weiter mit, daß an Stelle der zurückgezogenen Resolution betr. die Fleischnot eine andere vom Parteivorstand und einigen Genossen beantragte vorliegt (siehe Antrag 146*) und daß

*) 146. Resolution zur Fleischnot. Große Schichten der Bevölkerung Deutschlands leiden mehr als jemals zuvor unter einer furchtbaren Verteuerung der Fleischnahrung, die sie auf das schwerste bedrückt und zu dauernder Unterernährung

ein Amendement Beustein und Genossen zur Friedensresolution des Parteivorstandes sich im Druck befindet. Hierauf erstattet

Vericht

den Rassenbericht: Als wir im vorigen Jahre unter ganz besonders günstigen Bedingungen bei einer Einnahme von über 600 000 M. den günstigsten Rassenabschluß erzielt hatten, den wir bisher zu erreichen vermochten, lag die Befürchtung nahe, wir könnten vielleicht die Parteifinanzen nicht auf dieser Höhe halten, es könnte ein Rückschritt eintreten. Aber trotzdem unsere Genossen im vorigen Jahre auch sonst in gewaltiger Weise in Anspruch genommen wurden durch Sammlungen, die die Partei selbst einleitete, oder durch Sammlungen der Gewerkschaften, die sich aber immer an dieselbe Arbeiterklasse wandten, weisen unsere Einnahmen bei über 700 000 M. gegen das Vorjahr wiederum eine Steigerung von über 100 000 M. auf. (Beifall.) Das ist ein Beweis der äußeren Ausdehnung und der inneren Festigung unserer Partei. Dieser so überaus günstige Rassenabschluß hat denn auch den hellen Reid unserer Gegner erregt. Die „Freie Deutsche Presse“ hat einen Leitartikel über die sozialdemokratischen Finanzen gebracht, und man spürt es beim Lesen, wie den freisinnigen Herren das Wasser im Munde zusammenläuft vor Appetit nach eben solchen Finanzen. (Weiterkeit.) Es heißt darin, der sozialdemokratische Finanzminister habe mehrfach beteuert, es geht nicht an, daß wir in Friedensjahren mit Reserven arbeiten, und von Stunde an sei es anders geworden. Der Artikel klingt aus in die Richtung an die freisinnige Partei: Gehet hin und tut desgleichen! Ja, damit wird es gewiß gute Wege haben, ehe eine absterbende Partei mit solchen Resultaten aufwarten kann, wie wir es zu unserer Freude können. Aber so hohes Lob und auch von den Gegnern zuteil wird, so ist doch unsere Finanzgebarung nicht von Fehlern frei. Neben Parteiorganisationen, die geradezu Großartiges geleistet haben, wie Berlin und Leipzig, gibt es Kreise, die nicht entfernt ihre Schuldigkeit tun. Ja, selbst große Wahlkreise mit reichen Mitteln und großen Reserven liefern auch nicht einen Pfennig an die Gesamtpartei ab, während unsere ärmsten Genossen aus den Webederferten des Eulengebietes sich durch eine geradezu rührende Opferwilligkeit auszeichnen. Wir haben uns darüber oft unterhalten, und es lohnt sich nicht, noch ein Wort darüber zu verlieren, denn wir sind ja eben dabei, durch Veränderung der Organisation Wandel zu schaffen. Goffentlich wird der Erfolg der neuen Organisation der sein, daß unser Rassenabschluß im nächsten Jahre ein nach allen Richtungen hin zufriedenstellendes Bild gibt und die „Freie Deutsche Presse“ in die Lage kommt, noch schönere Leitartikel über unsere Finanzen zu bringen. (Beifall.)

Neben den Finanzen haben wir in der Verbreitung und den Einnahmen unserer Parteipresse den sichersten und besten Gradmesser für den Stand unserer Bewegung, und da freut es mich, daß ich gerade in bezug auf diese sehr wichtige Frage ebenso günstiges mitzuteilen in der Lage bin. Im vorigen Jahre in Bremen mußte ich erklären, daß 15 Organe zusammen über 8000 Abonnenten verloren hatten. Diesmal ist die Zahl der Organe, die Verluste zu verzeichnen haben, auf 5 zurückgegangen, und die Zahl der verloren gegangenen Abonnenten auf 2100. Unter diesen Orten befindet sich auch einer unserer ältesten Parteiorde, von dem man solche Verluste nicht erwarten sollte. Da dieser Parteiorde, obwohl er schon seit langen Jahren im Reichstage sozialdemokratisch vertreten ist, auch in der diesjährigen toblerischen Uebersicht durch Nichtanwesenheit glänzt, so wird vielleicht dem neuen Parteivorstand die Verpflichtung erwachsen, einmal nach dem Rechten zu sehen und der dortigen Parteigenossenschaft gehörig auf das Dach zu steigen. (Sehr wahr!) Die übrigen Verluste bedeuere nichts, sie sind als Augenblicksercheinungen zu bewerten. Sämtliche anderen Parteiblätter haben an Abonnenten gewonnen, gegenwärtig beläuft sich der Abonnentenstand auf 679 152; gegenüber den im vorigen Jahre ermittelten Stande von 620 282 bedeutet das einen Gewinn von 58 870, während im Vorjahre der Gewinn nur 47 380 betrug. Die Einnahmen sind entsprechend gewachsen. Die Einnahmen aus Abonnements haben im letzten Jahre die vierte Million fast überschritten, sie betragen rund 4 151 000 M. Ebenso sind die Inserate-einnahmen gestiegen auf 253 700 M.

So ist durchweg eine günstige Entwicklung zu konstatieren. Mögen Sie sich das als Ansporn dienen lassen, auch im neuen Jahre ununterbrochen bei jeder Gelegenheit und auch unter ungünstigen Umständen für unsere Parteipresse thätig zu sein. Ich will noch ausdrücklich betonen, daß unter den angeführten Zahlen die Abonnenten der Blätter, die in längeren Zwischenräumen erscheinen, wie die „Fackel“ in Berlin, die „Rosenrote“ in Eibfeld usw. nicht mit einbegriffen sind; die laufen also noch nebenher. Vielleicht wird es auf dem nächsten Parteitag möglich sein, zu konstatieren: keinerlei Verlust, sondern Gewinn auf der ganzen Linie. (Wrao!) Den Bericht der Kontrollkommission erstattet

Meister:

Mein Bericht wird erfreulicherweise ebenso kurz sein können, wie der meines Vorredners. Die Kontrollkommission hat zunächst über einige Fälle zu entscheiden gehabt. Gleich nach Schluß des Bremer Parteitages erhoben die Genossen Jacobson und Wolff in Berlin Beschwerde gegen den Vorstand dahin, daß er verümt habe ihm eingereichte Anträge zum Bremer Parteitag zur Verhandlung gelangen zu lassen. Nach Kenntnisnahme von dem Inhalt der Anträge haben wir uns überzeugt, daß der Vorstand korrekt gehandelt und daß eine Beeinträchtigung der Genossen nicht stattgefunden hat. Wir haben daher die Beschwerde zurückgewiesen. — Weiter erhob ein Genosse Schilling in Dortmund Beschwerde gegen die Zeitung des dortigen Wahlvereins, die ihn nach seiner Meinung unberechtigtweise ausgeschlossen habe. Die uns eingereichten Akten ergaben aber, daß dieser Ausschluß voll berechtigt war, weil Schilling als Parteifunktionär bei der Wahl zum Schaden der Partei sich Uebervorteilungen zu seinen Gunsten erlaubt hatte. Der Genosse Westphal in Danzig führte gleichfalls gegen ein in Danzig unter dem Vorsitz Kollensbuchs stattgehabtes Schiedsgericht Beschwerde, das ihn zwar nicht wie es beantragt war, ausgeschlossen hatte, das es aber im Interesse der Partei und im Interesse Westphals für

verurteilt. Dieser Zustand, der die verhängnisvollsten Folgen für die körperliche und geistige Entwicklung des Volkes zeitigt, ist die Wirkung der agrarischen Politik, die seit Jahren die herrschenden Klassen und, von ihnen gedrängt, die Regierungen allen Maßnahmen und Warnungen zum Trotz betreiben.

Der Parteitag verurteilt diese Elend und Verderben bringende Politik; er brandmarkt besonders die Einfuhrverbote, die gegen ausländisches Fleisch unter dem Vorwande seiner Gesundheitsfähigkeit erlassen wurden — einem Vorwande, der um so haltloser ist, als der ungehinderte und massenhafte Genuß desselben Fleisches in anderen Ländern bisher niemals zu Gesundheitschädigungen geführt hat. Dahernerpreußische Minister die Förderung schleuniger Maßnahmen zur Verbilligung der Fleischnahrung zu treffen, mit einer an Feivolität grenzenden Leichtfertigkeit zu beantworten für gut befanden, hat den tiefsten Unwillen des Volkes erregt und wieder einmal den Charakter der preussischen Regierung als geschäftsführenden Ausschusses des Großgrundbesitzes bestätigt.

Der Parteitag verlangt, daß sofort die Grenzen des Reiches unter Anwendung berechtigter Vorsichtsmaßnahmen gegen die Einschleppung von Tierseuchen der Einfuhr von Vieh gemindert und die als Einfuhrverbot für ausländisches Fleisch wirkenden Bestimmungen des Fleischschadengesetzes sowie die Zölle auf Vieh, Fleisch und Futtermittel aufgehoben werden.

Der Parteitag verlangt ferner, daß in den Gemeinden die noch bestehenden Lebensmittelzuschläge aufgehoben werden, und daß der Bundesrat und der Reichstag jedenfalls das Verlangen einiger Städte, die Einführung des § 13 des Nahrungsgesetzes bis zum Jahre 1917 zu verschleppen, entschieden ablehnen.

Der Parteitag fordert endlich die in der Gemeindeverwaltung tätigen Genossen auf, die Gemeinden zu veranlassen, daß sie die Fleischversorgung in eigener Regie organisieren.

Der Parteivorstand und eine Anzahl von Genossen.

Wünschenswert erklärt hatte, daß Westphal sich im Bezirk Danzig zwei Jahre lang jedweder öffentlichen Parteitätigkeit enthalte. Die Kontrollkommission gelangte zu demselben Resultat wie das Schiedsgericht und zwar nach Prüfung der uns vorgelegten Akten und nach mündlicher Vernehmung Wolkenbuhres. Westphal stellte uns in Aussicht, daß, wenn keine Appellation an die Kontrollkommission für ihn nicht das wünschenswerte Resultat zeitigen würde, er die ordentlichen Gerichte in Anspruch nehmen werde. Wir mußten es riskieren, Westphal diesen Weg offen zu lassen. Die Parteiverhältnisse in Danzig, die ohnehin recht viel zu wünschen übrig lassen — was freilich nicht an den Parteigenossen am Orte liegt — machten diese Entscheidung notwendig. Eine Beschwerde des Genossen Albert gegen den Vorstand wegen Verweigerung eines Schiedsgerichts wurde ohne Eingreifen der Kontrollkommission dadurch erledigt, daß der Vorstand sich mit Albert verständigte und das Schiedsgericht stattfand. — Der Genosse Siebel in Dortmund legte Protest gegen seinen Ausschluß aus dem dortigen Wahlverein bei der Kontrollkommission ein. Er legte dar, daß der einzige Grund, der nach seiner Meinung für den Ausschluß der dortigen Genossen maßgebend gewesen sei darin lag, daß er unliebsame Vorkommnisse in der Tätigkeit einzelner Parteigenossen wiederholt öffentlich erwähnt habe. Die Genossen am Orte aber machten ihm vor allem zum Vorwurf, daß er zur Veröffentlichung seiner Ansichten über die früheren Zustände in der Partei die gegenrührige Presse benutzte habe. Der Genosse hatte ein Schiedsgericht bei der dortigen Parteileitung beantragt, das ihm verteidigt wurde. Wir verwiesen ihn auf den durch das Organisationsstatut vorgeschriebenen Weg, zunächst ein Schiedsgericht beim Parteivorstande zu beantragen.

Ebenso beschwerte sich der Genosse Hindorf in Mannheim gegen den über ihn verfügten Ausschluß aus der Partei. Der Fall lag ähnlich wie der Viefelder in Bremen verhandelte Fall. Der Genosse sollte bei einem Streit nicht die Haltung eingenommen haben, wie man sie von einem Parteigenossen erwarten konnte. Die Kontrollkommission kam einstimmig zu der Ueberzeugung, daß dem Genossen Hindorf Unrecht geschähe sei. Er hat bewiesen, daß es durchaus nicht in seiner Absicht lag, das Odium des Streikbrechers auf sich zu laden; er hat vielmehr wochenlang arbeitslos in bitterster Not ohne einen Pfennig Unterstützung ausgehalten. Dann ist durch Schiedsentscheidungen in seiner Familie seine Lage in finanzieller Beziehung noch verschlimmert worden und er hat sich dann an den Schneiderverband gewandt mit der Bitte bei etwa vorkommender Arbeitsgelegenheit ihn zunächst zu berücksichtigen. Als diese Gelegenheit gegeben war, ging er hin, um sie für sich in Anspruch zu nehmen, fand aber daß entgegen dem Versprechen, das ihm vom Vorstand der dortigen Filiale des Schneiderverbandes gegeben war, ein anderer, der sich in einer weniger günstigen Lage befunden hatte, ihm vorgezogen war. Die Kommission gelangte wie gesagt, einstimmig zu der Ansicht, daß diesem Genossen Unrecht geschähe sei. Er legte auch besonderen Wert darauf — was z. B. bei Schilling nicht der Fall war, daß seine Parteicheure wieder hergestellt werde und wir konnten einstimmig diesem Wunsch willfahren. Leider ist durch die Krankheit Gedts, der Schriftführer dabei war, die Ausfertigung der Begründung dieses Beschlusses der Kontrollkommission bis jetzt unterblieben. Der Bescheid aber ist sowohl ihm wie dem Vorstand des Wahlvereins zugegangen. Im übrigen haben wir uns mit einem Schmerzensfunde zu befassen gehabt, mit der Angelegenheit Mülhausen, die zu unserem Leidwesen sich so lange hingezogen hat. Wir stellten uns von vornherein auf den Standpunkt, daß der Definitivität Rechnung getragen werden müsse. Genosse Emmel wurde veranlaßt, die Klage gegen seine Verleider anzustrengen. Es geschah, aber die Verleider wurden freigesprochen und Emmel war verurteilt. Wir veranlaßten Emmel zu einer Selbstdemütiation. Sie wurde zuerst abgewiesen, auf eine Beschwerde hin kam es aber doch zu einem Strafverfahren gegen Emmel. Im Urteil ist Emmel von der Verschuldigung des Betruges glänzend freigesprochen worden. Nun war die Kontrollkommission endlich in der Lage eine Entscheidung zu fällen. Ich habe den Auftrag, sie Ihnen im folgenden zu unterbreiten, da wir nicht sicher sind, daß die Sache damit ihren Abschluß gefunden hat. Die Entscheidung lautet:

Die leidige Mülhäuser Angelegenheit, die uns bereits in Dresden, ganz besonders aber voriges Jahr in Bremen beschäftigte, ist endlich zum Abschluß gelangt. Vom Arbeiterwahlverein in Mülhausen i. E. ist vor seinerzeitiger der Antrag gestellt worden, die bereits aus dem Wahlverein ausgeschlossenen Parteigenossen Hermann Weichbecker, Josef Kuhbaumer, Jakob Daus, Josef Lichtenauer und Alphonse Wianni aus der sozialdemokratischen Partei Deutschlands auszuschließen.

Das in dieser Sache vom Parteivorstande eingesetzte Schiedsgericht entsprach in seinem am 18. Oktober 1903 in Mülhausen i. E. gefällten Urteile dem Ausschlußantrage nur bezüglich Weichbecker und Kuhbaumers, lehnte ihn aber bezüglich der drei anderen Angeklagten ab. Dieser nur erste erste Rüge wegen ihres das Interesse der Partei schädigenden Verhaltens erteilend. Gleichzeitig legte das Schiedsgericht dem Parteigenossen Emmel die Verpflichtung auf, im Interesse der Partei gegen Weichbecker und die „Landeszeitung“ Verleumdungsklage zu erheben.

Der Parteigenosse Emmel, der von Weichbecker in der „Oberelsässischen Landeszeitung“ des Betruges bezichtigt worden war, kam, als dieser Vorwurf erneut gegen ihn erhoben wurde, der ihn auferlegten Verpflichtung nach, indem er die Verleumdungsklage anstregte. Er verlor diesen Prozeß, weil die Richter für die Behauptung, daß Emmel einen Betrug verübt habe, den Beweis der Wahrheit als erbracht ansahen.

In diesem Verfahren befand sich aber der Parteigenosse infolgedessen in einem schweren Nachteil, als die beiden gegen ihn auftretenden Belastungszeugen an dem Ausgange des Prozesses im höchsten Maße materiell interessiert waren. Nachdem das Verfahren vor den Zivilgerichten zu seinen Ungunsten ausgegangen war, reichte Genosse Emmel bei der Staatsanwaltschaft eine Selbstdemütiation wegen Betruges ein. Die Staatsanwaltschaft lehnte zunächst ein Einschreiten ab, leitete jedoch auf erhobene Beschwerde Emmels gegen diesen das Strafverfahren wegen Betruges ein. Im Strafprozeß gelang es nun Emmel, das Zeugnis der beiden Belastungszeugen so vollständig zu erschüttern, daß die Strafkammer des Landesgerichts zu Saargemünd ihn am 5. Juli dieses Jahres von der Anklage des Betruges völlig freisprach. Damit mußte Genosse Emmel von dem Verdachte, den Betrug verübt zu haben, als gereinigt angesehen werden.

Gegen das Urteil des Schiedsgerichts hatten seinerzeit sowohl die beiden ausgeschlossenen wie auch der Arbeiterwahlverein Verurteilung bei der Kontrollkommission eingelegt, die ihre Entscheidung jedoch bis zum völligen Austrag des Zivil- und später bis zum Austrag des Strafprozesses aussetzte. Nach Beendigung des Strafprozesses hat die Kontrollkommission in ihrer Sitzung vom 10. September dieses Jahres beide Bemerkungen verworfen und das Urteil des Schiedsgerichts vom 18. Oktober 1903 mit Ausschluß des gegen Emmel gerichteten und inzwischen erledigten Teiles bestätigt.

Im Parteinteresse wäre zu wünschen, daß damit in die Mülhäuser Parteigenossen wieder Ordnung und Ruhe einkehrte; nicht minder wünschenswert ist es, daß der Parteigenosse Emmel sich für die Folge seiner so großen Verdösse mehr gegen die Parteibüchlein schuldig macht, die mit verhältnismäßig großen Opfern für die Partei verbunden waren und fernerhin Handlungen unterläßt, die in der Kontrollkommission bereits zur Erörterung der Frage führten, ob sie nicht mit dem Ausschluß aus der Partei zu bestrafen wären. Gaben diese Vorkommnisse doch schon dem Parteitag in Bremen Anlaß, dem Genossen Emmel sowohl wie den in Mülhäuser Wahlverein organisierten Genossen einen scharfen Tadel auszusprechen.

Offentlich ist die unliebliche Sache damit aus der Welt geschafft. Aber wie mir bereits mitgeteilt ist, beabsichtigt Emmel ein Schiedsgericht gegen sich zu beantragen. Sollte es geschehen, so ist die Kontrollkommission bereit, ihre Entscheidung vor dem Schiedsgericht zu vertreten. Wir glauben aber, es wäre im allgemeinen Parteinteresse wie auch im persönlichen Interesse des Parteigenossen Emmel wünschenswert, wenn die Sache mit unserer Entscheidung erledigt sein möchte.

Im übrigen haben wir die uns überwiesenen Revisionen vorgenommen und keine Monita zu ziehen gehabt. Diesmal haben wir die Revision auch auf das in Parteiverwaltung übergegangene Geschäft von Dietz ausgedehnt und wir können von diesem so gut wie vom dem Berliner Parteigeschäft feststellen, daß wir alles korrekt und in bester Ordnung gefunden haben. Wir haben außer dem regelmäßigen Kassengeschäft auch eine Revision der für den Vergarbeitskreis eingegangenen Gelder und der Sammlungen für die Opfer des Parisismus vorgenommen und auch dort war nichts zu monieren. Nur konstatieren muß ich, daß dem Kassierer eine ganz ungeheure Arbeit erwachsen ist und daß es der ganzen Kraft Gerichts bedürfte, um das ungeheure Material zu bewältigen. Aus den Erfahrungen, die wir dabei gemacht haben, ist ein Antrag der Kontrollkommission an Sie erwachsen: Aus dem ganzen Geschäftsgang haben wir festgestellt, daß der Vorstand in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht alles leisten kann, weil es über seine Kräfte hinausgeht. Aus dem erfreulichen Kassensbericht, den unser Finanzminister Erzelenz (Heiterkeit) Ihnen vorgelegt hat, können Sie das außerordentliche Anwachsen der Arbeit am besten beurteilen, zumal Bericht auch noch eine außerordentlich große Arbeit außerhalb Berlins enthalten muß. Wir bitten Sie deshalb zu genehmigen, nicht daß der Parteivorstand, wie Knudsky will, zu einem Sammelstadium gemacht wird, wohl aber, daß er um eine Person vermehrt wird, die voll und ganz als beförderter Beamter tätig zu sein hätte. Der Reorganisationsvorschlag Knudskys wird noch unserer Auffassung wenig Anhang finden; wir halten ihn auch nicht für notwendig, wohl aber, daß ein weiterer Sekretär dem Vorstande angegliedert wird. Vielleicht macht auch die Organisationskommission einen dahingehenden Vorschlag. Wir glauben aber, unbekümmert darum Ihnen unsere Intentionen bekannt geben zu müssen.

Ich habe den Auftrag, zu beantragen, daß dem Gesamtvorstande, seiner Tätigkeit nach allen Richtungen hin Decharge erteilt wird.

Vor drei Jahren hatten wir leider den Verlust eines unserer besten Genossen und eines der tätigsten Mitglieder der Kontrollkommission, den Tod des Genossen Wegner zu beklagen. Leider haben wir auch in diesem Jahre den Verlust des Berliner Genossen Pfarr mitzuteilen. Pfarr war der Erfahrene Wegners, er war in die Kontrollkommission durch Ihr Vertrauen berufen worden; leider ist auch er ihr durch plötzlichen Tod entzogen worden. Die Berliner Genossen haben Pfarr jederzeit als einen ihrer ältesten und besten Genossen betrachtet. Jedem Parteigenossen ist er mit Rat und Tat jederzeit zur Seite gestanden. Sein Tod war ein harter Verlust für Berlin. Seine Tätigkeit, die er für die Partei und besonders für Berlin entfaltet hat, wird dafür gefordert haben, daß ihm ein ewiges Andenken und ewige Dankbarkeit in der Partei gewahrt bleibt. (Lebhafte Zustimmung.)

Vors. Singer: Ich darf wohl feststellen, daß der Parteitag das schmerzliche Bedauern über den Verlust des Genossen Pfarr teilt, dem Genosse Wegner, wofür wir ihm dankbar sein müssen, solchen Ausdruck gegeben hat. Ich bitte den Parteitag, zum Zeichen der Zustimmung zu Weisers Worten sich von seinen Sigen zu erheben. (Das geschieht.)

Die Debatte über die vorliegenden Anträge und den Antrag auf Dechargeerteilung wird eröffnet.

Graf-Hanau:

Im Bericht ist auf eine Beschwerde aus Hanau Bezug genommen, wo nach einem Referat Hochs es verurteilt wurde, daß die sozialdemokratische Fraktion bei der entscheidenden Abstimmung über die Handelsverträge so mangelhaft vertreten war. Wir halten es für die Pflicht unserer Abgeordneten, bei so wichtigen Momenten auf dem Platze zu sein. Nach dem stenographischen Bericht über die Verhandlungen des Reichstages fehlten aber 39 unserer Abgeordneten; davon war einer krank und drei beurlaubt. Unter den Fehlenden befanden sich auch sieben in Berlin wohnende Abgeordnete. Monatslang haben die Arbeiter den Kampf gegen die Handelsverträge geführt und eine außerordentliche Tätigkeit entfaltet und da versagen unsere Abgeordneten. (Stoße des Vorsitzenden.)

Singer: Sie können diese Ausführungen besser an den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit anschließen.

Graf: Ich habe bereits gesagt, was ich zu sagen hatte.

Friedrich-Darmstadt:

Es darf auch nicht der Schein entstehen, als hätten wir bei den Darmstädter Gemeindevahlen einen taktischen oder gar prinzipiellen Fehler begangen. Wolkenbuhre hat sich zwar bis zu einem gewissen Grade reifiziert, es ist aber doch noch einiges übrig geblieben. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß durch Kompromisse Mandate nicht erobert werden dürfen. Wir haben auch niemals ein Kompromiß geschlossen. Ein Kompromiß liegt nach meiner Auffassung vor, wenn die vertragsschließenden Parteien sich so verschmelzen, daß bei der Abstimmung die einzelnen Parteien ihre Stimmen nicht zählen können. Bei uns ist das nie der Fall gewesen. Aber es gibt taktische Erscheinungen, die nicht von Berlin aus beurteilt werden können. In Darmstadt sind all unsere politischen Maßnahmen darauf gerichtet, die nationalliberale Partei möglichst zu schwächen. Bei den vorigen Gemeindevahlen sind wir mit der freisinnigen Partei und den Bezirksvereinen, die lediglich auf wirtschaftlichem Boden stehen, gemeinsam in die Wahl eingetreten, das heißt, wir nahmen die Kandidaten von den Bezirksvereinen und den Freisinnigen auf unsere Liste, und diese wieder auf ihre Zettel Leute von uns. Jede Partei hatte ihren eigenen Zettel. Damals gelang es uns, zwei Genossen hereinzubekommen. Diesmal aber hat die nationalliberale Partei gesagt, es sei genug mit den zwei Genossen, ja selbst diese sollten aus der Gemeindevvertretung hinaus. Die nationalliberale Partei hat mit den Freisinnigen, den Bezirksvereinen, den Ultramontanen und den Antisemiten frühzeitig sich in Verbindung gesetzt und sie in ihre Rege gezogen, so daß es voraussichtlich nicht möglich gewesen wäre, noch einen Sozialdemokraten in den Gemeinderat zu bringen. Von den Bezirksvereinen splitterte aber eine Anzahl Mitglieder ab, sie empfanden das Vorgehen der Nationalliberalen als Ungerechtigkeit. Auch die christlichsoziale Partei stellte sich auf denselben Standpunkt. Diese Gruppe erließ einen energigen Protest gegen die nationalliberalen Maßnahmen und wandte sich an uns mit dem Vorschlag, daß sie Kandidaten von uns und wir Kandidaten von ihnen auf die Zettel bringen sollten. Das ist kein Kompromiß, das uns kompromittieren könnte. Es handelt sich hier um eine taktische Maßnahme, wie sie auch an anderen Orten von Parteigenossen angewendet werden würde.

Probst-Ludwigshafen:

Wir in der Pfalz meinen, daß der Wert auswärtiger Redner viel zu sehr überschätzt wird. Wir sind ohne sie mit unseren bestehenden Kräften in der Pfalz weiter gekommen. Unsere Bewegung blüht ja wie ein belebendes Weizen in Verborgenen. (Heiterkeit.) Sie kennen vielleicht höchstens unseren Pfalzgrafen, den Ehrhart. (Heiterkeit.) Was wir aber in Agitation und Organisation leisten, wissen Sie nicht. In der Pfalz haben wir 71 Organisationen. Ueber 68 haben wir eine Statistik aufgenommen, um zu zeigen, in welchem Verhältnis der Mitgliederstand zur Zahl unserer Stimmen bei den letzten Reichstagswahlen steht. Denn es kommt nicht so sehr auf hohe Wählerzahlen an, als auf ein gesundes Verhältnis zwischen ihnen und der Zahl der politischen Organisierten. Nur darin liegt die Kraft der Bewegung. (Sehr richtig!) Es sind 27 630 Stimmen für uns abgegeben worden, organisiert sind 5999, das sind 21,6 Proz. Wir geben die Prozenzfälle zwischen den einzelnen Orten an, um eine eheliche Rivalität zwischen ihnen herbeizurufen. Wir haben Orte, wo nur 4 Proz. organisiert sind, aber auch solche mit 30, 40 oder 60 Proz. 1904 waren nur 18,8 Proz. organisiert. Wir haben mit unserer eigenen Agitation sehr schöne Erfolge erzielt. Jetzt sind 100 Vertreter von uns in den Gemeinderäten und eine große Anzahl von Erfahrmännern. 1893 hatten wir bei den Landtagswahlen nur 3 Wahlmänner, 1899 140 und diesmal 220, so daß wir am 17. Juli 6 Abgeordnete in den Landtag entsandten. Die Hochburg der Nationalliberalen in der Pfalz ist jetzt nur noch eine Ruine. Wir haben das fertig gebracht ohne Theoretiker und Akademiker (Heiter-

keit) und unsere Erfolge lediglich einer ruhigen gähen Agitation zu verdanken. Auswärtige Redner haben nur dann Wert, wenn eine Grundlage vorhanden ist. Sonst kann zwar eine vorübergehende Begeisterung entfacht werden, aber der dauernde Wert ist gleich Null. Was bei uns möglich war, muß auch anderswo gelingen; ich bitte Sie, unserem Beispiele zu folgen. (Beifall.)

Abelung-Mainz:

Der Bericht enthält eine tadelnde Note über die Mainzer Gemeindevahlen. Es ist nicht richtig, daß wir in Mainz statt des ehrlichen Kampfes das Kompromiß gewählt hätten. Wir haben in Mainz die Listenwahl, auf jeder Liste hatten 17 Namen zu stehen und es wäre uns schwer gewesen, 17 Genossen zu finden, die sich für das Amt geeignet hätten. Es lag also nahe, ein Abkommen zu treffen. Deshalb haben wir aber durchaus nicht auf einen prinzipiellen Kampf verzichtet. Die uns gemachten Vorwürfe sind also nicht am Platze.

Müller-Köln:

Wir haben bei allen kommunalen und Landtagswahlen eine große Schwärze dadurch, daß eine große Zahl von Genossen nicht das Staatsbürgerrecht und also auch nicht das Wahlrecht haben. In Köln betrug die Zahl dieser Genossen 10 Proz. Der Vorstand mißte Mittel und Wege überlegen, um die Genossen zu verpflichten, das Bürgerrecht ihres Aufenthaltsortes zu erwerben. Weiter wäre ein Vorgehen gegen die Polizei mit der kleinen Zentrumspresse notwendig. Ein literarisches Bureau am Rhein könnte da viel wirken. Die bisherigen Kräfte, die wir am Rhein haben, können das nicht übernehmen, da sie schon so überlastet sind; es müssen vielmehr neue Einrichtungen getroffen werden.

Vors. Singer teilt mit, daß zu der Resolution betr. die Redeverbote von Berlin ein Antrag ist, hinter die Worte „propagiert werden sollte“ einzufügen: „unter vollster Ausnutzung aller ihr zu Gebote stehenden Kräfte“.

Südekum-Berlin:

Unser Bericht zu der Resolution betr. die Fleischnot. Ueber die Ursachen und Folgen der Fleischnot gibt es keine Meinungsverschiedenheiten bei uns und die Empörung des Volkes über diese Zustände hat sich in vielen Versammlungen und Resolutionen Luft gemacht. Man kann aber nicht sagen, daß dabei immer das richtige getroffen worden wäre, sondern es ist zu beobachten, daß vielfach sich die Ausführungen unserer Redner und unsere Beschlüsse in lediglich liberalem Fahrwasser bewegt haben. Was wir fordern müssen, ist nicht nur — wie ganz selbstverständlich — die Deckung der Grenzen, die Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch und Futtermittel, vielmehr die Reformen der Eisenbahntarife und dergleichen, sondern zweifellos mit in erster Linie auch die Kommunalisierung der Fleischversorgung. Die ausgezeichneten Ausführungen unserer Genossen in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung zu dieser Frage zeigen den Genossen, wie sie auf diesem Gebiete vorgehen sollen. Erst dadurch, daß wir diese Forderung aufstellen, unterscheiden wir uns von den Liberalen und fördern außerdem eine außerordentlich wichtige Angelegenheit. Es ist deshalb sehr gut, daß in der neu gestalteten Resolution auf diesen Punkt erhebliches Gewicht gelegt ist. Die in den Gemeindevvertretungen tätigen Genossen werden gut tun, sich diese Resolution zu Herzen zu nehmen. Die Resolution verlangt weiter, daß in den Gemeinden die Lebensmittel-Ausschläge aufgehoben werden und daß Bundesrat und Reichstag jedenfalls das Verlangen einiger Städte, die Einführung des § 13 des Volltarifgesetzes bis zum Jahre 1917 zu verschieben, entschieden ablehnen. Damit hat es folgende Wendung. Zu den Schönheitsplätzen, mit denen man das schreiende Unrecht des Budgettarifs befehlt hat, gehört auch der § 13, der verlangt, daß bis zum Jahre 1910 die städtischen Ausschläge auf Lebensmittel aufgehoben werden. Gegen diese Bestimmung hat sich vor einigen Tagen eine Versammlung von Bürgermeistern der in Betracht kommenden Städte, die in Mannheim tagte, gewandt und beschloffen, den Gemeinden vorzuschlagen, von einem Antrage auf völlige Beseitigung des § 13 abzusehen, dagegen Bundesrat und Reichstag zu ersuchen, daß der Termin des Inkrafttretens des Verbots der städtischen Ausschläge auf Nahrungsmittel vom Jahre 1910 auf das Jahr 1917 verschoben werde, in dem die neuen Handelsverträge ablaufen werden. Es ist notwendig, daß der Parteitag gegen dies Verlangen energigsten Widerspruch erhebt. Der Führer dieser Bürgermeister, der geniale Wahlrechtverschlechter Deutler aus Dresden, hat dabei als Geheimer Finanzrat die herbeortragende Entbedung gemacht, daß durch die städtischen Ausschläge weder Konsumenten noch Produzenten irgendwie belastet würden. (Lachen.) Diesem Manne der Steuern aus der vierten Dimension muß der Parteitag eine Lektion erteilen.

Ch. Bernheim:

Einige Genossen erblicken in der Friedensresolution des Parteivorstandes in dem Wortlaut des Schlusssatzes einen indirekten Vorwurf gegen Me englischen Arbeiter. Da man bei solchen internen Resolutionen möglichst jedes Mißverständnis ausschließen soll, habe ich zusammen mit Lindemann eine andere Fassung des Schlusssatzes beantragt. In der Tat ist in England augenblicklich eine außerordentlich starke Bewegung vorhanden; in einer Reihe der bedeutendsten Industrieorte sind Arbeiterkandidaten aufgestellt, teils rein gewerkschaftliche Kandidaten, teils Kandidaten, die zugleich einer der beiden sozialistischen Fraktionen angehören, und es ist für mich ganz außer Zweifel, daß in das nächste Parlament 30 bis 40, wenn nicht 50 Arbeitervertreter eingehen werden. Unter welcher Firma auch immer sie eingehen mögen, ich habe so viel Vertrauen in die Logik der Tatsachen, daß, wenn einmal eine so große Arbeiterfraktion im englischen Parlament vorhanden ist, sie, wie sie sich auch nennen möge, naturgemäß eine sozialistische Fraktion sein wird. Deshalb bitte ich Sie, meinen Antrag anzunehmen und der Resolution eine Fassung zu geben, die in England überall nur ein freudiges Echo finden wird.

Solf-Friedberg:

Bei Agitationsreisen werden die kleinen Orte in der Regel wenig oder gar nicht berücksichtigt. Wir haben trotzdem eine schlaue Agitation entfaltet, aber dennoch ist es nötig, die kleineren Landstädte mehr zu berücksichtigen. Wie oft führt nicht unsere Parteipresse Klagen über die Ueberlastung der Landbesitzer! Aber das gleiche trifft auf die Landagitatoren zu, auch sie sind überlastet, auch sie haben zu viel Schüler, sie können sich nicht weiter bilden, sie können nicht einmal die „Neue Zeit“ lesen, sie verschlafen. Es muß ihnen Gelegenheit gegeben werden, auch mit einem auswärtigen Genossen zu hören, um neue Anregungen zu gewinnen.

Fröhner-Mainz:

Das Kompromiß in Mainz richtete sich gegen das Zentrum in einem Vorort dagegen wurde mit den Schwarzen Kompromiß gemacht. Man geniert sich, das auf der Landeskonferenz vorzubringen. Schuld daran trägt freilich auch die Parteileitung. Der „Vorwärts“ hat die Genossen bei den Landtagswahlen immer aufgefördert, die Reaktion zu bekämpfen, daraus haben die Genossen die Folgerung gezogen, daß sie verpflichtet wären, den bürgerlichen Parteien zu helfen. Schlechte Beispiele verderben gute Sitten. Das Zentralorgan muß so ergiebig wirken, daß solche Auswüchse beseitigt werden.

Gsell-Mülhausen i. E.:

Mit der Resolution der Kontrollkommission in der Mülhäuser Angelegenheit kann ich mich nicht vollständig einverstanden erklären. Der Mülhäuser Verein hat verlangt, daß ihm die Anschuldigungen mitgeteilt werden, aber das ist nicht geschehen. Im Interesse der Partei ist es nötig, den letzten Satz der Resolution zu streichen, die alten Sachen von früher kümmern und heute nicht mehr.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

WARENHAUS A. WERTHEIM

Wirtschafts-Artikel

Emaillierte Geschirre 2. Wahl

Kasserollen ohne Ring	6 Gröss. 25 Pf. bis 75 Pf.	Teller flach od. tief	3 Gröss. 15 Pf. bis 20 Pf.	Toiletten-Eimer	4 Gröss. 1.40 Mk. bis 2 Mk.
Kasserollen mit Ring	6 Gröss. 65 Pf. bis 1.25 Mk.	Schüsseln flache	12 Gröss. 22 Pf. bis 1.80 Mk.	Petroleum-Kannen	3 Gröss. 50 Pf. bis 80 Pf.
Schmortöpfe ohne Ring	6 Gröss. 45 Pf. bis 1.20 Mk.	Schöpflöffel	3 Gröss. 10 Pf. bis 15 Pf.	Wasserkessel dekoriert	2 Mk. u. 2.50 Mk.
Schmortöpfe mit Ring	4 Gröss. 65 Pf. bis 1.10 Mk.	Seifenhalter mit Haken	12 Pz.	Kaffeekannen dekoriert	6 Gröss. 50 Pf. bis 1.80 Mk.
Pfannen runde	6 Gröss. 30 Pf. bis 80 Pf.	Kaffeekannen	6 Gröss. 20 Pf. bis 90 Pf.	Wasserkrüge	4 Gröss. 1.50 Mk. bis 2.50 Mk.
Wasserkessel mit Absatz	4 Gröss. 70 Pf. bis 1.25 Mk.	Löffelbleche	3 Gröss. 90 Pf. bis 1.50 Mk.	Wannen ovale	6 Gröss. 1.45 Mk. bis 3.75 Mk.
Topfdeckel	8 Gröss. 5 Pf. bis 35 Pf.	Wasserkannen gerade	5 Gröss. 50 Pf. bis 1.50 Mk.	Wannen runde	3 Gröss. 1.75 Mk. bis 2.50 Mk.
Milchkocher Doppeltopfe	3 Gröss. 70 Pf. bis 1.25 Mk.	Wasserkannen gebauht	4 Sort. 70 Pf. bis 1.20 Mk.	Wassereimer 28 cm durchm. grau	75 Pf.
Maschinentöpfe	10 Gröss. 8 Pf. bis 80 Pf.	Waschschüsseln zu Garnit.	2 Sort. 1.25 Mk. u. 1.50 Mk.	Wassereimer 28 " " hellblau	85 marm. 90 Pf.

Eisen- und Blechwaren

Waschfässer Zink mit Drahteinlage	3 Grössen 9 Mk. bis 12.50	Gasplatten 2 Stück mit Erhitzer Garnitur	5.50 Mk.	Messerputzmaschinen	3.75 u. 6.75 Mk.
Waschfässer Zink mit Wulst	3 Grössen 11 Mk. bis 15 Mk.	Plätteisenuntersatz mit Asbesteinlage	90 Pf.	Fleischmühlen 3 Sorten	2.85 b. 5 Mk.
Waschzuber Zink mit Drahteinlage	2 Grössen 10.50 u. 12.50	Gaskocher geschlossene Platte, 2 Brenner	8 Mk.	Brotkasten lackiert, 4 Grössen	1.40 bis 2.10 Mk.
Wringmaschinen	3 Grössen 11 Mk. bis 12.50	Gaskocher geschlossene Platte, 4 eckig	10.50 Mk.	Briefkasten lackiert, 3 Grössen	35 bis 80 Pf.

Holz- und Borstenwaren

Küchenmöbel moderne Farben, 1 Schrank, 1 Tisch, 1 Handtuchhalter, 1 Rahmen, 2 Stühle	90 Mk. u. 112.50	Leitern pro Stufe	40 Pf.	Rosshaarbesen schwarz	1.50 bis 2.40 Mk.
Küchenrahmen mit Rückwand und Kästen	5 Mk., 6.25, 7.50	Wäscheleinen 3 Längen	1.75 bis 3.50 Mk.	Rosshaarhandfeger schwarz	75 Pf. bis 1.15
Kohlenkasten mit Deckel	1.75, 2.25, 2.75	Wäscheklammern Schock	20 u. 25 Pf.	Schrubber	25, 30, 35 Pf.
Handtuchhalter mit beweglicher Stange	2.50	Wäschetrockner	60 Pf. u. 1.25 Mk.	Bürstenbleche komplett	1 Mk. u. 2 Mk.
Putzschrankchen 3 Kasten	2.85 Mk.	Putz-Wichskasten	48 u. 90 Pf.	Kopfbürsten 6 Sorten	45 Pf. bis 2 Mk.
Gewürzschränke 4 Sorten	1.15 bis 2.50 Mk.	Teppichkehrmaschinen 3 Sorten	9 Mk. bis 13.50	Kleiderbürsten 6 Sorten	45 Pf. bis 2 Mk.
Gewürztagern mit Tönchen	2.05 bis 4.20	Haarbesen grau	75 Pf. bis 1.25 Mk.	Schuhbürsten Filz	75 Pf.
		Handfeger grau	45 bis 65 Pf.	Auftragbürsten Filz	15 Pf.

Nickel- und Stahlwaren

Teekannen vernickelt	3 Mk. u. 3.75 Mk.	Tisch-Bestecks vernickelt	45 Pf.
Brotkörbe "	60 Pf. u. 90 Pf.	Tisch-Bestecks mit schwarzem Heft	45 Pf. u. 65 Pf.
Biskuitdosen vernickelt, Beschlag	1.90 Mk.	Blitzschneider	1 Mk.
Salzstreuer vernickelt	5 Pf. u. 25 Pf.	Gemüseschäler	5 Pf.
Krümelschaufeln mit Bürste	1.75 u. 2.85 Mk.	Geflügelscheeren	2.85 u. 3.50 Mk.
Weinkühler	2.85 u. 3.25 Mk.	Universal-Hammerzange	1.30 Mk.

Lampen

Tischlampen 10" Brenner	1.40, 14" 1.90 Mk.
Tischlampen 14" mit imitiert. Onixfuss	3.25 Mk.
Tischlampen 14" mit Majolikafuss	3.75 Mk.
Klavierlampen 14"	6.75 Mk.
Küchenlampen 4 Sorten	50 Pf. bis 1.40 Mk.
Nachtlampen für Öl	50 Pf.

Holzgalanterie-Waren

Büstenständer imitiert Nussbaum	2.90 Mk.	Buffetritte imitiert Nussbaum	2.50 Mk.	Handtuchständer imitiert Nussbaum	2.90 Mk.
Bauerntische Nussbaum furniert	2.90 Mk.	Vogelkäfig Draht vernickelt m. Glasscheiben	2.75 Mk.	Kleiderriegel mit 3 4 vernick. Haken	95 Pf. 1.40 Mk.
Bauerntische mit Gold garniert	2.90 Mk.	Holz-Vogelkäfig mit Messingdraht und Glasscheiben	4.75 Mk.	Cigarrenschrank Eichentür mit Beschlag	2.75 Mk.
Paneelbretter imitiert Nussbaum, ca. 100 cm lang	2.90 Mk.	Käfigständer imitiert Nussbaum	4.50 Mk.	Kinder-Schreibpult mit verstellbarem Sitz und Fusslage	9.75 Mk.
Paneelbretter mit gestochener Füllung, ca. 150 cm lang	6.75 Mk.	Wiener Damen-Schaukelstühle	17 Mk.		
Paneelbretter Nussbaum ca. 60 125 cm lang	2.90 9.50 Mk.	Garderobenständer poliert	6 Mk.		
Paneelbretter echt Nussbaum, ca. 125 cm lang	13.50 Mk.	Venezianische Konsolen ver. goldet	1.75, 2.90 Mk.		

Eiserne Bettstellen

Polsterbettstellen mit Persia-bezug	6.40, 8 Mk.	Eiserne Bettstellen doppelt Spirab.	7 Mk., 9.50, 13 Mk.	Eiserne Kinder-Bettstellen	
Polsterbettstellen mit Dreilbezug	9 Mk., 11 Mk.	Eiserne Bettstellen mit Patent-Sprungfeder-Matratze		Seegras-, Indiefasern- und Rosshaar-Matratzen u. Keilkissen	
Polsterbettstellen mit Dreilbezug u. Sprungfedern	12.75 Mk.	Grösse ca. 190/90 cm	20 Mk., 21.50, 28 Mk., 22.50, 30 Mk.	Elegante Messing-Bettstellen	
Polsterbettstellen besonders starkes Gestell	16.50 Mk.	Grösse ca. 190/90 cm	mit Messingverzierung elegant ausgestattet	36.50, 46 Mk.	In allen Preislagen

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Bruch-Natowitz:

Die Natowitzer polnischen und deutschen Genossen arbeiten seit den letzten allgemeinen Wahlen einig zusammen, soweit das bei zwei besonderen Organisationen möglich ist. Nur dadurch werden wir die 200 000 Arbeiter des oberschlesischen Industriebezirks, von welchen 150 000 polnischer Nationalität sind, gewinnen können. Dazu sind aber besonders auch erhebliche materielle Mittel nötig. Es gilt, die polnischen Arbeiter aus den Klauen des radikal-polnischen Demagogentums zu befreien. Dazu reichen die Fähigkeiten und Mittel der polnisch-sozialistischen Organisation, die bekanntlich nach eigenem Willen ganz unabhängig von der Sozialdemokratie Deutschlands dasteht, nicht aus. Die Natowitzer Genossen begrüßen daher die Versuche zur Wiedervereinigung der beiden Gruppen mit Freuden. Leider führten die Verhandlungen zu keinem guten Resultat. Die Schuld an dem Scheitern können wir nicht unserem Vorstand beimessen, man hat den zum Frieden geneigten bisherigen Vorstand der P. P. S. befreit und aus dem Natowitzer Parteitag der P. P. S. Bedingungen für die Vereinigung aufgestellt, die einmal sachlich unannehmbar waren, soweit sie für polnische Angelegenheiten den polnischen Parteitag als höchste Instanz gelten lassen wollen. Das geht unseres Erachtens nicht an. Wir dürfen niemals unserem Gesamtparteitag das Recht nehmen, in allen die Partei betreffenden Fragen endgültig zu entscheiden. Aber auch in formeller Beziehung machte der Parteitag der P. P. S. in Natowitz weitere Verhandlungen unmöglich dadurch, daß er beschloß, die Einigung müsse unter den angegebenen Bedingungen erfolgen. Wenn die Genossen von der P. P. S. als Grund ihres Verhaltens angeben, daß sie in Rücksicht auf die Nationalpolen vor der Welt möglichst Unabhängigkeit von der deutschen Sozialdemokratie zeigen müssen, so können wir das nicht gelten lassen. Behaupten diese Nationalpolen doch auch jetzt noch, daß die polnischen Sozialdemokraten nur ein Anhängsel der deutschen Sozialdemokratie seien. Wir ist diese Rücksicht auf Gegner auch viel zu opportunistisch. Uebrigens hat die P. P. S. bei früheren Einigungsverhandlungen die Forderung des selbständigen polnischen Parteitages ohne weiteres aufgegeben, also nicht für unbedingt notwendig gehalten. Wir bebauern im Interesse unserer Sache, daß die Einigung nicht zustande kommen kann. Wie mit von einem als Gast auf dem Parteitage anwesenden Vorstandsmitgliede der P. P. S. mitgeteilt wird, will der Vorstand der P. P. S. das ominöse Wortchen „muss“ in seiner Aufschrift an unseren Parteivorstand nicht aufrecht erhalten. Erklärt er das offiziell unserem Vorstande, so wäre der Weg zu neuen Verhandlungen gegeben. Ich bitte Sie daher, zugleich im Namen der Bremer Antragsteller, unserem Vorstande die Möglichkeit zu diesen neuen Verhandlungen zu geben, indem Sie den Antrag 128 annehmen. Für die Entwicklung der Sozialdemokratie im dunklen Oberschlesien wäre das von großer Bedeutung. Die Debatte wird hierauf vertagt.

Der Parteitag beschließt, die Einladung der Jenaer Genossen zu dem Ausschlusse am Mittwochnachmittag anzunehmen. Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

8 Uhr. Eine Reihe von Begrüßungstelegrammen werden vorgelesen.

Zunächst nimmt der Parteitag den Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission entgegen, den Höhle-Strahburg erstattet.

Der Parteitag hat 808 Teilnehmer. Darunter sind 251 Delegierte mit 258 Mandaten, 40 Abgeordnete ohne Mandat, außerdem der Parteivorstand, die Kontrollkommission, Genosse Eisner als Vertreter des „Vorwärts“ und Genosse Wérad als Vertreter des Hamburger Geschäfts. Genosse Ged, der der Kontrollkommission angehört, ist durch Krankheit verhindert, anwesend zu sein. Ferner sind 11 Gäste aus dem Auslande erschienen. Gegen das Mandat der Genossin Wagner-Chemnitz ist ein Protest eingereicht worden, weil die Wahl ohne Verständigung mit der Parteiorganisation vorgenommen worden ist. Nachdem sachliche Statut hätten die Chemnitzer Frauen die Wahl in der Parteiverammlung vornehmen müssen. Außerdem seien in der Parteiverammlung viele Nichtorganisierte gewesen und hätten sich an der Wahl beteiligt. Die Kommission war der Ansicht, daß das Vorgehen der Chemnitzer Frauen allerdings nicht korrekt war, daß sie ihre Delegierte in der Parteiverammlung hätten wählen müssen, daß aber unser Statut ihnen in der Tat das Recht gibt, eine Delegierte in einer besonderen Versammlung zu wählen. Wir beantragen daher, alle Mandate für gültig zu erklären, aber den Chemnitzer Genossinnen aufzugeben, in Zukunft die Delegierten in Parteiverfassungen zu wählen.

Weber-Chemnitz:

Ich bin beauftragt, für die Ungültigkeit des Mandats der Genossin Wagner einzutreten. Nach dem neuen Organisationsstatut wird ja solchen Vorkommnissen ein Riegel vorgeschoben. Mit der notwendigen Disziplin vertrauen sich solche Vorgänge nicht. Die Frauen haben uns gesagt: Wir kümmern uns nicht um die Parteiverammlung, sondern wählen in einer besonderen Versammlung eine Delegierte. Das geht auf die Dauer nicht!

Nach dem Vorschlage der Kommission werden alle Mandate für gültig erklärt und wird das Verhalten der Chemnitzer Genossinnen als inoffiziell bezeichnet. Darauf wird die

Diskussion über die Tätigkeit des Parteivorstandes mit den dazu gehörigen Anträgen fortgesetzt.

Trautmann-Rammheim:

Der Genosse Weiser hat über den Fall Hindorf nur unvollkommen berichtet. Hindorf war wohl arbeitslos, aber er hatte seine Arbeitslosigkeit selbst verschuldet; weiter ist ihm seitens des Arbeiter-Sängerbundes eine Unterfütterung in Höhe der von den Schneidern gezahlten Streikunterstützung wiederholt angeboten worden, aber er lehnte sie ab und wurde Streikbrecher. Infolgedessen wurde der Antrag auf Ausschluß aus der Partei gestellt. Das Schiedsgericht hat dem Antrage auf Ausschluß mit fünf gegen zwei Stimmen zugestimmt. Was die Kontrollkommission zu dem entgegengelegten Urteile veranlaßt hat, weiß ich noch nicht, da uns die Begründung des Urteils noch nicht zugegangen ist. Wir behalten uns weitere Schritte in dieser Angelegenheit vor. Wir sind noch nicht davon überzeugt, daß die Kontrollkommission das Richtige getroffen hat.

Edermann-Rathenow:

Der Parteivorstand möchte den Fragebogen eine andere Fassung geben, oder noch besser zwei Fragebogen herausgeben, einen für den Kreisvertrauensmann, der über die Verhältnisse des ganzen Kreises zu berichten hat, und einen für die einzelnen Orte. Dann würde wenigstens kein falsches Bild aus der Statistik herauskommen. Das Referat von Wollenbühr hat den Eindruck erweckt, als wären wir viel zu bescheiden in der Agitation. Die Agrarier konnten infolge ihrer rücksichtslosen Agitation einen riesigen Verlust an Kosten des Volkes machen. Auch wir müssen eine rege Agitation entfalten. Dazu ist es aber notwendig, daß den agitatorisch tätigen Genossen das geeignete Material zugeht. In dieser Beziehung läßt der Parteivorstand leider sehr viel zu wünschen übrig.

Scheidemann-Kassel:

Es ist begreiflich, daß der Tadel des Parteivorstandes die Genossen in Darmstadt und Mainz verstimmt hat. Aber sie hätten besser getan sich zu entschuldigen, statt zu verteidigen. Auf der Landeskonferenz in Hesse hat man sonderbarerweise über diesen Fall kein Wort gesprochen. Niemand außerhalb Mainz und Darmstadt hat das Vorgehen der dortigen Genossen verstanden, ja auch am Orte selbst haben sie vielfach Widerspruch gefunden. Genosse Friedrich sagte, es sei ihnen vor allem darauf angekommen, unter allen Umständen die Nationalliberalen zu schwächen. Er hat dabei verschwiegen, daß außer den Nationalliberalen auch noch ein paar ganz ausgeprochene Scharfmacher in die Liste aufgenommen wurden. In einem Bericht aus Darmstadt an die „Mainzer Volkszeitung“ wird das folgendermaßen verteidigt: „Die Politik der offenen Tür hatte den Erfolg, daß sich nur zwei bürgerliche Gruppen zum Kompromiß anboten, wobei je drei Kandidaten ausgetauscht wurden und außerdem noch drei ausschließende Stadtverordnete mit auf unseren Zettel genommen werden sollten. Während man im allgemeinen gegen das Kompromiß nichts einzuwenden hatte, entstand eine heftige Debatte darüber, daß man außer den sechs Kandidaten der verbliebenen Gruppen noch drei Gegner auf unseren Zettel übernommen hätte, worunter sich sogar einige Personen befanden, die den Bauarbeitern in den letzten wirtschaftlichen Kämpfen entgegengetreten sind. Nachdem man diese Bedenken als außerhalb der jetzigen Sache liegend bekämpft und damit motiviert hatte, daß die Leute als Mitglieder der Arbeitgeberorganisationen nicht anders handeln konnten, wurde der Vorschlag der Kommission zur Stadtverordnetenwahl mit 43 gegen 31 Stimmen angenommen.“ Ich glaube, es ist nicht notwendig, darüber zu reden, wie unrichtig ein solcher Standpunkt ist. Nach dieser Logik müßten wir jede Handlung der Konservativen und Nationalliberalen billigen. Nun kam nach diesen Abmachungen in Darmstadt ein Schreiben von Genossen aus Darmstadt an mich, in dem Protest erhoben wurde gegen dies Verhalten. Es heißt da: „Jedoch kann vom Abschließen eines Kompromisses keine Rede mehr sein, sondern man hat sich die Scharfmacher im Daugeverbe einfach aufstrotzieren lassen. Eine solche Zumutung kann sich die Arbeiterschaft Darmstadts nicht gefallen lassen, für einen Herrn Schaud oder Sames einzutreten, die in der unverfrorensten Weise Tausende von Arbeitern auf das Pflaster werfen, um sie durch Hunger zu zwingen, der Organisation den Rücken zu kehren. Zu solchem Kuhhandel können die Arbeiter Darmstadts niemals ihre Zustimmung geben.“ Weiter wurde mir geschrieben, dieser Bericht sei von Darmstadt aus an das offizielle Organ für Darmstadt, an die „Mainzer Volkszeitung“ geschickt, aber nicht angenommen worden. Das begreife ich allerdings, weil es ein haarsträubender Zustand geworden wäre, wenn die „Mainzer Volkszeitung“ in Mainz mit den Nationalliberalen zusammen in den Kampf zog und gleichzeitig die Nationalliberalen in Darmstadt hätte verhöhnen wollen. — Nun haben die Genossen gesagt, sie hätten den Kampf prinzipiell geführt. In dem Wahlaufsatz in Mainz Parteivorstand hieß es: aber „zum zweitenmal treten die vier liberalen Parteien gemeinsam vor die Wählerchaft unserer Vaterstadt, es gilt die Ausbildung des Wahlrechts am 1. Dezember“. Die vier liberalen Parteien, das ist ein Häuflein Demokraten sehr zweifelhafter Art, ein Häuflein von Freisinnigen, Arm in Arm mit den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten. (Hört! hört!) Unter diesen Umständen war ein prinzipieller Kampf ausgeschlossen. Man braucht ja aus dieser ganzen Geschichte keine Staatsaktion zu machen, aber nachdem die Genossen es heute so hinstellen, als ob ihr Vorgehen ganz natürlich war und sie es jeden Tag von neuem so machen würden, war es doch notwendig, die Sache vorzubringen, damit der Wiederholung solcher Vorkommnisse ein Riegel vorgeschoben wird. Wir haben in Offenbach in einem sehr hartnäckigen Kampfe gestanden gegen Nationalliberale, Zentrum usw. und machten dieser Koalition doch mit Recht den Vorwurf, daß das eine ganz charakterlose Gesellschaft sei. Dann mußte ich aber ein paar sehr bittere Witten herunterwirgen, als geschrieben wurde: Tut doch nicht so, die Mainzer Kuhhandel ja mit den Nationalliberalen und in Darmstadt Kuhhandel ihr mit den anderen gegen die Nationalliberalen. Ich meine, wir halten es mit unserer alten Devise: Durch Kampf zum Sieg, aber nicht: durch Kuhhandel zu Mandaten. (Lebhafter Beifall.)

Merkowitz:

Als wir die polnische Arbeiterpartei gründeten, wollten wir die Behauptungen unserer Gegner, daß wir im deutschen Solde ständen, unmöglich machen und die polnischen Arbeiter zu Sozialdemokraten erziehen. Durch die Umstände sind wir gezwungen worden, die nationale Frage mehr in den Vordergrund zu schieben. — Wollen wir irgendwelche Erfolge erzielen, so können wir unmöglich unsere Selbständigkeit aufgeben. Es ist alles Mögliche versucht worden, die Einigkeit mit der großen deutschen Bruderpartei herbeizuführen. Leider aber ist P. P. S. dazu gekommen, die Betonung der nationalen Politik so zu ihrer Hauptaufgabe zu machen, daß sie fast gar nicht mehr von den Korrupten-Deuten zu unterscheiden ist. Dabei muß sich die deutsche Partei gegen sie wenden.

Breconr-Kiel:

berichtigt eine Stelle aus dem gedruckten Vorstandsbericht, die von den Kieler Gemeinderatswahlen handelt (Seite 20). Die Kieler Freisinnigen haben den Genius nicht auf die höchste, sondern die zweit höchste zulässige Stufe hinaufgeschraubt. Außerdem ist außer Adler noch ein anderer Genosse gewählt worden.

Schulz-Bremen:

Den Ausführungen Wollenbührs zu den Klagen über den Mangel an geschulten Rednern muß ich in einigen Punkten widersprechen. Wollenbühr sagt, man solle bei dem albernsten Mittel bleiben, junge Kräfte dadurch heranzubilden, daß man sie zunächst über Tagesfragen reden läßt. Das genügt aber für die heutige Zeit nicht mehr. Schon vor 11 Jahren hat Kautsky auf den bedauerlichen Mangel an theoretischer Durchbildung bei der großen Masse der Genossen hingewiesen. Heute ist das in noch weit höherem Maße zutreffend. Mit dem Wachstum der Partei in die Breite hat das Wachstum in die Tiefe nicht gleichen Schritt gehalten. Außerdem nimmt die Gewerkschaftsbewegung immer mehr Kräfte in Anspruch; auch die Zahl der Parteibeamteten wird immer größer, umso größer wird der Mangel an Kräften, die in der Lage sind, an der theoretischen Durchbildung der Genossen zu arbeiten. Gewiß müssen wir den Rat Wollenbührs befolgen, an die praktischen Tagesfragen anzuknüpfen; außerdem aber muß auch mehr für die prinzipielle Durchbildung geschehen; wenn dann die nötige theoretische Arbeit vorhanden ist, ergibt sich die Stellung zu den praktischen Tagesfragen von selbst. Vorgänge wie die in Mainz würden dann wohl unterbleiben. Es fehlt besonders auch an Mitteln zur Heranbildung der Jugend. In der „Gleichheit“ ist über die Notwendigkeit der Heranbildung der Jugend eine Debatte entstanden. Ich halte diese Notwendigkeit für in noch höherem Maße gegeben, als aus diesen Artikeln hervorgeht. Die Partei hat diese Aufgabe bisher vollständig vernachlässigt, es ist unbedingt notwendig, daß ihr mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es ist ja nicht nötig, dazu Reichstags-Abgeordnete heranzuziehen — die sind so schon genug beschäftigt —, aber unsere Mittel reichen aus, um andere geschulte Kräfte mit dieser Aufgabe zu betrauen. Es wäre auch unerschwerlich, mehr positiv aufklärende Schriften herauszugeben und nicht immer nur solche, die sich an praktische Vorfälle der Tagespolitik anlehnen. Die Praxis sagt schon für sich selbst. Ueber die Praxis ist aber in den letzten Jahren die Theorie zu kurz gekommen. Dadurch, daß wir in dieser Beziehung Belehrung schaffen, entziehen wir am besten den unersüßlichen Debatten der letzten Zeit den Boden.

Adler-Kiel:

Ich wollte mich nur mit dem Absatz 3 der Resolution 148 beschäftigen, in dem es heißt: „Der Parteitag verlangt, daß sofort die Grenzen des Reiches unter Anwendung berechtigter Vorsichtsmaßnahmen gegen die Einschleppung von Tierseuchen der Einfuhr von Vieh geöffnet und die als Einfuhrverbot für ausländisches Fleisch wirkenden Bestimmungen des Fleischbeschaffungsgesetzes sowie die Zölle auf Vieh, Fleisch und Futtermittel aufgehoben werden.“ Selbstverständlich sind wir alle einig, daß wir die Resolution zu unterstützen und anzunehmen haben. Aber einige Genossen und auch ich haben einige Bedenken gegen den Absatz 3. Erinnern Sie sich, daß unsere ganze Fleisch-einfuhrschikane auf gesundheitlichem und sanitärpolizeilichem Gebiete begründet wird mit der Anwendung „sanitärer Vorsichtsmaßnahmen“. Solche Vorsichtsmaßnahmen sind an sich ja auch berechtigt. Auch wir wollen nur gesundes Vieh. Aber in dem Augenblick, wo wir gegen den Fleischwucher protestieren, sollten wir den Hinweis auf die sanitären Vorsichtsmaßnahmen der Regierung überlassen und uns darauf beschränken, den Protest gegen den Fleischwucher auszusprechen. Andererseits würde es uns als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden, wenn wir die Resolution jetzt ändern wollten. Ich verzichte deshalb darauf, einen besonderen Antrag zu stellen, bitte aber den Referenten, daß er in seinem Schlussewort deutlich ausdrückt, daß die sanitären Vorsichtsmaßnahmen, wie wir sie verstehen, ganz etwas anderes sind, als das, was die Agrarier damit meinen. Mit dieser Sicherung wird die Wirkung der Resolution nicht ganz ausbleiben.

Dr. David-Mainz:

Scheidemann hat mit den Worten geschlossen: Durch Kampf zum Sieg und nicht durch Kuhhandel zu Mandaten! Er hat damit Effekt erzielt, aber in dem Satz steckt auch schon das Bedauerliche, das in der Diskussion über die Mainzer und andere Stadtverordnetenwahlen zutage getreten ist, nämlich daß man einem Teil der Genossen unterstellt, sie machten ihre Haltung abhängig von Gesichtspunkten, die nicht im Interesse der Partei liegen, sondern sie ließen sich leiten von dem bunten, Mandate zu ergattern. Es ist in einzelnen Fällen sogar direkt den beteiligten Personen der Vorwurf persönlicher Streberei gemacht worden. Ich muß diese Unterstellung mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Für die Mainzer Genossen war nur das Streben geltend, das Interesse der Partei so gut zu wahren wie die Situation es ihnen ermöglichte. Wir führen unter ganz anderen Bedingungen den Kampf als die Genossen in Norddeutschland. Sie haben meist eine Klasseneinteilung, Sie können auf die dritte Klasse rechnen; Sie haben die Bezirkseinteilung. Hätten wir in Mainz Ihr Wahlrecht, so würden wir genau so gekämpft haben wie Sie, wir würden ganz allein aus unserer Partei heraus die dritte Klasse mit unseren Leuten ohne irgendwelche Vereinbarungen zu erobern gesucht haben. (Auf: Offenbach!) Ich komme noch auf Offenbach. Wir haben die sogenannte Witenwahl, wir haben keine Klasseneinteilung, die ganze Stadt bildet einen Bezirk und auf einem Zettel werden alle Namen verzeichnet. Das ist kurz ausgedrückt, ein sogenanntes wildes Proportionalssystem. So ist es immer gehandhabt worden, keine Partei hat jemals daran gedacht, die sämtlichen Mandate einer Stadt für sich zu beanspruchen. Wir fordern ja auch das Proportionalssystem, freilich nicht das wilde, sondern das geordnete. Es kam sich nur darum handeln, eine richtige Parteigruppierung herbeizuführen. In der Regel sind wir nun gar nicht in der Lage, soviel Kandidaten aufzustellen, um die ganze Stadt zu besetzen. Beziehen wir nur einen Teil, so geben wir damit den Gegnern freie Hand, auch bei unseren Wählern mit schönen und un schönen Mitteln zu arbeiten, um sie zu veranlassen, die nicht ausgefüllten Kandidatenstellen durch diese oder jene bürgerliche Gruppe zu besetzen. Dieser Zustand ist viel schlimmer, denn er trägt die Korruption in die Reihen unserer Wähler hinein. Nehmen wir ein halbes Duzend gegnerische Kandidaten mit auf, die uns am besten gefallen, und kümmern uns nicht um das, was die Gegner machen, so verschaffen wir ihnen von vornherein den Sieg, denn sie haben unsere Stimmen und die unserer Gegner. Nehmen wir keine Leute aus anderen Parteien, dann werden Kandidaten irgendwelcher kleiner Vereine gewählt, die keinen Anspruch haben, auf dem Rathaus zu sein, weil sie keine entsprechende Bevölkerungsgruppe hinter sich haben. Die einzige Möglichkeit, aus diesem Wirrwarr herauszukommen, ist, daß man, wenn man keine Aussicht hat, mit dem ganzen Zettel durchzukommen, sich mit den gegnerischen Parteien verständigt und eine Anzahl ihrer Kandidaten auf den Zettel nimmt, wegegen die Gegner sich verpflichten, auch unsere Kandidaten auf ihren Zettel zu nehmen. Die Ludwigshafener sind darüber hinausgegangen, und es hat mich geteuerdet, daß Scheidemann nicht darauf hingewiesen hat. Die Ludwigshafener haben aus dem wilden Proporz einen wirklichen Proporz gemacht und den Wahlkampf ausgeschaltet. Wenn Sie diese allgemeinen Gesichtspunkte ins Auge fassen, werden Sie die Haltung der Mainzer Genossen viel besser verstehen. Scheidemann wunderte sich darüber, daß die Sache nicht auf der heftigsten Landeskonferenz debattiert ist. Er sagt: wir hätten da die Abrechnung angehängt. Das stimmt nicht, die Abrechnung ist uns von Scheidemann angehängt worden, und deshalb haben wir — speziell auch Adlerung — erklärt, wir sind bereit, uns mit den Genossen darüber zu unterhalten. Die Genossen auf der Landeskonferenz waren aber einmütig der Meinung, daß wir mit Rücksicht auf den Landtagswahlkampf die Erörterung bis zum nächsten Jahre vertagen, dann aber eine ausgiebige Debatte herbeiführen, nicht indem wir uns gegenseitig schlicht machen, sondern indem wir beraten, wie wir am besten einseitige Verhältnisse herstellen. Sie können sich darauf verlassen, daß das geschehen wird. Jedenfalls haben wir uns von sachlichen Momenten leiten lassen. Die Mainzer Genossen stehen hinter den Genossen des übrigen Deutschland nicht zurück. Wenn Sie das anerkennen, dann wird so mancher, der glaubt, er muß, sowie einmal bei uns etwas passiert, und kritizieren, die Feder niederlegen und sich erst besser unterrichten, bevor er uns etwas am Zeuge ficht.

Dr. Michels-Marburg:

Während der Marokko-Konflikt akut war, sind in der bürgerlichen Presse Versicherungen von Genossen verbreitet, die, wenn sie wirklich gefallen wären, eher von den Präsidenten eines Kriegervereines als von einem deutschen Sozialdemokraten stammen können. Nichts desto weniger ist es notwendig, hier vor aller Welt zu erklären, wie die deutsche Sozialdemokratie zu den internen Plänen unserer Diplomatie steht. Es ist erfreulich, daß wir zwei Resolutionen vor uns haben, die mit aller Deutlichkeit sagen, daß das deutsche Volk den Frieden will, auch gegen die Regierung. Nur scheinen mir beide Resolutionen in ihrer Begründung auseinanderzugehen. In der Resolution, die an die Adresse der englischen Genossen gehen soll, heißt es, daß die deutsche Sozialdemokratie entschlossen ist, vorkommendenfalls mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Ausbruch eines Krieges zwischen beiden Ländern zu verhindern. Dagegen heißt es in der Resolution, die die Redeworte gegen Adler, Jaurès usw. tabelt, daß die deutsche Sozialdemokratie es als ihre vornehmste Aufgabe ansieht, dem Kriege, gegen welches Volk auch immer er provoziert werden sollte, den Krieg zu erklären. Was heißt es, dem Kriege den Krieg erklären? Darunter kann man sich alles mögliche denken. Ich möchte deshalb, daß Sie die Resolution gegen die Redeworte so ändern, daß Sie in diesem Punkte mit der anderen Resolution übereinstimmt. Man könnte diese Änderung für unwesentlich halten, aber wir sind durch unsere Haltung in den Verdacht gekommen, der Regierung in ihren abenteuerlichen kolonialen Plänen zu folgen, und nur die äußerste Deutlichkeit und Schärfe kann diesen Verdacht zerstreuen. Wir müssen bei einem internationalen Konflikt mit der allgerühmten Schwärze betonen, daß für die deutsche Arbeiterklasse nationale Fragen heute nicht existieren, sondern daß sie noch immer auf den alten

Standpunkt von Karl Marx steht, daß die nationalen Fragen durch die Geschichte selbst, durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse veraltet sind und daß die nationale Frage, die wir heute haben, die soziale Frage ist, daß nicht fremde Nationen, sondern die herrschenden Klassen im eigenen Lande unsere Gegner sind. Je deutlicher wir unseren Willen zeigen, den Frieden zu erhalten und je deutlicher wir zeigen, daß hinter diesen Willen eine feste Macht steht, desto mehr werden sich die regierenden Klassen hüten, das Volk in einen Krieg hineinzuführen. Wenn wir der Regierung zeigen, daß wir nicht gewillt sind, einen Krieg mitzumachen, dann wird sie es sich nicht zweimal, sondern dreimal überlegen, ob sie einen Krieg beginnen soll. Wir zwingen die regierenden Klassen, den Weg nach Haag zu gehen, den sämtliche Fürsten mit dem Väterchen Nikolaus ohne Hilfe des Proletariats nicht gehen würden.

Rhein-Offenbach:

Wir alle hoffen, daß unser Kreis uns bei der letzten Reichstagswahl nicht verloren gehen würde. Unsere Parteileitung hielt den Kreis für sicher, weil bisher immer eine schwache Wahlbeteiligung der Landarte des vorderen Odenwaldes zu konstatieren war. Die Wahlbeteiligung stieg aber von 40 auf 80 Proz.; der Zuwachs kam unseren Gegnern zugute. Nun haben wir eine Agitationskommission eingesetzt, die mit gutem Erfolg das Land bearbeitet. Wir haben festen Fuß in den Landorten gefaßt und verteilen ein Gratisblatt. So hoffen wir, den Esprendlinger Dorfpolitiker bei der nächsten Wahl obdachlos zu machen, denn wir betrachten es als eine Schmach, daß unser Kreis, der seit 1884 sozialdemokratisch vertreten war, von einem derartigen Politiker im Reichstag vertreten wird. Das Kompromiß in Mainz und Darmstadt hat uns sehr verschmüpft. Wenn man nicht aus eigener Kraft Mandate erringen kann, dann führen derartige Mittel zur Korruption der Partei. Warum haben wir in Offenbach keine Hände gehalten? Es ist sehr charakteristisch, daß nicht nur in Mainz, sondern in einer Anzahl Landorte um Mainz solche Kompromisse gang und gäbe sind. Das liegt wohl daran, daß die Parteileitung in Mainz darauf hinarbeitet, daß der Vorkauf nicht auf der Landeskonferenz debattiert worden ist, daß der Bericht des Landeskomitees ihn mit keiner Silbe erwähnt hat.

Subeil-Verlin:

Genosse Adler hatte nicht ganz unrecht, als er den Satz in der Fleischnot-Resolution tadelte. Im Kampfe gegen die Fleischnot stützen sich uns gegenüber die Agrarier mit Pöbelskri an der Spitze darauf, daß eine Verengung des deutschen Viehstandes durch fremdes Vieh stattgefunden hat. Die Agrarier werden sich jetzt auf diese Stelle unserer Resolution berufen.

Ob es David gelungen ist, das Kompromiß in Mainz zu rechtfertigen, werden die Delegierten zu beurteilen wissen. Auf allen Parteitagungen und in allen Rechenschaftsberichten des Vorstandes finden wir die Klage, daß in einzelnen Kreisen, besonders im Süden die elende Kompromißerei nicht aus der Welt zu schaffen ist. Die Kompromißerei wird getrieben, nur um einige Mandate in der Kommune oder im Landtage zu gewinnen ohne Rücksicht darauf, in welcher Weise sie bei anderen Kämpfen von den Gegnern, die sie unterstützen, behandelt werden. Auch ist David die Antwort darauf schuldig geblieben, warum in Offenbach möglich war, was in Mainz unmöglich war. Er wollte doch Scheidemann antworten. Ich habe aber vergebens auf diese Antwort gewartet. Sie wird ihm wohl auch schwer fallen.

Dem Genossen in Hessen gebe ich nicht unrecht, wenn er die Vorgänge in Mainz zurückführt auf Vorgänge bei der preussischen Landtagswahl. Auch dort ist von verschiedenen Kreisen der Versuch gemacht worden, durch Abschluß von Kompromissen mit gegnerischen Parteien das eine oder andere Mandat zu gewinnen. Diese Versuche sind an den Gegnern selbst gescheitert; an uns hat es nicht gelegen.

Mit der Resolution für den Frieden können wir einverstanden sein und brauchen nicht die Abänderung Michels anzunehmen. Es ist eine Sucht bei uns, sobald eine Resolution vorliegt, zu zeigen, daß man sie noch verbessern kann. Michels hat befehlen nicht geboten, sondern die Resolution nur verschönernder gemacht. Ob der Satz in der Fleischnot-Resolution nicht eine andere Fassung erhalten soll, muß ich den Verfassern überlassen. Was Mollenhuth nachträglich sagt, wird nicht viel helfen. Die Gegner werden die Stelle in der Resolution nach ihrem Wortlaut zu benutzen wissen.

Seit Jahren erhebt Vebel im Reichstag seine Stimme gegen die Soldatenmissethandlungen und die Militärjustiz. Er hat alle bürgerlichen Parteien gezwungen, sich gleichfalls damit zu befassen. Aber die Genossen im Lande vernachlässigen diese Frage. Wir haben aber die Pflicht, die Genossen im Lande aufzuklären, daß sie als Soldaten nicht bloß Pflichten zu erfüllen, sondern auch Rechte zu verlangen haben, so wie Genosse Gradnauer im Reichstage längst so richtig ausgeführt hat.

Köln-Karlruhe:

Was die Fleischnot-Resolution anlangt, so können wir nicht damit rechnen, daß die Kommunen die Fleischversorgung in die Hand nehmen werden, wenigstens nicht die Kommunen mit dem Dreiklassenwahlrecht. Auch daraus können wir uns nicht ohne weiteres verlassen, daß die Vereinfachung der Ausschläge auf Lebensmittel den Konsumenten zugute kommt. Es ist vielmehr zu fürchten, daß die Väter und Fleischer mit Hilfe ihrer Organisationen den Profit an sich zu reißen suchen. Wenn wir das verhindern wollen, so müssen wir Organe schaffen, die auf die Preise regulierend einwirken, und das kann durch die Konsumvereine geschehen, denen man in Zukunft noch mehr als bisher die größte Aufmerksamkeit zuwenden muß. Das hadische Rebeverbot gegen die Genossen Adler, Greulich und Todeschini ist weder mit der hadischen Verfassung noch den hadischen Gesetzen zu vereinbaren. Wir kennen in Baden den Vergriff des lästigen Ausländers nicht; Ausweisungen sind nur statthaft, wenn ein Ausländer gegen die Gesetze verstößt, keine Existenzmittel besitzt oder die öffentliche Sicherheit oder die Sicherheit des Staates gefährdet, keine dieser Voraussetzungen lag hier vor. Auch die bürgerliche Presse und der Demokrat Venedy haben zugegeben, daß die Constanzier Veranstaltung in der misserthätigsten Ordnung verlief. Ich glaube auch nicht, daß die hadische Regierung von sich aus das Verbot erlassen hätte, aber sie fügte sich einem Befehl von Berlin. (Sehr richtig!) Daran sind wir ja gewöhnt. Ich weiß ganz genau, daß in der Frage der Ausbürgerung der zum Militär Einberufenen der hadische Minister des Innern dem preussischen Kriegsminister begreiflich zu machen verucht hat, daß diese Ausbürgerung keine moralisch sehr schöne Handlung sei. Das machte aber keinen Eindruck, und der hadische Minister fügte sich. Ich versichere Ihnen, daß wir im hadischen Landtage mit unserer Regierung gründlich abrechnen werden.

Thiele-Halle:

Es ist richtig, daß unsere Presse einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen hat, aber die Zahl der Abonnenten unserer Blätter steigt noch in keinem Verhältnis zur Zahl der für uns abgegebenen Stimmen. Es muß noch bedeutend mehr für die Presse geschehen. Die Mittel unserer Parteiblätter sind zu beschränkt. Wir haben Blätter, die täglich erscheinen, mit 1, 2 Redakteuren. Mit so beschränkten Mitteln kann unmöglich viel geleistet werden. Aus alten Stiefelhöhlen kann auch der beste Koch kein Weisseal machen. Wenn die Redakteure nicht die genügenden Kräfte anstellen können, können sie die Presse nicht so gestalten, wie es nötig ist. Es ist der Gedanke aufgetaucht, ein literarisches Bureau zu schaffen, welches die Presse mit sachlichen Nachrichten versorgt. Dadurch würde den Redakteuren ihre Aufgabe sehr erleichtert werden. An die Pressekommisionen richte ich die dringende Bitte, mit der Bewilligung der nötigen Mittel nicht zu knausern.

David-Mainz:

Genosse Scheidemann wies darauf hin, daß die Kampfeskonstellation in Offenbach ganz anders sei als in Mainz und Darmstadt. Das liegt daran, daß die Parteiverhältnisse in Offenbach sich in der schärfsten Weise ausgeprägt haben. In Offenbach haben die

Gegner eine geschlossene Koalition gegen unsere Parteigenossen geschlossen, so daß unsere Genossen gar nicht anders konnten als für sich allein zu kämpfen. Ich kann Ihnen versichern: in dem Moment, wo das in Mainz geschieht, werden wir genau so wie in Offenbach kämpfen müssen. Wir machen uns auch in Mainz durchaus keine Illusionen darüber, daß auch wir vielleicht einmal einer solchen Konstellation entgegen gehen. Gewiß das kann kommen, aber noch ist es doch nicht so weit und wir haben doch nicht geradezu die Aufgabe, die Dinge absichtlich schneller zuzuputzen, als das ohnehin geschieht. Die Schorf-macherhege gegen die Sozialdemokratie wird von unseren Gegnern in Mainz nicht mitgemacht. Der Vorwurf der Schorfmacher darüber, daß man den Rückruf für den Oberbürgermeister Gahner aus dem „Vorwärts“ zugefandelt habe, hat man in Mainz damit zurückgewiesen, es sei einfach selbstverständlich, daß, wenn man der „Kölnischen Volkszeitung“ usw. den Rückruf sende, er auch an den „Vorwärts“ geschickt werde, denn auch die Sozialdemokraten seien im Stadtparlament. Man betrachte uns eben als gleichberechtigt. Sie wissen auch z. B., daß wir in Mainz in der Stadthalle, also auf städtischem Grund und Boden einen Parteitag haben abhalten können. Wir haben in Mainz einen Gegner als Hauptgegner vor uns, von dem auch von unserer Seite erklärt worden ist, daß zwischen uns und ihm die letzte Schlacht geschlagen werde. Mainz ist eine Bastion des Zentrums, und unsere Hauptaufgabe muß es sein, in den Zentrumsturm einen Riß zu reißen, danach muß sich die Faktion der Mainzer Genossen richten. Es ist dem Parteitag eine Zusammenstellung zugegangen, aus der hervorgeht, was das Zentrum in bezug auf Agitation gegen uns leistet. Wir erfahren daraus, daß der Volksverein für das katholische Deutschland 475 000 Mitglieder hat, was für einen Etat von Beamten er befolgt, wie viel Millionen Flugblätter er hinauswirft. Jeder, der im Zentrumsturm kämpft, weiß, was dieser Gegner bedeutet, weiß auch, daß, wenn man ihn gründlich treffen will, man ihn überall anpacken muß. Nach diesen Gesichtspunkten haben wir in Mainz gehandelt. Darum sage ich zum Schluß: Man urteile immer je nach den lokalen Verhältnissen. Wir sind uns bewußt, der Partei nicht geschadet zu haben dadurch, daß wir unsere Vertreterzahl von 5 auf 10 vermehrt haben und so das Zentrum weiter geschwächt haben, glauben wir in dem großen Kampfe der Partei auch eine kleine Arbeit geleistet zu haben. (Bravo.)

Nieger-Spandau:

Genosse Thiele hat durchaus recht damit, daß es einer besseren Ausgestaltung unserer Presse in der Provinz bedarf. In Brandenburg existieren für 20 Wahlkreise der Regierungsbezirke Frankfurt und Potsdam nur zwei Blätter. Hier sollte mehr geschehen. Für die Presse ist nur die verhältnismäßig geringe Summe von 36 000 M. vom Parteivorstand ausgegeben. Auch die Agitation für die Parteipresse liegt noch vielfach sehr im Argen. In einem Bezirk mit 18 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern lesen noch einer Umfrage nur 6000 das Parteiblatt, 4000 bürgerliche Blätter und die übrigen lesen gar nichts. Es ist von der schädigenden Wirkung der Kompromißerei gesprochen worden. Ich meine, wir sollten die Wahlen dazu benutzen, eine grundsätzliche Propaganda zu treiben. Man darf nicht zu sehr auf die lokalen Verhältnisse Rücksicht nehmen. Unsere Erfolge haben nur eine Bedeutung, wenn sie aus eigener Kraft errungen werden unter voller Betonung unserer Programmforderungen. — Noch ein Wort zu den Resolutionen. Sie werden ja angenommen werden, die Hauptfrage ist aber, daß die Genossen dahinter stehen. Sie müssen zeigen, daß es ihnen ernst damit ist, alles daran zu setzen, um den Willen des Volkes gegenüber dem Willen der Reaktion zur Durchführung zu bringen. (Bravo.)

Frau Frenzel-Verlin:

Die Aufklärungsarbeit unter dem weiblichen Proletariat hat erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Abonnentenziffer der „Gleichheit“ ist erheblich gestiegen, aber die Agitation unter den Frauen muß noch verschärft werden, die „Gleichheit“ muß noch mehr verbreitet werden. Das kann für die Frauenbewegung und für die Arbeiterbewegung überhaupt nur von Vorteil sein. (Bravo.)

Scheidemann-Kassel:

Es hat mich in Erlaunen gesetzt, mit welcher außerordentlichen Mühe David unsere Gegner behandelt. Er hat davon gesprochen, daß wir in Offenbach mit einer Koalition aller Gegner zu tun hätten. Ich meine, es muß uns ganz gleich sein, ob die Gegner koalitiert sind oder nicht; es sind unter allen Umständen unsere Gegner. David hat die Mainzer Verhältnisse geradezu als ideale geschildert. Die Gegner behandeln uns dort so anständig, daß sie uns sogar die Stadthalle zur Verfügung stellen. Das ist doch ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit. (David: Getoif!) Wenn das anderswo nicht geschieht, so haben wir es auf das schärfste zu verurteilen. In seiner ersten Rede meinte David: ja wenn wir in Mainz das Dreiklassenwahlrecht hätten wie in Preußen, würden wir ganz anders vorgehen. Das klingt beinahe so, als wenn er es bedauerte, daß dies noch nicht der Fall sei. Kein: in Preußen würde man sich glücklich fühlen, wenn man unter einem Wahlrecht kämpfen könnte wie in Mainz, dann würde man sicher in Preußen nicht so hodeln wie in Hessen. Gerade ein Wahlrecht, wie es in Mainz besteht, gibt eine vorzügliche Gelegenheit, den Klassenkampf rein zu führen und das ist doch die Hauptsache. Mit neun statt sechs Wählern im Parlament ist doch nichts zu erreichen. Das Schlimme ist, daß bei solchem Kuhhandel auf den prinzipiellen Kampf verzichtet werden muß! Von einem freiwilligen Proporz kann in Mainz keine Rede sein, da das Zentrum ausgeschlossen ist. Selbstverständlich hat es mir vollständig fern gelegen, den Parteigenossen, die dort kandidiert haben, persönliche Strebrei vorzuwerfen. Ich wies in meiner Schlußwendung nicht auf diese Parteigenossen hin, sondern auf diejenigen, die diesen Kuhhandel entriert haben, und die ihn zu rechtfertigen suchen.

Damit schließt die Debatte.

Im Schlußwort erklärt

Mollenhuth-Verlin:

Bei der Abstimmung über die Handelsverträge fehlte deshalb eine solche Anzahl von unseren Kollegen, weil die Abstimmung erst für einen späteren Tag erwartet wurde, und weil die Abstimmung doch nichts am Resultat ändern konnte. Im übrigen waren fast alle Fehlenden zwingend verhindert. Mit der von Bernstein vorgeschlagenen Änderung an der Friedensresolution sind die Antragsteller einverstanden. Daß das uns vorliegende Material unzuverlässig ist, liegt besonders daran, daß die einzelnen Bezirke nicht genau abgegrenzt sind. Das neue Statut wird hier ja Verbesserung schaffen. Das von mir vorgetragene Material zur Fleischnot war nicht unbekannt. Es wird sich aber vielleicht empfehlen, von Zeit zu Zeit das Material in solchen Fragen zusammenzustellen. Die Hauptfrage ist aber, daß die Presse agitatorisch wirkt und sich die bürgerliche Presse dabei zum Vorbild nimmt. Daß unsere Blätter verbreiteter und zahlreicher sein müßten, ist richtig. Es müßten eben alle Arbeiter nur unsere Presse lesen. So lange das nicht der Fall ist, müssen wir natürlich fleißig mit Flugblättern vorgehen. Was in dieser Beziehung geleistet werden kann, haben ja die oberhessischen Genossen in ihrem Kampfe gegen das Zentrum bewiesen. Der Antrag Bremen betreffend die P. P. S. kann in dieser Form nicht angenommen werden. Wir haben uns alle Mühe gegeben, uns mit der P. P. S. zu einigen. Der Friedensvertrag, den wir entworfen, war gewiß durchaus loyal. Wie aber hat die P. P. S. diesen Vertrag behandelt? Man hat ihn nicht einmal zur Kenntnis der Mitglieder der P. P. S. gebracht und damit zu erkennen gegeben, daß der Wille der Mitglieder für die Leiter der P. P. S. irrelevant ist. Sie verlangten, daß die deutsche Partei sich einfach ihnen füge. Würde der Antrag angenommen, so würde das die Bedeutung haben, daß wir uns der P. P. S. in der Tat unterwerfen. Nachdem man uns aber herausgeschmissen hat, können wir nicht zur Hintertür wieder hereinschleichen. Wir müssen also jetzt abwarten, was die P. P. S. tut. Unserer internationalen Pflichten bleiben wir uns ja stets bewußt.

(Hier ist in der telegraphischen Berichterstattung über die Rede Mollenhuths eine Lücke entstanden, die wir heute nicht ergänzen können. Von Mollenhuths Rede lautet der Schluß):

Genosse Michels hat die Friedensresolution als unklar bemängelt. Er meint, im Ausland glaube man nicht an den Ernst unserer Friedensliebe. Gerade in Deutschland aber sind wir von jeher jeder Art Kriegstreiber entgegengetreten. Alle Militärvorlagen haben wir aufs entschiedenste bekämpft, haben jederzeit den Gedanken der Völkerverbrüderung propagiert, und nur ein Ignorant oder ein Böswilliger kann das übersehen und behaupten, daß wir in dieser Beziehung hinter irgend einem Lande auch nur um Haarsbreite zurückstehen. Daß wir Mangel an Rednern haben, belege ich auch. Was ich als falsch bezeichnet habe, ist, daß man so oft Redner mit bekannten Namen verlangt. Genosse Schulz sagte über Verfassung. Er weiß wohl nicht, wie es früher zuging? Da wurde einfach bestimmt, daß jeder mal reden muß. Konnte jemand 20 Minuten reden, so wurden drei solcher Redner ausgeschiedt, um zusammen eine Versammlung abzuhalten. Wenn diese dann gelernt hatten 30 Minuten zu sprechen, brauchte man nur zwei solcher Redner für eine Versammlung und so bildete man sie allmählich zu Freischwimmern aus. (Heiterkeit.) Was früher vielleicht gründlicher betrieben wurde, war das Studium der Professoren und darin sollte man unsere angehenden Agitatoren unterstützen, indem man ihnen von Parteiwegen Material gibt. (Zuruf: Geschieht schon!) Ja es geschieht schon, aber noch nicht überall. Hätten wir früher geahnt, daß wir einmal so viel Redner haben würden, wie wir jetzt tatsächlich haben, so hätten wir es geklagt, damit eine Welt erobern zu können. Es hat sich aber gezeigt, daß mit der Zahl der Kräfte auch das Bedürfnis steigt. Wegen die Fleischnot-Resolution sind verschiedene Einwendungen erhoben worden. Fest steht aber doch, daß irgend welche Sicherheitsmaßnahmen zum Schutze unseres Viehes notwendig sind. Die Fassung der Resolution ist vielleicht etwas dehnbar: statt „berechtigter“ könnte man vielleicht sagen „notwendiger aber loyal zu handhabender“. Wir würden darunter etwa verstehen, daß das Vieh an der Grenze untersucht wird. Bei den Menschen hat man das frühere Quarantäne-system aufgegeben. Wenn das beim Menschen möglich war, muß es auch beim Vieh möglich sein. Das aber ist klar, daß die schlimmste Krankheit des ausländischen Viehes in den Augen der Agrarier seine Billigkeit ist. In den achtziger Jahren ging man gegen die Trichinen vor, jetzt nimmt man andere Krankheiten zum Vorwand. Das dänische Vieh z. B. soll tuberkulös sein. Zufällig ist aber Dänemark das Land, in dem es am wenigsten tuberkulöse Menschen gibt. Die Hauptsache ist und bleibt, daß wir uns immer bewußt sind, daß wir uns nicht in innere Kämpfe verlieren dürfen. Unsere Gegner stehen außerhalb unserer Reihen. Erst wenn wir diese niedergeworfen haben, können wir es uns leisten, untereinander zu raufen. So lange das nicht der Fall ist, müssen wir nach außen kämpfen. Dann wird es uns möglich sein, in wenigen Jahren unsere Anhängerzahl von neuem zu verdoppeln. (Lebhafte Beifall.)

Reißer (Schlußwort):

Nach Rücksprache mit den übrigen Mitgliedern der Kontrollkommission bitte ich Sie, den Wunsch des Genossen aus Mülhausen auf Streichung des letzten Satzes unserer Erklärung nicht zu erfüllen. Der Parteitag würde sich dadurch zu seinem in Bremen gefassten Beschluß in Widerspruch setzen. Der Genosse aus Mambrecht hat gemeint, der Fall Gindorf liegt anders als ich ihn geschildert. Es ist richtig, daß der Gesangverein — Gindorf scheint ein bedeutender Sänger vor dem Herrn zu sein — ihm etwas Geld angeboten hat. Aber dabei ist es auch geblieben; und vom Angebot allein kann der Mensch nicht leben. Gindorf befand sich in der dringendsten Not. Er hat kein Geld erhalten. Vielleicht wäre es anders gekommen, wenn der Gesangverein dem Angebot die Tat hätte folgen lassen. Die Begründung unseres Urteils habe ich inzwischen erhalten. Ich bemerke noch, daß das Urteil ein einstimmiges war und daß wir sehr bald zu dem Resultat gelangten, daß, wenn irgend einem Genossen, so in diesem Falle dem Genossen Gindorf Unrecht geschehen ist. Ich bitte Sie, sich vorläufig dabei zu beruhigen. Die Mannheimer Genossen können ja weitere Schritte unternehmen.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Entsprechend dem Antrag der Kontrollkommission wird dem Parteivorstand einstimmig Decharge erteilt. Vor der Abstimmung über die Erklärung der Kontrollkommission zur Mülhausener Angelegenheit bemerkt

Singer: Wenn die Erklärung angenommen wird, so wird dadurch das Recht der Mülhäuser Genossen, bei dem nächsten Parteitag eventuell Verurteilung gegen das Urteil einzulegen, durchaus nicht beeinträchtigt. (Zuruf: Selbstverständlich!) Die Mülhausener Genossen haben erst vor einigen Tagen die Begründung bekommen und es ist ihr Recht, Verurteilung einzulegen.

Hierauf wird die Erklärung der Kontrollkommission in ihren beiden Teilen angenommen.

Antrag 117 gelangt mit der Aenderung zur Annahme, daß die Worte „Parteigenossen in Rattowitz“ durch die Worte „der Parteitag“ ersetzt werden.

Antrag 128 wird abgelehnt.

Antrag 146 wird einstimmig mit der Aenderung angenommen, daß im dritten Absatz statt „berechtigter Vorrechtsmaßregeln“ gesagt wird: „notwendiger, aber loyal zu handhabender Vorrechtsmaßregeln“.

Antrag 141 gelangt mit dem Amendement Bernstein zur Annahme.

Antrag 142 mit einem Amendement Michels, wonach hinter „provokiert“ gesagt wird „unter vollster Ausnutzung aller ihr zu Gebote stehenden Kräfte“.

Damit sind die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung erledigt. Es folgt Punkt 4:

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

Hierzu liegen die Anträge 81, 82, 83, 84, 85, 86, 125, 130, 139 und 144 vor, die mit Ausnahme des Antrags 81 sämtlich unterfällt werden.

Sie lauten:

81. Parteigenossen des 3. Hamburger Wahlkreises: Die Reichstags-Fraktion hat in einer geschlossenen Sitzung Auskunft zu geben über die Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten und Abstimmungen im Reichstage seitens unserer Abgeordneten.

82. Parteigenossen in Heidelberg: Die Reichstags-Fraktion möge dahin wirken, daß in absehbarer Zeit im Reichstage der Punkt 6 unseres Programms (Trennung des Staates von der Kirche) zur Verhandlung kommt.

83. Parteigenossen des 4. sächsischen Wahlkreises: Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, im Reichstage den Antrag auf Trennung der Kirche vom Staate einzubringen.

84. Parteigenossen in Gänsbach: Die Reichstagsfraktion anzufordern, im Reichstage energisch die Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr im Altersversicherungsgesetz zu verlangen.

85. Parteigenossen des 5. sächsischen Wahlkreises: In voller Würdigung der bisher von der Reichstagsfraktion für eine Reform des Militärstrafwesens entwickelten Tätigkeit ersucht der Parteitag die Fraktion, der Frage auch künftig besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und für eine Reform des militärischen Strafwesens wie für eine Reform des militärischen Strafmaßes zu wirken.

86. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: In Anbetracht der überaus langen, jeder Kontrolle entweichenden Arbeitszeit der ungelerten Arbeiter, besonders der Handelsreisenden, sowie überhaupt aller Transport- und Verkehrsarbeiter, wolle der Parteitag die Reichstagsfraktion ersuchen, bei Zusammentritt des Reichstages einen Gesetzesentwurf einzubringen, durch welchen die tägliche Arbeitszeit der obengenannten Berufe auf höchstens zehn Stunden festgelegt und die Sonntagsarbeit so weit als möglich eingeschränkt wird.

*) Die Anträge 126, 130, 144 sind noch nicht bei uns eingelaufen.

Außerdem wird ein Antrag der Genossen des vierten und sechsten sächsischen Reichstagswahlkreises eingereicht, den Antrag 83 der Fraktion zur Erwägung zu überweisen.

Antrag 139 lautet:

Parteien in Straßburg-Land: In Anbetracht der zurückgebliebenen politischen und staatsrechtlichen Zustände Elsas-Lothringens, sowie der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung, in Erwägung der Tatsache, daß von den bürgerlichen Parteien für den politischen Fortschritt des Landes, sowie auch für die wirtschaftliche Verbesserung der Bevölkerung nichts Bemerkenswertes zu erwarten ist, fordert die am 8. September 1905 in Drumath tagende Kreisversammlung der Vertreter des Kreises Straßburg-Land die Reichstagsfraktion auf, mehr wie bisher den speziell Elsas-Lothringens betreffenden Fragen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, durch direkte Anträge für das freie, gleiche und direkte Wahlrecht zum Landesauswahlgesetz einzutreten, sowie energisch eine Verbesserung der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und kleinen Beamten zu fordern.

Referent Förster:

Der neu gewählte Reichstag hat jetzt seine erste Session hinter sich und wir können übersehen, was er für die Arbeiter geleistet hat. Mit diesen Leistungen sind wir natürlich ebensowenig zufrieden, wie unsere Presse. Es ist aber auch nicht richtig, daß die Verstärkung unserer Fraktion ganz ohne Einfluß geblieben sei. Verschiedene bürgerliche Parteien haben eine förmliche Jagd mit arbeiterfreundlichen Resolutionen begonnen, man hatte mit den Initiativanträgen die Erfahrung gemacht, daß sie meist nicht zur Verhandlung gelangten. Um das zu vermeiden, brachte man statt der Anträge Resolutionen ein. Man hatte es also eilig, den schlechten Eindruck, den die Annahme des Wahlgesetzes im Volk gemacht hat, etwas zu dämpfen. Von diesen zahlreichen Resolutionen ist nun aber nur ein kleiner Teil angenommen worden. Man sollte meinen, Konservative und Agrarier müßten mit diesem Reichstage sehr zufrieden sein. Das ist durchaus nicht der Fall. Unsere Unzufriedenheit mit dem Reichstage beruht auf anderen Gründen. Die Interessen des kleinen Mannes finden in ihm zu wenig Beachtung und wenn ein Teil unserer Genossen erwartet hat, daß das nach unserem großen Wahlsieg gleich wesentlich anders werden würde, so hat man unsere Gegner unterschätzt. So leicht lassen sich unsere Gegner nicht über den Haufen rennen. Dazu bedarf es ganz anderer Kämpfe, die sich wahrscheinlich gar nicht im Parlament, sondern außerhalb desselben abspielen werden. Es ist aber bemerkt worden, daß bei wichtigen Abstimmungen eine nicht unbeträchtliche Anzahl unserer Genossen fehlte. Ich brauche in dieser Beziehung aber den Bemerkungen Rollenbüchlers nichts hinzuzufügen. — Auch über die Fragen der Handels- und Zollpolitik brauche ich nach der Rede Rollenbüchlers nichts mehr zu sagen. — Nun zu den Anträgen. Zum Antrag 83 bemerke ich, daß für die Trennung von Staat und Kirche unsere Fraktion bei der Beratung des Toleranzantrages entschieden eingetreten ist, wie wir das natürlich bei jeder sich bietenden Gelegenheit wieder tun werden. Der Antrag 84 bleibt hinter christlich-sozialen Forderungen zurück, in denen wiederholt die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre verlangt worden ist. Wir haben diese Forderung aufgestellt, man hat uns aber nachgemessen, daß diese Herabsetzung eine erhebliche Steigerung der Kosten zur Folge haben würde. Das kann natürlich kein Grund sein, von der Forderung abzusehen. Es gibt noch eine große Anzahl von Leuten, die man zu den Beiträgen heranziehen könnte; ich denke dabei an die Rentner, die keine Arbeitgeber mehr sind, aber ihr Einkommen aus der Arbeit der Arbeiter ziehen. Wenn statt des 65. das 60. Lebensjahr in den Antrag aufgenommen würde, so wäre er, glaube ich, wohl annehmbar.

Die Antragsteller, welche den Antrag 83 gestellt haben, scheinen sich recht wenig um die Reichstagsverhandlungen gekümmert zu haben, denn für die Reform des Militärstrafwesens sind wir fortgesetzt eingetreten, ebenso für die Forderungen des Antrages 85. Ebenso wenig neues verlangen die folgenden Anträge. Es handelt sich überall um alte Dinge, die stets und mit Nachdruck von der Fraktion vertreten worden sind. Alle diese Anträge beweisen also, daß die Fraktion sich völlig im Einklang befindet mit den Forderungen und Wünschen der Parteigenossen. Wir sind ja auch stets für die Interessen der Arbeiter und der kleinen Leute eingetreten.

Nun noch einiges Allgemeine. Die Verdrängungspolitik unserer Politik, die seit dem Regierungsantritt Wilhelm's II. immer mehr zugenommen hat, hat eine finanzielle Misere zur Folge gehabt, der man jetzt durch die sogenannte Finanzreform abhelfen will. Dadurch werden auch die bürgerlichen Klassen berührt, denn es geht ja an ihren Geldbeutel mit, und in dieser Situation werden wir vor allem mit unserer Agitation einsehen können und müssen. So leicht wird die Regierung aus der Finanzlemme nicht herauskommen. Nur um das vorhandene Loch zu stopfen, werden 100 Millionen gebraucht und dabei werden immer neue Millionen dem Nolo Militarismus und Marinismus geopfert. Die Regierung wird gezwungen sein, zu neuen Steuerquellen zu greifen, und dabei werden wir mit einer intensiven Agitation einsehen können.

Ich bin am Schluß meines Berichtes und kann mich darauf beschränken, abzuwarten, ob irgend welche Monita gezogen werden. (Bravo!)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Leber wird in eine Diskussion des Berichtes heute nicht mehr eingetreten. Die Verhandlungen werden vertagt, da in demselben Saale heute noch eine Versammlung stattfindet.

Schluß 6 1/2 Uhr.

147. Zur Weisheit schlägt Richard Fischer folgende Resolution vor:

Die Weisheit ist eine zur Unterstützung der Klassenforderungen und des Klassenkampfes des Proletariats sowie zur Förderung des Friedens von den internationalen Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration, deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsame Aufgabe aller politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist. Als solche Massendemonstration wird sie vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen bekämpft, aber dieser Widerstand kann für die Arbeiterklasse kein Anlaß sein, von der Durchführung der Weisheit abzusehen. In Uebereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitseindei als die würdevollste Form der Weisheit. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitseindei am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitseindei vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

R. Fischer.

148. Änderungsantrag zur Resolution betr. die Friedens- und Freundschaftserklärung der englischen Arbeiter.

Wir beantragen im Schlußsatz die Worte „die Hoffnung aus“ wie folgt zu fassen: die Hoffnung aus, daß es den sich in so erfreulicher Weise mehrenden Bemühungen der englischen Arbeiter gelingen möge, bei den nächsten Parlamentswahlen etc. (wie im Text) ... gebührenden Einfluß zu verschaffen.

Vernstein und 23 Genossen.

Mitteilung.

Unter den Mitgliedern des Parteitages ist die Mitteilung verbreitet worden, der in dem Artikel des „Armen Teufels“ (Nr. 88) abgedruckte, F. M. gezeichnete Artikel sei von dem Parteigenossen Franz Wehring feinerzelt geschrieben worden. Gegen diese Mitteilung erklären die Unterzeichneten, daß der Artikel, wie auch sein Inhalt hervorgeht, in der Redaktion des „Neuen Montagblattes“ und zwar von dem Redakteur Fritz Kautzner geschrieben worden ist.

Robert Wolfel, Carl Duhl, Frau Frenzel, Ernst Grenz, Fritz Seger, Mich. Lipinski, F. Geier, J. Rotteler, G. Orbel, Georg Schäpflin.

Zwei Schriften zum Schulantrag.

Die Orthodogie, einerlei ob protestantischer oder katholischer Richtung, weiß, was sie will. Ihr Schulziel ist klar und unzweideutig: die streng konfessionelle, unter kirchlicher Aufsicht stehende Schule, deren allererste Aufgabe es ist, eine Pfahlschule zur Erhaltung und Festigung des konfessionellen Kirchentums zu sein. Nach diesem Ziel streben sie mit bewunderungswürdiger Fähigkeit auf allen Wegen, gerade wie kommen.

Dem gegenüber zeigt sich in dem liberalen Lager ein geradezu bejammernswürdiger Wirrwarr. Nicht nur, daß ein beträchtlicher Teil der Liberalen ihrem alten Schulideal offen den Laufpaß gegeben hat, indem er das schwächliche Schulkompromiß einging; kaum weniger schlimm ist die Unklarheit und das Durcheinander der Meinungen bei den Liberalen, die das Schulkompromiß verwerfen und bekämpfen.

Von dieser Unklarheit über das aufzuklärende praktische Ziel des Schulantrages zeugen selbst die Schriften der wenig zahlreichen Männer, deren eheliches Festhalten an einer liberalen Weltanschauung außer Frage steht. Zu ihnen rechnen wir den Marburger Professor Paul Katorp, der in seinem Schriftchen „Ein Wort zum Schulantrag“ (Verlag von Jul. Klinkhardt, Leipzig 1905) scharfe und treffende Worte, wie die folgenden, gegen die national-liberalen Schulkompromißler findet:

„Zum ebenen Schlagwort wird der Grundsatz des Liberalismus und Nationalismus, wenn man ihm, wie hier, handgreiflich mit der Tat widerspricht; sonst sind wahrlich Volk und Freiheit Worte, die einmal in unserer Geschichte etwas bedeutet haben und hoffentlich auch in Zukunft bedeuten werden. Muß es aber erst bewiesen werden, daß wer in einen Vertrag willigt, der die Schule des Staates mit gebundenen Händen an die Kirche, das heißt zu einem Drittel an Rom, ausliefert, nicht national und nicht liberal ist?“

Katorp ist sich auch völlig über die Tragweite des Schulantrages klar. Er weist darauf hin, wie durch den § 2 des Antrages, der jeder konfessionellen Minderheit von „angemessener“ Stärke den gesetzlichen Anspruch auf Errichtung einer Schule ihrer Konfession auf Staatskosten zuspricht, der Staat völlig in die Dienstbarkeit der Kirche geraten muß. Er zeigt, daß die gesetzliche Festlegung des konfessionellen Charakters der Schule mit unentzerrbarer Konsequenz zu streng konfessionellen Lehrerbildungsanstalten, zur ausschließlichen geistlichen Schulaufsicht und zum geistlichen Bestimmungsgerecht über die Qualifikation der Lehrer, über den Inhalt der Lehrbücher und den Geist des ganzen Unterrichts führen muß. Katorp faßt sich also in keiner Weise darüber, daß das Ziel des Liberalismus die völlige Vernichtung der weltlichen Schule ist und daß der Religionsunterricht der Hebel ist, mit dem er das Werk zu vollbringen sucht.

Trotzdem kann sich Katorp nicht zu der Einsicht durchringen, daß es nur eine wirksame, klare und durchgreifende Gegenparole gibt, die lautet: „Hinaus mit allem Religionsunterricht aus der Schule! — Kein Religionsunterricht, das wäre eine Pflichtverletzung seitens des Staates, meint er. Der Religionsunterricht soll bleiben, aber er soll nicht „konfessionell“ sein. Die Kinder der verschiedenen Konfessionen sollen einen gemeinsamen „psychologisch-historischen Religionsunterricht“ erhalten.

Den ihm von anderer Seite gemachten Einwurf, daß für einen solchen inter- oder überkonfessionellen Religionsunterricht ja gar keine Lehrer vorhanden seien, daß die Lehrer doch unmöglich ihre persönliche, innerste Ueberzeugung verleugnen könnten, tut er mit folgender Entgegnung ab: „Es ist gar nichts dagegen einzuwenden, daß der Lehrer im Unterricht so warm und eindringlich, als es ihm gegeben ist, seine persönliche Ueberzeugung zum Ausdruck bringe; wenn er nur bis in den tiefsten Grund seiner Seele durchdrungen ist von der Gewissenhaftigkeit gegen die ihm anvertraute Seele des Kindes, daß er nicht sein Bekenntnis ihm aufbringen darf; nicht nur nicht durch äußere Zwangsmittel, die bei einem einigermaßen selbständigen Schüler mit Sicherheit das Gegenteil wirken, sondern auch nicht durch die tausend Mittel einer feinen Suggestion, in der so viele Geistliche Meister sind; mit einem Wort, daß das autonome Gewissen auch des geringsten Kindes der niedrigsten Volksklassen unbedingt zu achten.“

Was will man mit solchen ideologischen Sollen und Darfkonstruktionen, die auf die gegebenen Menschen und Verhältnisse wie die Faust aufs Auge passe, im politischen Kampf um die Schule ausrichten? Gibt man dem Lehrer einmal den Auftrag „Religionsunterricht“ zu erteilen, so wird er ihn in seinem Sinne erteilen, das heißt, der konfessionell gläubige Katholik wird die Kinder für den „alleinigmächtigen“ Glauben, der konfessionell gläubige Protestant wird sie für die Lehren Luthers, der Atheist wird sie für den Atheismus zu gewinnen trachten.

Daß die Konfessionen und Kirchenbehörden einen solchen gemeinsamen „Religionsunterricht“ für das Seelenheil der Kinder höchst gefährlich ansehen, daß sie sich mit Sähen und Nägeln gegen einen Zwangsunterricht dieser Art wehren würden, liegt auf der Hand. Nach der katholischen Lehre wäre die Teilnahme an einem solchen „Religionsunterricht“ zusammen mit Andersgläubigen eine direkte Sünde. Katorp ist darum auch bereit, dem Katholiken, „der den Frieden mit seiner Kirche nicht aufs Spiel setzen mag“, zu gestatten, sein Kind vom Religionsunterricht in der Staatsschule dispensieren zu lassen. Aber die protestantische und die jüdische Orthodogie würden nicht zögern, für die Kinder ihrer Konfessionen das gleiche Recht der Dispensation zu verlangen. Und mit ganz dem gleichen Rechte würden die freidenkenden Eltern im Interesse des Wahrheitsglaubens ihrer Kinder die Dispensation überall da verlangen, wo dogmengläubige Lehrer aus ihrem Herzen keine Würdegrube machten. Was bliebe also dann von diesem „gemeinsamen Religionsunterrichte“ bestehen? Nichts! —

Alles was über die verschiedenen Religionen und Konfessionen zu wissen zur allgemeinen Bildung gehört, kann dem Kinde in den sonstigen Unterrichtsfächern gegeben werden. Insbesondere bietet die Geschichte in ihren verschiedenen Zweigen einen passenden Rahmen zur Unterweisung über religiöse Bewegungen und kirchengeschichtliche Vorgänge von kultureller und antikulturner Bedeutung. Diesen Standpunkt vertritt mit guten Gründen Dr. Rudolf Venzig in seinem Schriftchen „Die weltliche, konfessionslose Schule“ (Ramp-Verlag, Berlin SW. 12, 1905). Venzig setzt sich zunächst mit dem Begriff Religion im alten Sinne der Konfessionen und im neuen Sinne einer modernen, nationalistischen Weltanschauung auseinander, einer Weltanschauung, die nicht mehr den alten Dualismus zwischen Gott und Welt als Schöpfer und Geschaffenes kennt; einer Weltanschauung, in der auch das menschliche Handeln kein vom Sinai lösendes: „Du sollst“ kennt, sondern seine Triebkraft und Direktiven aus der innersten Menschennatur selbst erhält. Vom Boden dieser Weltanschauung aus erklärt Venzig: das, was heute den Kindern in der Schule gelehrt wird, ist keine Religion mehr. „Wir wollen die Religion den Kindern retten, und da ist das einzige, was wir tun können: daß wir sie hinauswerfen aus der öffentlichen Schule!“ Alles was an der Religion wertvoll, lebensfähig ist, was unabhängig von den Konfessionen und Dogmen, heute bereits gemeinsames Kulturgut ist, wird Venzig in der Kulturgeschichte dem Kinde zum Verständnis gebracht. Jeden eigentlichen Religionsunterricht der Schule aber hält er für einen Eingriff in die konfessionelle oder antikonfessionelle Gewissensfreiheit. Deshalb verwirft er auch den heutigen Zustand der Simultanschule; nur die Forderung der weltlichen und konfessionslosen Schule vertrage sich mit allseitiger Gewissensfreiheit.

Aber — und nun macht er einen klaren Strich durch alles vorher Gesagte — diese weltliche und konfessionslose Schule darf keine „Zwangsschule“ sein. „Wir würden nichts dagegen haben“, erklärt Venzig großmütig, „daß jede konfessionelle Minderheit ihre eigenen Schulen errichtet, selbst wenn die Gefahr wäre, daß dadurch eine gewisse Fanatisierung des Kampfes zugeführt werde, selbst, daß eine gewisse Akerikalisierung des Volkes in die Wege geleitet würde.“

Was es mit der „gewissen Akerikalisierung des Volkes“ vermittels der Schule auf sich hat, das lehren Belgien, Frankreich,

Spanien zur Genüge. Wer sich einbildet, ein einmal entwickeltes und eingetretenes Kirchenregiment lasse sich so leicht wieder beseligen, oder seine Folgen für das geistige Leben eines Volkes seien mit einigen Einern Aufklärungswasser wieder wegwuscheln, der gibt sich einer argen Illusion hin. Die weltliche und konfessionslose Staatsschule würde dort, wo noch starkes konfessionelles Leben ist, überhaupt nicht aufkommen können, sobald die Kirchen von ihrem Recht auf Errichtung von Konfessionsschulen Gebrauch machten. Und das würden sie tun, allen voran die katholische Kirche mit ihren Schulordnen und sonstigen Hilfsmitteln. Selbst in weniger kirchlichen Gegenden würden der auf den Jünger gelegten konfessionslosen Staatsschule zahlreiche Kinder entzogen werden. Für die technische Entwicklung des gesamten Volksschulwesens würde das ein schweres Hemmnis bedeuten.

Der heutige Staat ist kein weltlicher Kulturstaat, man kann ihm also das Schulmonopol nicht übertragen, meint Venzig. Freilich ist der heutige Staat kein Idealstaat und das Schulmonopol ist in seinen Händen schlimmer Mißbrauch ausgeübt. Aber trotzdem und trotz alledem ist das staatliche Schulmonopol das weitaus kleinere Übel im Vergleich zu dem System des geistlichen Privatschulwesens, das mit dem Venzigischen Vorschlag sofort übergangslos in Kraut und Schiefen würde. Lieber soll der heutige Staat die Schule haben als die heutige Kirche. Selbstverständliche Voraussetzung dabei ist, daß man die Umwandlung des heutigen Staates in einen wirklichen Kulturstaat als dringende, alle Einzelreformen bedingende Kardinalforderung ohne Rest betreibt.

Die wenigen Elemente im liberalen Lager, die noch eheulich für den Schulschritt eintreten, sollten endlich einsehen, daß die Natur des Merkantilismus und die ganze politische Situation unbedingt ein festes Programm im Sinne reinlichster Trennung von Konfession und Schule verlangt. Schriften, wie die zitierten, wirken trotz der guten Absicht der Verfasser und mancher trefflicher Einzelausführungen doch nur verzerrend. Sie schwächen die Aktionskraft gegenüber dem jähren, zielbewußten Vorgehen der Reaktionen. Es ist gut, daß die Sozialdemokratie auf dem Plan steht. Sie wird auch den Kampf um die Schule mit entschlossener Klarheit und Kraft führen. Ihr geistiger Einfluß auf Millionen von Eltern ist schon jetzt das wirksamste Gegenmittel gegen die verblödhenden Wirkungen eines von reaktionären Tendenzen erfüllten Schulunterrichts. Die wachsende Kulturmacht der Sozialdemokratie wird auch in diesen großen Kulturkampf den endgültigen Sieg davontragen.

E. D.

Verfammlungen.

Eine Versammlung des Maschinenpersonals, Fahrstuhlführer und Beleuchter des Hauses A. Jandorf tagte am 13. d. M. in der Alten Jakobstraße bei Ladewig. Durch Verlesung eines Lohnzettel forderten die Maschinenisten und Heizer einen Lohn von 28—33 M. pro Woche, die Beleuchter und Fahrstuhlführer 25—28 M. bei einer Arbeitszeit von 10 Stunden; Ueberstunden sollen die ersten zwei Stunden mit 25 Proz., die weiteren mit 50 Proz. nebst Sonntagsarbeit vergütet werden; die Zulage hat von 1/4 zu 1/2 Jahr ohne Abnahme mit 1 M. bis zum Höchstlohn stattzufinden. Als Antwort überreichte der Vertreter des Hauses, Herr Hinski, einen Tarif, welcher die Löhne statt aufzubessern herabsetzt. Derselbe Herr berief nun die bisher bestehende Siebenemissionskommission ohne Beisein des Vertreters des Zentralverbandes der Maschinenisten und Heizer, trotzdem eine Verhandlung mit demselben schon stattgefunden hatte. Herr Hinski verfuhr die Kommission für seinen Tarif günstig zu stimmen und bemerkte unter anderem, daß die Maschinenisten und Heizer lange nicht so intelligent seien wie die Diener, erstere seien doch nur Schmierer. Der Gauleiter, Kollege Schwittan, wurde bevollmächtigt, mit Herrn Hinski zu verhandeln. Außerdem gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heute Alte Jakobstraße bei Ladewig tagende Versammlung des Maschinenpersonals der Firma A. Jandorf verurteilt sich ganz energisch gegen die Ausführungen des Herrn Hinski, in denen er die Maschinenisten und Heizer als Schmierer bezeichnet; dieselben verlangen eine Aufbesserung der Löhne, nicht eine Herabsetzung derselben und bitten den seitens der Arbeiterschaft eingereichten Lohnzettel zu bewilligen.“

Die Frage des Anschlusses an einen größeren Verband diskutierte am Montag eine Mitgliederversammlung der Berliner Filiale des Vergolderverbandes. Wie der Verbandsvorsitzende Späthe bemerkte, wird diese Frage in den auswärtigen Filialen seit längerer Zeit besprochen und die Zweckmäßigkeit des Anschlusses an einen größeren Industrieverband anerkannt. Es sei nun an der Zeit, daß sich auch die Berliner Mitgliedschaft zu dieser Angelegenheit äußere. — Es trug die vom Holzarbeiterverband hielt das einleitende Referat. Er legte dar, welche Vorteile eine große Organisation gegenüber einer kleineren bietet, und betonte, daß ein Anschluß des Vergolderverbandes nur dann empfohlen werden könne, wenn sich die überwiegende Mehrheit dafür entscheide. — Aus der sehr eingehenden Diskussion ging hervor, daß nur der Holzarbeiterverband als diejenige Organisation in Frage komme, der sich der Vergolderverband eventuell anschließen würde. Ueber die Frage, ob und wann der Anschluß ratsam sei, waren die Meinungen geteilt. Zunächst sprachen einige Redner für den Anschluß, dann folgten andere, die zwar auch keine grundsätzliche Bedenken gegen den Anschluß hatten, aber Erwägungen darüber anstellten, ob sich die Vergolder durch den Anschluß hinsichtlich des Unterstützungswezens, der Bewegungsfreiheit bei Lohnkämpfen usw. ungünstiger stellen würden. — Der Referent zeigte an den Einrichtungen des Holzarbeiterverbandes, daß diese Bedenken grundlos seien. — Eine Abstimmung über die Anschlußfrage erfolgte nicht, die Angelegenheit soll in nächster Zeit noch weiter diskutiert werden.

Genosse Fues erucht uns um folgende Erklärung.

Die Redaktion des „Vorwärts“ berichtet die von mir der Generalversammlung des sechsten Wahlkreises unterbreitete Resolution zum Thema „Weltanschauung und Taktik des Proletariats“ mit der glorifizierenden Bemerkung, daß „die Resolution Fues von der Lokalorganisierten Seite zur Annahme empfohlen wurde“.

Um zu verhüten, daß die Parteigenossen durch diese mindestens sehr überflüssige Bemerkung der Redaktion irreführt und von ihrer Annahme abgehalten werden, erkläre ich hiermit:

1. daß ich selbst Zentralist, nicht also etwa Lokalist bin, daß mich bei Abfassung der Resolution auch weder lokalistische noch zentralistische Erwägungen geleitet haben, sondern einzig die Erkenntnis als Sozialdemokrat, daß es dringende Notwendigkeit ist, die Arbeiterbewegung Deutschlands mehr als bisher von revolutionären Gesichtspunkten aus zu leiten und zu beeinflussen;

2. daß der „Lokalist“, Parteigenosse Fischer, in der Versammlung am Dienstag die von mir eingebrachte Resolution zur Annahme empfohlen hat, stempelt dieselbe noch lange nicht zu einer lokalistischen, wie es nach der in Rede stehenden Bemerkung der Redaktion scheinen muß, vielmehr ist dies dem Umstande zuzuschreiben, daß an jenem Abend außer den Angehörigen des „Vorwärts“ nur mehrere „Lokalisten“, aber noch kein „Zentralist“ zu Worte gekommen ist.

Wie dem gleichen Rechte könnte ich sonst die vom Wahlvereinsvorstand eingebrachte Resolution als die „Resolution des Vorwärts“ bezeichnen, weil sie nur von Genossen empfohlen wird, die zum „Vorwärts“ in näherer Beziehung stehen!

Gustav Fues.

Wenn etwas überflüssig ist, ist es obige „Erklärung“ des Genossen Fues. Der Abdruck seiner Resolution erfolgte in der Tat lediglich, weil sie von den lokalorganisierten Diskussionsrednern empfohlen war und deshalb bei der Abstimmung mit in Frage kam. Ohne diese Empfehlung von lokalorganisierten Seite hätten wir den Abdruck der Resolution als interesselos unterlassen. Der Hinweis auf diese Empfehlung war nicht überflüssig, sondern notwendig, um den Abdruck der Resolution zu erklären; ohne diesen Hinweis hätten wir alle eingebrachten Resolutionen abdrucken müssen, was und selbst Genosse Fues wohl nicht zumuten dürfte.

E. D.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania Taubenstr. 45/49
8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtsonne.

Theater.

Mittwoch, 20. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Das Fest auf Solhaug.
Schauspielhaus. Ein kritischer Tag.
Neues. Ein Sommernachtsstraum.
Wespen. Undine.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Nora.

Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater). Ein Wintermärchen.

Leistung. Die Erziehung zur Ehe. — Die sittliche Forderung.

Neutral. Die Geisha.

Kleines. Die Raune des Verliebten.
Der zerbrochene Krug.

Reisende. Die Höhle des Löwen.
Trianon. Das Ende der Liebe.

Dalia. Bis früh um fünf!
Carl Weiß. Der Weltumsegler
wider Willen.

Selle-Alliance. Den Mi Sen.
Lilien. Der jüngste Leutnant.

Deutsch-Amerikanisches. Wer,
Derr Herzog!

Kaffee. Der Kellner.
Metropol. Auf — ins Metropol!

Nyssa. Ein Abend in einem ameri-
kanischen Tengel-Tempel. — Am
Hochzeitsabend. — Spezialitäten.

Gerrnsfeld. Die Reherhains.
Wintergarten. Lote Jucker. Spe-
zialitäten.

Holles Caprice. Soll und Haben.
Nach dem Zapfenstreich.

Vollage. Goldi Augustin. Herr
Tocoma. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 45/49.

Im Lande der Mitternachtsonne.
Invalidenstraße 57/62. Stern-
warte. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Anfang 8 1/2 Uhr:
Lustspielhaus. Der Familien-
tag.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Sin Sommernachtsstraum.
Donnerstag u. folgende Tage:

Ein Sommernachtsstraum.

Kleines Theater.
Heute abend 8 Uhr:

Der zerbrochene Krug.
Vorher:

Die Raune des Verliebten.
Donnerstag: Der zerbrochene Krug.
Vorher: Die Raune des Verliebten.

Freitag: Nachtschl.
Sonabend: Der zerbrochene Krug.
Vorher: Die Raune des Verliebten.

Kasino-Theater
Zottingerstr. 37. Täglich 8 Uhr.

Der Adelsnarr.
Vorher: Die Zauberorgel
von Offenbach.

Original Rämber Compagnie
am 1. Male in Berlin Duo Jordan.
Sonnt. 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:

Der jüngste Leutnant.
Donnerstag: Lumpenengel.
Freitag: Einmal: Geßpiel
u. Matzowsky: Wilhelm Tell.

Sonabend: Kinder der Erziehung.
Sonntag nachm.: Piesco. Abends:
Lumpenengel.

Montag: Der jüngste Leutnant.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:

Das Ende der Liebe.
Satirisches Lustspiel in vier Akten
von Roberto Bracco.
Deutsch von Otto Wenschütz.
Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.
Täglich:

10 Uhr: Ein Abend in einem
amerik. Tengel-Tempel

Vorh.: Hochzeitsabend, Spezialitäten.
Sonntag, den 1. Oktober etc.: Erste
Nachmittags-Vorstellung mit amerik.
Tengel-Tempel u. Lustspiel Brigolatis
zu bedeutend ermäßigten Preisen!
Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Ott. Baumstr. 16.

Wohltäter der Menschheit.
Schauspiel in 3 Akten von F. Schiller.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Donnerstag: Extra-Vorstellung.
Am 1. Male: Lumpenmüllers
Pieschen. Nach dem Gartenlaaben-
roman bearbeitet.

Fröhels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee Nr. 148.
Heute Sonder-Abend.
10 neue Attraktionen.

Durch Klippen und Wälder.
Vollständ. mit Gesang von Richter.
Nach der Vorlesung: Extra-Tanz-
Ergebn. 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sämtl. Opern- und Vorträge gütlich

Berantw. Redakteur: Heinrich
Wehler, Groß-Lichterfelde. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Nora. (Ein Puppenheim.)
Schauspiel in 3 Akten v. Henrik Ibsen.
Deutsch von Wilhelm Lange.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Freitag, abends 8 Uhr:
Nora.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.
Schauspiel in fünf Aufzügen von
William Shakespeare.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.

XI. Berliner Saison.
Zirkus Buseh.
Die Helden vom Yalu u. Port Arthur
in ihren militärischen Exerziten.
Japanische Infanterie.
Ausgesuchte Repräsentanten der
Armee des Mikado.
Vier Soeurs Athletas.
Der Zwergclown Francois mit
dem Zwergpferd. Quadrille
excentrique, geritten auf 12
Schulpferden von 6 Damen u.
6 Herren.
Springpferde-Konkurrenz
zwischen den 3 Springpferden
1. „Spa“, Halbblut, Siegerin
im Concours hippique im
Hochspringen im Jahre 1903
in Spa. Reiter Herr Behnke.
2. „Frenn“, Hochsprung bis
3 Meter. Reiter Mons. Le
Danteo. 3. „Chips“, Vollblut,
Weitspringen bis über sechs
Pferde. Reiterin Fräulein
Spanpani. Die vorzüg-
lichsten Clowns und die Gala-
Programmnummern.

Zirkus
Albert Schumann
Heute Mittwoch, abends präz. 7 1/2 Uhr:
Grande Soire equestre.
Illustriertes Programm, u. a.: Noch nie da-
gewesen! Phänomenal!
Vor- und Rückwärts-Saltomortale
mit dem Zweirad, ausgeführt von
John & Louis Koller.
Sensation! Sensation!
Einen halben
Saltomortale schlagendes Pferd.
40 Russen 40 mit ihren ausge-
zeigten Leistungen.
Sensationelle Revue!
Ringkampf in der Luft,
angeführt von reizenden
12 Amerikanerinnen 12
Engländerinnen 12
Feiter die großartigen neuen Spe-
zialitäten, neuen Clowns und Direktor
Hilb. Schumanns neueste Monster-
Treffuren.

Belle-Alliance-
Theater. 37 1/2
• Variété •
Spiel-Plan
Spezialitäten
vornehmsten Genres.
Kunstkräfte von Weltruf.
Premiere
Sonabend, d. 30. Sept.
abends 8 Uhr.
16 sensationelle Dehuts.
Volkstümliche Preise.

Colosseum
Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 97
an der Prinzenstraße.
Eröffnung:
Sonabend, 30. September.
Entree 50 Pf., Parkett 1,00 M.,
Loge 2,50 M. Anfang 8 Uhr.
Sonntags 2 Vorstellungen.
PROGRAMM:
Armany, Violin-Virtuosin.
Thiessen, mit seinem Wunder-
hund „Schlemihl“.
Ela de Planque, Humoristin.
Gobson, der elegante Kopfkäufer
Mr. Bob, Niggerensandanz.
Eivette & Fontaine, musik.
elektr. Akt.
LA PERLE, das Tanzpoem.
Der urkonische Bendix.
LITKE CARLESEN, die groteske
Berliner Eleganz.
Hugo Drosses Velograph, beste
leb. Photographien u. a.

Colosseum
(Konzertsaal).
Die berühmten
„Urvolker Schrammeln“
mit ihren Naturellsängern und die
ungarische Kapelle „Ejen“.
Entree 15 Pf.
Konzertdauer von 8—1 Uhr!
Sonntags 2 Konzerte.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2. Min. v. Ch. Börje.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das brillante September-Programm.
Les Millions
Rockpantomime
Fred Stem
Ueberzirkus
Per Rohrpost
u. a. m.
Schwank
Familienkassen sind in allen
Barbier-, Friseur- u. Zigarren-
geschäften sowie im Theater-
bureau unentgeltlich zu haben.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang:
8 Uhr
8 1/2 Uhr
7 1/2 Uhr

Abnormitäten-Theater
Berliner
Hänstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man,
der Mensch mit der Gummihaut.
Mne-Mao-Mni??
Entree 20 Pf.

WINTERGARTEN
Eröffnungs-Programm.
Loie Fuller
die berühmte Phantasie tänzerin.
Louise Blot Pariser Sängerin.
4 Luckens amerik. Gymnastiker.
Sisters Gasch Akrobatinnen.
Kapitän Woodward
dress. Seehund u. Seelöwen.
Bedini und Artur
amerikanische Exzentriks.
Die mysteriösen Russen.
Die Trombottas italien. Duett.
Paul Spadolli Kraft-Jongleur.
„In Japan“ Ballettdivertissement.
Tina Clementa
Pferd- und Hundedressur.
Der Biograph.

Gebrüder Herrnfeld-
Theater.
Große Juhel-Vorstellung.
Zum 150. Male:
Die Meyerhains.
Meyerhain Donat Herrnfeld
Psychochowl Anton Herrnfeld
und die sonstige
Premieren-Besetzung.
Vorher zum 151. Male:
Die Meyerhains.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-9 Uhr.
In Vorbereitung:
Der Familientag.
Eine Erbschaftskomödie von Anton
und Donat Herrnfeld.

Bernhard Rose-Theater
Gehuldenstr. 58.
Vorher: Freitag, 22. Septbr.:
Große Freitags-Abendments-
Eröffnungs-Vorstellung.
Familie Buchholz.
Vollständ. in 4 Akten v. Leon Trepton.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.
Abendments auf bestimmte Plätze
mit 20 Proz. Ermäßigung werden im
Theaterbureau ausgegeben.

Deutsch-Amerikan. Theater.
Köpenickerstraße 67/68.
Heb. Abnd 8 Uhr. Gollp. u. Ph. Philipp
Der erste Schläger
der Saison
Aber Herr Herzog.
Neben Sonntag nachmittags 3 Uhr.
halbe Preise:
Ueber'n großen Tisch.

Passage-Theater.
Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr.
nachm. Sonnt. 3. Wochen. 5 Uhr.
Poldi Augustin
die feiche Soubrette.
Herr Tacianu
Damen-Imitator.
Das glänzende
September-Programm.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.
Schwanz in 3 Akten v. R. Hennequin
und V. Hühnd.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Saine
Kammerzofe.

Carl Weiß-Theater.
Or. Frankfurterstr. 102.
Der Weltumsegler wider Willen.
Abenteuerliche Gasse mit Gesang und
Balllet in 6 Bildern von G. Roeder.
Anfang 8 Uhr.
Vorher und folgende Tage: Der
Weltumsegler wider Willen.
Sonabend: Kabala und Liebe.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a. Direkt.: W. Reimer.
Heute Mittwoch:
Galtz. Löwe-Ensemble.
Marie Stuart.
Trauerspiel in fünf Akten
von Schiller.
Sonntag Beginn 6 Uhr.
Bochenltag 8 Uhr.
Zeh. Dienstag u. Mittwoch:
Theater-Abend.
Sonnt. Mont. Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Säng. r.
Der große Festsaal ist noch einige
Sonabend zu vergeden.

OTTO PRITZKOWS
Berliner
Abnormitäten-Theater
Hänstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man,
der Mensch mit der Gummihaut.
Mne-Mao-Mni??
Entree 20 Pf.

ELYSIUM.
Kommandantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert. u.
Auftritt v. 36 erstklassigen
intern. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis
12 Uhr nachts.

Der beste Schutz
in Zeiten epidemischer Darmstörungen ist geregelte
Lebensweise unter genauer Beobachtung des Verdauungs-
traktes.

Dr. Michaelis' Eichel-Kakao
ein nahrhaftes Genussmittel, frei von den schädlichen
Einflüssen des Kaffees und Tees, ist ein jahrzehntelang
erprobtes und bewährtes Haus- und Kräftigungsmittel bei
Brechruhr, Diarrhoe und Verdauungsstörungen aller Art.

Von Professoren und Aerzten als tägliches
Getränk für jedermann warm empfohlen.

Borrätig in allen Apotheken und Drogegeschäften.
In 1/2 kg-Büchsen 2.50 Mark, 1/4 kg-Büchsen 1.30 Mark,
Probepäckchen 50 Pfennig. 4385L

Stepdecken
kauft man am preis-
wertesten nur direkt
in der Fabrik. 72 Jahre
Erfahrung, wo auch alle
Sofas aufgearbeitet werden.
H. Strohmayer, Berlin 14.
Musterkatalog gratis.



Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter-
Allee 85.
Ab 16. September
neues Programm.
Kolossaler Erfolg von
Eine Berliner Range.
Posse mit Gesang.
16 Spezialitäten-Nummern.

Zum Umzuge
offerierte einen großen Posten
neu eingetrossener
**la. Velours-
Teppiche.**

Sofagröße M. 10.50
Zimmergröße „ 22.50
Salongröße „ 37.50
Saalgröße „ 65.00
Ferner hochelegante
Portieren u. Dekorationen.

**Gardinen, Stores,
Steppdecken** in allen
Farben.
Tisch-, Diwan-, Schlaf-
und Reisedecken,
Läufer u. Möbelstoffe
kommen soweit der Vorrat
reicht zu enorm billigen
Preisen zum Verkauf.

Teppich-Engros-Haus
Hermann Bursch
Spandauerstr. 65-67,
I. u. II. Etage. Kein Laden.
Zwischen Kaiser Wilhelm- und
Bischofstraße. 30/12*

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.
Fregelbahn noch frei.

41753*
Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle, Mocquettes,
Plüsch, Reste! Satteltaschen.
Musterb. näher. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, 158.

Dr. Schönemann,
Spezial-Erzt für (41023*)
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten,
Seydelstr. 9, dicht am Spittelmarkt.
Bochentags 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2 S.

Englischen Unterricht
für Anfänger u. Fortgeschrittene erteilt
Gertrud Swienty, geb. Liebkecht
Sebanstr. 57, III. Schöneberg.

**Ausnahme-
Woche**
für 40221*
Gardinen und Stores
weiß, crème u. ockerfarben abgep. Fenster=2 Shawls
Echt engl. u. Brüssel- 950
Tüll m. Band eingef. 12 bis 2 M.
Prima Spachtel-Tüll 950
m. Batist-Auflage 18 bis 9 M.
Echt Erbstüll, reich m. 875
Bändchen, Handarb. 25 bis 8 M.

Relief-Tüll-Stores, neue 2 M.
Sezess-Muster 5 bis 2 M.
Echte Spachtel-Stores, 25
Applik. m. Spinnen 12 bis 3 M.
Point lace, Stella- und
Lacet-Stores a. Erbstüll,
Neuheit 18 bis 6 M.

Stepdecken.
Seidenart. Lasting 750
à 14, zwels. 12, 9 u. 4 Mk.
Wolltülls
à 10, 8, 6, 5 u. 4 Mk.
Purpur, echt rot. 250
à 5, 3, 25 u. 1 Mk.
Seiden-Atlas, 10 Mk.
alle Farb., 20, 15, 12 u.

Excelsior Cloth, 475
à 9, doppels. 8, 6, 50 u. 4 Mk.
Satin, gemustert, 4 Mk.
à 6, 5 u. 4 Mk.
Türkisch-Cretonne, 225
à 4, 50, 3 u. 2 Mk.
Damen-Decken 18 Mk.
à 30, 26 u. 18 Mk.

Vorjährige Muster und Restbestände jetzt fast
für die Hälfte des Preises.

Teppichhaus
B. Hurwitz
Rotes Schloß
vis-à-vis dem National-Denkmal.

40221*
Berlin Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW

Aus der Partei.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Berlin, 17. September 1905.

Geehrte Redaktion.

In der soeben erschienenen Nr. 88 der „Neue Welt“ ist in dem Artikel von B. Bloss „Sozialistengesetzliche Erinnerungen“ mein vor nun 7 Jahren verstorbenen Mann in einer Weise erwähnt, die ich nicht ohne Verächtlichkeit hingenommen lassen kann.

Da nun aber eine solche Verächtlichkeit in der „Neue Welt“ selbst erst am Wochen verspätet erscheinen könnte, so muß ich schon den „Vorwärts“ — als Zentralorgan — um Aufnahme ersuchen.

Herr Bloss schreibt:

Die Einladung zu diesem Kongress erschien in den Blättern, aber der Ort war nicht genannt. Sie war an die zeitweiligen und an frühere Abgeordneten geschickt worden mit der Aufforderung, sie zu unterzeichnen. Es sollte das zugleich eine Probe des Nutes und der Zuverlässigkeit der betreffenden Persönlichkeiten sein, denn nach dem Freiburger Urteil konnte man mit ziemlicher Sicherheit erwarten, daß den Teilnehmern am Kongress, soweit sie von der Polizei ermittelt würden, hinterher der Prozeß gemacht werden würde. Die Einladung war unterzeichnet von Auer, Bebel, Bloss, Ditz, Frohme, Geiser, Grillenberg, Harm, Hasenleber, Heine, Joest, Kaben, Kanfer, Liebnecht, Meißner, Müddiger, Sabot, Schumacher, Singer, Stolle. Die früheren Abgeordneten Geiser und Bierck verweigerten die Unterzeichnung der Einladung und wurden darum vom St. Gallener Parteitag für ungeeignet erklärt, Ehrenämter in der Partei zu übernehmen.

Hierauf bemerke ich folgendes:

Vor allem hätte m. E. Bloss, wenn er unparteiisch ein Stück Parteigeschichte schreiben wollte, nicht „vergessen“ dürfen, zu erwähnen, daß der gegen meinen Mann gerichtete Beschluß im Jahre 1892 auf dem Berliner Parteitag auf Antrag der Parteigenossen der Wahlkreise Breslau-Ost und Breslau-West wieder aufgehoben wurde.

Das hinzuzufügen hätte die einfachste Mühe gekostet. Als die betreffende Einladung an meinen Mann gelangte, war derselbe in den Breslauer Geheimbundprozeß als Angeklagter verwickelt und es war Brieftasche über ihn verhängt. Er lehnte seine Unterschrift unter der Motivierung ab, daß er es für taktisch unklug halte, den Parteitag im Ausland abzuhalten — man solle in Deutschland tagen.

Das war vielleicht eine nicht richtige Auffassung der damaligen politischen Situation, es aber als Mangel an Mut und Zuverlässigkeit darzustellen, steht Herr Bloss nicht an — ganz besonders aber einem Toten gegenüber, der nichts mehr entgegen kann.

Als der St. Gallener Beschluß gefaßt wurde, sah mein Mann im Gefängnis und konnte sich nicht verteidigen.

Wie ich schon oben sagte, wurde der Beschluß auf dem Berliner Parteitag 1892 wieder aufgehoben, und es wurden meinem Mann die Ehrenämter, die die Partei zu vergeben hat, wieder angetragen — wie Reichstags- und Stadtverordneten-Kandidaturen, sowie verschiedene Delegationen zu den Parteitagen.

Aber auch als der Beschluß noch bestand, stellte mein Mann seine rastlose Tätigkeit für die Partei nicht einen Tag lang ein. Er war 1887 Mitbegründer und Redakteur der „Schlesischen Nachrichten“, ständiger Mitarbeiter der „Elberfelder Freien Presse“, der „Frankfurter Tagespost“, der „Breslauer Volkswacht“ und — last not least — des „Vorwärts“. Außerdem besaß er während dieser Zeit unter dem Pseudonym Kurt Fall eine Reihe sehr wirkungsvoller Agitationsabrisse.

Mein Mann war bis zu seinem letzten Atemzuge überzeugter Sozialdemokrat und hat seiner Sache gedient wie nur einer — trotz Hunger, Elend und Verzweiflung.

Ich bin diese Erklärung dem Andenken meines Mannes schuldig — aber auch mir selbst und meinen vier erwachsenen Söhnen.

Berlin, Altonaerstr. 13.

Alice Geiser

geb. Liebnecht

Alice Geiser

NB. Die gesamte Parteipresse, welche die „Neue Welt“ als Beilage gibt, erlaube ich um unverkürzten Abdruck dieser meiner Erklärung.

Die Resolution Labriola. Aus Mitteilungen des Genossen Kaunitz ersehen wir, daß wir ihm Unrecht getan haben, als wir behaupteten, daß er aus der Resolution Labriola den entscheidenden Satz ausgelassen habe. Der Wortlaut des Antrags, wie er dem Genossen Kaunitz vorlag, weicht an dieser Stelle ab von dem Wortlaut, wie er seiner Zeit in dem Artikel unseres italienischen Korrespondenten mitgeteilt war. Bei uns hieß es:

„daß die Herbeiführung der Reformen den bürgerlichen Regierungen zu überlassen ist, ohne parlamentarische Mitwirkung und ohne Kompromisse von Seiten des Proletariats.“

Dagegen lag Kaunitz der Wortlaut vor, wie er in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht war, da hatte die entscheidende Stelle folgende Form:

„daß die Durchführung von Reformen der bürgerlichen Regierung zu überlassen sei ohne irgend welche Mitarbeit oder irgend welche Zugeständnisse des Proletariats.“

In diesem Falle trifft also, angesichts der beiden Lesarten, Kaunitz ebenso wenig Schuld wie uns.

Einen poetischen Gruß „An den Parteitag“ veröffentlicht in seiner soeben erschienenen 500. Nummer der „Wahre Jakob“ und läßt dem Gedicht noch eine humoristische Blauderei über den Ort des diesjährigen Parteitags „Jena“ folgen. Das Gedicht, Nummer 500“ würdigt sodann die Tatsache, daß nun bereits „ein halbes Tausend der roten Nummern“ in die Welt hinausgegangen sind, um in ihrer Art an dem großen Werke der Vorbereitung einer neuen Zeit mitzuwirken. Unter der Rubrik „Aus der Freiheitsbewegung in Rußland“ bietet die Nummer ein gut gelungenes Bild unseres soeben von Schergen des Jaren unter Verhöhnung aller gegebenen Rechtsgarantien hingerichteten Genossen Martin Kadzrat, sowie die Bilder der im Kampf gegen den Partismus gleichfalls heldenhaft hervorgetretenen Finnländer Eugen Schaumann und Lennart Hohenfahl. An die Porträts schließen sich kurze biographische Würdigungen der drei Persönlichkeiten an.

Aus dem weiteren Inhalt der Nummer sind zu erwähnen die farbigen Bilder „Schweineholz“, „Die Sandorte oder mehr Sand als Lortie“ und die Illustrationen „Rentier Knädelmeiers Trost in der Reichsnot“, „Vom Sozialistenlag“, „Ein Gemütsmenschen“, „Der militärische Geist des Soldaten“, „Reformier des Jaren“, „Ein praktischer Sozialist“ und „Rückkehr aus der Wandschüre“. Der letzte Teil bringt noch die Gedichte „Das nationale Schwäne“, „Ein Friebeil“, „Im Walschwald“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen die Novelle „Im Alkum“ von Hans Dhan und das satirische Feuilleton „Der Satan und das Kohlenyndikat“. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Die Sozialdemokratie und Gaultschs Attentat.

Die Wiener Arbeiterzeitung“ berichtet unterm 16. September: Die Gesamtsynode der Sozialdemokratie Oesterreichs hat heute eine Sitzung gehalten, in der Vertreter sämtlicher nationalen Parteiververtretungen anwesend waren. Die Beratung galt der Stellungnahme der Partei gegenüber dem Anschlag Gaultschs auf die Wahlreform. Um die der Schwere des Angriffes entsprechenden Mittel der Abwehr festzustellen, hat die Gesamtsynode beschlossen, für Freitag nach Wien eine Reichskonferenz sämtlicher nationalen

Parteivertretungen, verstärkt durch die Mitglieder des parlamentarischen Verbandes und die Vertreter der Landesparteivertretungen, einzuberufen. Die Tagesordnung dieser Beratung hat den einzigen Punkt: Das Attentat Gaultschs auf die Wahlreform.

Dolizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Verleumdung eines Webemeisters wurde der Redakteur des Hannoverschen „Volkswillens“, Genosse Leinert, zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Es handelte sich um kritische Bemerkungen über das Verhalten des Webemeisters gegenüber Arbeitern.

Aus Industrie und Handel.

Die Verstaatlichung der „Gibernia“ wird, wie der „Berl. Börsen-Courier“ — wahrscheinlich aus dem Kreise der beteiligten Finanz-Institute — erfährt, bereits in den nächsten Tagen vollzogen werden. „Der Fiskus hat“, schreibt das Blatt, sich entschlossen, die ihm feierlich angebotene Beteiligung an der zur Verwertung der rheinisch-westfälischen Grubensieder der Internationalen Bodgrubengesellschaft gebildeten neuen Gesellschaft anzunehmen und gleichzeitig dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat beizutreten. Es darf vermutet werden, daß damit gleichzeitig auch eine Einigung bezüglich der jetzt im Besitz der Herne G. m. b. H. befindlichen Aktien der Vergewerks-Gesellschaft Gibernia erzielt werden wird, doch ist zu bemerken, daß über den Verkauf dieser Aktien an den Staat nicht das Kohlenyndikat allein zu verfügen hat, da der Herne-Gesellschaft auch eine Anzahl großer Banken und Bankhäuser angehört, die ihre Zustimmung zum Verkauf der Aktien geben müssen. Vermutlich würde diese Zustimmung aber dann erfolgen, wenn die Regierung den Verstaatlichungspreis für die Aktien erhöht, da es nicht angängig erscheint, daß die Interessenten jetzt in Verkaufsbedingungen einwilligen, die sie vor Jahresfrist als unzulänglich erklärt haben, nachdem der Wert des Objekts inzwischen keine Verminderung, sondern sicherlich noch eine weitere Steigerung erfahren hat.“

Wenn sich die Verstaatlichung unter solchen Bedingungen vollzieht, bedeutet sie nichts als eine verhängte Niederlage der Regierung.

Die Vermögensverwaltungsstelle für Offiziere und Beamte, über deren mangelhafte Lage wir wiederholt berichteten, hielt gestern mittag ihre Generalversammlung ab, die einen recht stürmischen Verlauf nahm.

Anfänglich herrschte eine ziemlich gedrückte Stimmung und man munkelte von einer geplanten Konkursanmeldung, ohne sich dabei zu verhehlen, daß dann wohl auch die Staatsanwaltschaft an der „Prüfung der Forderungen“ teilnehmen werde. Der vom Registrator mit dem Vorsitz betraute Gerichtsassessor Dr. Seibt eröffnete die Versammlung um 12 Uhr 20 Min. mittags. Er teilte mit, daß die Aufsichtsratsmitglieder Graf Hermerberg sowie die Generalmajore v. Tolmar und Gaczinski ihre Ämter niedergelegt hätten, so daß nur noch ein Aufsichtsratsmitglied vorhanden sei, das aber im Auslande (in London) weise.

Geh. Hofrat Dr. H. hat erstattet Bericht über sein die Vermögenslage beleuchtendes Gutachten, wobei er betont, daß mit Rücksicht auf die Verkleinerung der Ungelegenheit eine genaue Zwischenbilanz für die Zeit vom 1. Januar bis 1. September d. J. nicht aufgestellt werden konnte. So weise der Sanierungsplan allerdings eine Lücke auf, indes könne er die beruhigende Erklärung abgeben, daß die von den Kunden aufgegebenen Effektendepots in Ordnung seien und daß die Gläubiger der Gesellschaft keinerlei Verluste erleiden würden, vorausgesetzt, daß man diejenigen Werte als maßgebend betrachte, die sich bei ruhiger Abwicklung der Geschäfte ergeben würden. Ferner ist dafür, daß eine Revisionskommission eingesetzt werde, die im Laufe der nächsten 2-3 Wochen die neue Bilanz werde prüfen können; er selbst könne sich an den weiteren Arbeiten dieser Kommission, wie auch des Aufsichtsrats leider nicht beteiligen.

Darauf ergreifen die Kommanditisten das Wort, welche zu den Arbeiten der Hechtischen Kommission hinzugezogen werden sollten. Sie erklären übereinstimmend, daß sie sich an den Arbeiten wenig oder gar nicht beteiligt haben; Rechtsanwalt Dr. W. H. m. a. n. n. und Assessor Dr. Seibt konstatierten, daß sie zu der Revision überhaupt nicht hinzugezogen worden seien. Ersterer beantragt, dem Geheimrat Hecht wegen dieser „Nachführung“ ein Tadelvotum auszusprechen (der Antrag wird später zurückgezogen). Ein Kommanditist erklärt: es sei zweifellos, daß Geld verloren worden sei; indes möge man die Hechtische Bilanz in einigen Punkten berichtigt, einfach genehmigen und die-jenigen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, welche Fehler gemacht hätten, zur Verantwortung ziehen. Dem schließen sich andere Redner an. Geheimrat Hecht wendet sich in heftigster Weise gegen den Rechtsanwalt Dr. W. H. m. a. n. n., sowohl gegen dessen Agitation, wie gegen dessen Person; er wirft ihm Sachkenntnis, Mangel an Discretion u. v. a. vor und erklärt, daß W. H. m. a. n. n. nicht bis an die Säulen reichen“ (Rufe: Zur Sache!) Die Frage, ob sich ein Aufsichtsratsmitglied unter den Schuldner der Gesellschaft befinde, wird bejaht und angedeutet, daß es sich dabei um ein abwesendes Mitglied handele. Geheimrat Hecht gibt dann nähere Aufklärungen über die Differenzen zwischen der früheren und der vor ihm aufgestellten Bilanz (Provisions- und Wechsel-Konto, Gratifikationen, Nittergut Schönwaldau usw.). Er warnt davor, schon jetzt über die Regreß-Ausprüche zu sprechen, dazu wäre noch „reichlich Zeit“ (Rufe: Verjährung!).

Nachdem man noch längere Zeit bei dem „Bericht über die statt-gehabte Revision“ und die durch denselben aufgedeckten Mängel debattiert hatte, ging man zu den nächsten Punkten der Tagesordnung: Beschlußfassung über die Bilanz für 1904. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats u. a., über. Die Opposition war indes bereits so stark angeschwollen, daß die Mehrheit (in der Erwägung, daß überhaupt keine richtige Bilanz vorliege) alle diese Punkte von der Tagesordnung absetzte. Ebenso erging es den folgenden Punkten: Statutenänderung u. a. Danach räumten die bisherigen Aufsichtsratsmitglieder mit ihren engeren Freunden das Feld. Punkt 7: „Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern, speziell eines Herrn, der im Auslande lebt“, war schnell abgewickelt. Die Versammlung beschloß einstimmig, den Direktor Claassen in London abzurufen. Die Frage, ob derselbe regreßpflichtig sei, wurde bejaht, da er noch nicht entlassen sei. Es folgten sodann die Reuwahlen, denen stundenlange Debatten darüber vorangestellt wurden, wie viele Aufsichtsratsmitglieder als Ersatzmänner für ausgeschiedene Herren und wie viele neu zu wählen wären; jedenfalls sollte man, so wurde von verschiedenen Seiten betont, bei der Wahl sehr vorsichtig sein und nicht Herren wählen, die außerhalb, fern von Berlin wohnen. Dann wieder entspann sich ein Streit über den Wahlmodus und über die Wahlperiode, welche für die zu Wählenden in Frage komme. Endlich kam eine Einigung dahin zustande, daß drei Neu- und (zunächst) zwei Ersatzwahlen stattfinden sollten; das Statut gestatter sieben Aufsichtsratsmitglieder. Die Wahlen erfolgten durch Stimmentafel. Einstimmig geteilt wurde der Vorsitzende Gerichtsassessor Dr. Gustav Seibt, Vizepräsident Dr. W. H. m. a. n. n. und der Rittmeister a. D. Dr. Tenge.

Soziales.

Kaufmannsgericht.

Faßch belehrt war eine junge Frau, die im Jahre 1902 bei der Firma Woddy als Verkäuferin tätig war und damals mit nur ein-tägiger Kündigung entlassen wurde. Auf Anraten guter Freunde

klagte sie jetzt erst wegen der damaligen Entlassung auf 164 M. Schadenersatz. Der Beklagte beantragte Abweisung der Klage wegen Verjährung, da bereits mehr als zwei Jahre seit jenem Vorgang verfloßen waren. Obwohl der Vorsitzende aus denselben Gründen die Klägerin zur Zurücknahme der Klage zu bewegen suchte, damit sie sich die Kosten erspare, wollte sich die junge Frau doch nicht dazu verstehen. Sie bezog sich immer wieder auf den falschen Rat ihrer Freunde, daß jetzt nach Einführung des Kaufmannsgerichts die Klage Erfolg haben müsse. Das Urteil lautete daher auf kosten-pflichtige Abweisung wegen Verjährung des Klageanspruches.

Geistesabwägung für Zeugnisverweigerung. Wegen die Firma Ned klagte ein entlassener Reisender auf Ausstellung eines ordnungsmäßigen Zeugnisses und beantragte gleichzeitig, falls dies verweigert würde, die Firma zur Zahlung einer Entschädigung von 200 M. an ihn, den Kläger, zu verurteilen. Der Beklagte bestritt die Zulässigkeit des Entschädigungsantrags. Das Gericht erkannte denselben jedoch als gesetzlich zulässig an und verurteilte die Firma zur Zahlung der beantragten 200 M., falls der Kläger innerhalb acht Tagen nicht im Besitze des verlangten Zeugnisses sein sollte.

Bedeutliche Zustände schienen nach Ansicht des Vorsitzenden die Engagementsbedingungen von Provisionsreisenden bei der Firma Goldschmidt u. Co., Berliner Porträt-Atelier, in sich zu schließen. Wie die Vertreterin der Firma bei der Verhandlung der Schadenersatzklage eines solchen „Bildereisenden“ angab, bekommen diese Reisenden keinerlei Gehalt, sondern nur Provision und zwar pro Bild 1 M. Der Bildereisende — es handelt sich um Porträtzeichnungen nach Photographien in Ver-größerung — sei allerdings nur Nebenache; die Hauptsache bei dem Geschäft sei der Verkauf von Rahmen für die Bilder. Je wert-voller der Rahmen, desto höher die Provision. Um die Reisenden nun zu möglichst reger Tätigkeit zu veranlassen, bekommen diese keine Vorschüsse oder Gehälter, sondern nur Reisegeld bis zum Bestimmungsorte und sollen dann für höchstens drei Tage je 3 M. Speise erhalten. Diese Maximen will die Firma eingeführt haben, weil sie von vielen der etwa 50 von ihr bisher schon gebotenen Reisenden infolge ihres über gebauen worden sei, als diese bei Aushändigung eines Vorschubbetrages sich einfach andere Beschäftigung suchten und das wenig lukrative „Bildereisen“ auf-gaben. Der Vertreter des Klägers führte nun an, daß die Reisenden in den verschiedenen Orten wegen Mangel an Geld und Ge-stellungen geradezu Hungerpoten haben saugen müßten. Nicht ein-mal die versprochenen 3 M. für die ersten drei Tage, die obendrein auch nur noch in Tagesraten durch einen sogenannten Oberreisenden gezahlt werden sollten, seien zur Auszahlung gelangt. Bei diesen eigenartigen, wenig verlockenden Engagements- und Tätigkeitsbedingungen rief der Vorsitzende dringend zum Vergleich, der denn auch zustande kam, indem die Beklagte dem Kläger 30 M. zahlte.

Kapitalistische Sänglingsfürsorge.

Das Polizeipräsidium in Hannover hat jüngst folgendes Schreiben verfaßt:

An die Haltefrauen und Aufsichtsdamen der gegen Bezahlung untergebrachten Kost- und Pflegekinder.

Es ist bei dem Polizeipräsidium von einem Arzte, der sich frei-willig dazu bereit erklärte, Kost- und Pflegekinder in Kostfällen unentgeltliche Hilfe zu leisten, darüber gellagt worden, daß er von einigen Haltefrauen bei jeder geringfügigen Er-krankung der Kinder gerufen würde, auch sei er öfters nachts gerufen worden, obgleich die Krankheit gestillt habe, mit seiner Konsultation bis zum nächsten Morgen zu warten. Die Klage muß als berechtigt anerkannt werden (!). Es wird daher folgendes be-stimmt: Der Arzt ist in Zukunft nur dann in Anspruch zu nehmen: 1. wenn Mütter oder die Eltern des Kindes vollkommen mittellos sind; 2. wenn das Kind plötzlich von einer lebensgefährlichen Er-krankung befallen wird oder einen schweren Unfall erlitten; nur unter diesen beiden Voraussetzungen ist der Arzt in Anspruch zu nehmen; in zweifelhaften Fällen ist vorher auf dem Revierbureau Rat zu holen. Es wird bemerkt, daß die Herren Ärzte die Hilfe-leistung unentgeltlich machen, es hat sich daher die Inanspruchnahme durch die Haltefrauen in bescheidenen Grenzen zu halten.

Königliches Polizeipräsidium, Abteilung V.

Der Anordnung, daß die Inanspruchnahme des Arztes „in be-scheidenen Grenzen“ bleiben soll, reißt sich würdig die Antwort an, auf dem Revierbureau Rat zu holen, wenn die Pflegeeltern nicht weiß, ob das Kind „lebensgefährlich“ erkrankt ist. Der Schup-mann als ärztlicher Ratgeber der Mutter gegenüber, das geht wahrhaftig noch über den Kunstschuttmann. Jeder einsichtige Arzt wird es schon als ungeschicklich bezeichnen, daß die Pflege-mutter angewiesen wird, den Arzt nur dann zu rufen, wenn ein Kind plötzlich lebensgefährlich erkrankt. Das müdet der Frau die Entscheidung darüber zu, ob eine lebensgefährliche Erkrankung besteht oder nicht. Das heißt unter Umständen ein Kinderleben auf Spiel setzen. Aber nun erst gar der gute Rat der Polizisten! Die Frau sieht das Kind wenigstens dauernd und beobachtet es, sie hat auch einige praktische Erfahrung in der Beurteilung des Zustandes der Kinder; aber der Schuttmann auf dem Revierbureau! Und scheint, daß kein Schuttmann dem Revierbureau auf den klugen Gedanken gekommen wäre, der in dieser Verordnung steckt.

Am Ende ist die Frage zu erheben, warum denn die Stadt nicht eine Anzahl Ärzte bezahlt, die in solchen Fällen in Anspruch genommen werden können?

Milchbeschaffung durch die Gemeinde.

Der Stadtrat von Karlsruhe plant die Übernahme des Milch-verkaufs in städtische Regie. Der Verband der landwirtschaftlichen Konsumvereine in Baden hat darauf folgendes Schreiben an die genannte Körperschaft gerichtet:

Zwei Zeitungsnotizen sollen seitens des Stadtrats Erhebungen veranlassen werden, ob der Milchverkauf zweckmäßiger von der Stadt übernommen werden könnte. Im Interesse der ländlichen Bevölkerung würden wir es freudig begrüßen, wenn der Stadtrat Karlsruhe auf diesem wichtigen sozialen Gebiete bahndrohend vorgehen würde. Die Milchkonsumenten würden dadurch vor allzu großer Verteuerung geschützt, hauptsächlich aber eine gesundheitlich einwandfreie Milch bekommen, was besonders beim Verkauf durch die vielen kleinen Milchhändler in der Stadt viel zu wünschen übrig läßt dürfte.

Die Milchproduzenten in der Umgegend von Karlsruhe sind mit wenigen Ausnahmen nur kleine Landwirte, die zurzeit für einen Liter Milch 12, in neuester Zeit höchstens 15 Pf. erhalten. Die Milch in den verschiedenen Ortschaften wird meistens durch mehrere Kleinhandlär aufgefauft, die zum kleinen Teil nicht direkt an die Konsumenten, sondern zum großen Teil wieder an Händler in die Stadt abliefern.

Nach unserer Ansicht dürfte es zweckmäßig sein, wenn sich in den einzelnen Ortschaften Milchverwertungs-Genossenschaften bilden würden. So daß an jedem Ort nur eine Verkaufsstelle bestände. Diese Genossenschaften wären derart durch Kontrollmaßregeln und durch Kühlvorrichtungen einzurichten, daß die Milch in gesund-heitlicher Hinsicht nur von bester Qualität an die städtische Verkaufsstelle verbracht würde.

Bei Gründung von Milchverkaufsgenossenschaften in den einzelnen Ortschaften sind wir gerne bereit mitzuwirken.

Man kann das als Fortschritt nur begrüßen.

Die Handelsinspektorenfrage hat nunmehr auch dem sozial-politischen Ausschusse des Leipziger Kaufmannsgerichts vorgelegen. Das Resultat war eigenartig: er wurde ein negatives, da bei Stimmengleichheit der Gehältsvertreter für und der Prinzipals-

Vertreter gegen den Antrag des Münchener Schlichtergerichts, der Vorliegende Stadtrat Dr. Adernann sich der Stimme enthielt. Einmal sorgefährter zeigte sich das Leipziger Kaufmannsgericht in der Ladenschlussfrage. Der Ausschuss hat beschlossen, beim Bundesrat und dem Reichstage dahin vorstellig zu werden, daß der jetzt geltende Neummehlabenschluß in den gesetzlich festzulegenden Ladenschluss übergeführt werde.

Der internationale Arbeiter-Versicherungskongress ist am Montag in Wien eröffnet worden. Der erste derartige Kongress tagte im Jahre 1889 in Paris, das letzte Mal im Jahre 1902 wurde er in Düsseldorf abgehalten. Auf der Tagesordnung des Kongresses steht vor allem ein Referat über die Entwicklung der Arbeiterversicherung aller Länder seit dem ersten Kongress, also seit den letzten fünfzehn Jahren. Der Kongress ist von den Regierungen einer großen Anzahl von Staaten offiziell befehligt. Außer fast allen größeren europäischen Staaten ist auch Australien vertreten; auch die österreichische Sozialdemokratie hat eine Anzahl Vertreter entsandt.

Aus der Frauenbewegung.

Steglich. Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen von Steglich und Umgegend hält Donnerstag, den 21. d. M., bei Wahrensdorf, Schloßstr. 117, seine Mitgliederversammlung ab. Herr Dr. Pinski hält einen Vortrag über „Krebsleiden“. Demnächst folgt Diskussion und dritter Punkt der Tagesordnung ist: Verschiedenes. Recht zahlreicher Besuch, auch Gäste, erwartet. Der Vorstand.

Brix. Donnerstag, den 21. September, hält der Verein für Frauen und Mädchen seine Mitgliederversammlung im Lokal von Weniger, Werderstr. 27, ab. In derselben wird Frau Zelle einen Vortrag über das Thema: „Warum organisieren wir uns?“ halten. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Frauen und Männer als Gäste willkommen. Der Vorstand.

Ein weiblicher Verteidiger vor einem Berliner Gericht.

Der Gerichtsbericht meldet: Den überaus seltenen Anblick eines weiblichen Verteidigers genoss man bei einer Verhandlung vor der Verurteilungskammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsrats Koch. Es handelte sich um eine Anklage gegen einen Bauerngutbesitzer Böcke in Koenigsdorf, der fortgesetzt wegen des ihm streitig gemachten Rechtes zur Benutzung eines über fiskalischen Grund und Boden führenden Weges in Konflikt kommt und schon mehrmals freigesprochen worden ist, obwohl seit einiger Zeit eine Tafel mit der Aufschrift „Verbotener Weg“ daselbst prangt. Der Angeklagte pocht darauf, daß seine Familie schon zu den Zeiten Friedrichs des Großen diesen Weg benutzt habe und auch ein Recht zur Benutzung besitze. Als Verteidigerin dieses Rechts erschien die Schwägerin des Angeklagten, Frau Gutbesitzer Müdert, die auf Grund des § 188 der Strafprozessordnung durch Gerichtsbeschluß zugelassen worden war, weil sie am besten mit dem recht verwickelten Rechtsverhältnisse in Gemäßheit ihres Familienarchivs Bescheid wußte. Der weibliche Anwalt, der mit großem Aktenhok im Saale erschien, erkreuzte sich einer so zu vornehmenden Behandlung, daß ihn mancher zünftige Kollege darum beneiden konnte. Die Dame erledigte sich übrigens ihrer Aufgabe mit einer bewundernswürdigen Sachkunde und brachte dem Gerichtshofe die Ueberzeugung bei, daß ihrem Bruder mindestens der gute Glaube innegewohnt habe. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung.

Gewerkschaftliches.

Unternehmer und Vertragstreue.

Bei Beendigung des großen Brauereikonflikts in Rheinland-Westfalen wurde ein Vertrag zum Abschluß gebracht, der unter anderem auch die Wiedereinstellung der ausgesperrten Brauereiarbeiter im einzelnen regelte. Dieser Vertrag, speziell die Verabredung über die Einstellung der ausgesperrten, wird — wie sich jetzt herausstellt — von den Unternehmern geradz systematisch gebrochen. In der Einigungsverhandlung gab der Sekretär des sog. Vorkontschau-Verbandes Dr. Creutzbauer u. a. auch mündlich das Versprechen ab, daß zunächst nur verheiratete Brauereiarbeiter eingestellt werden sollten. In Wirklichkeit werden diese von der Einstellung geradezu systematisch ausgeschlossen. Auch das Versprechen über die Zahl der Wiedereinstellenden ist nicht erfüllt.

Sier erweist sich also wieder einmal das Unternehmertum, das durch seine Prekorgane so gern die Arbeiterschaft als nicht vertragsfähig hinzustellen sucht, als der Kontrahent, dem man nicht über den Weg trauen darf. Natürlich darf man sich nicht mit der einfachen Feststellung dieser Tatsache begnügen, es muß auch nicht, über sie moralisch zu heulmeiern, sondern man muß Sorge tragen, daß durch starke Gewerkschaften Exekutivorgane geschaffen werden, welche die widerborstigen Kapitalisten zur Vertragstreue zwingen!

Berlin und Umgegend.

In der Stralauer Glashütte herrscht eine allgemeine Unzufriedenheit. Der jetzige Direktor ist aus der Schule der „berühmten“ Siemens-Werke in Dresden hervorgegangen und man versucht, auch in Stralau die bekannten Verwaltungsmaximen dieses Werkes durchzuführen. In den Gasarbeiten, die früher ausschließlich von Männern verrichtet wurden, werden — um zu sparen — in immer steigendem Maße weibliche Arbeitskräfte herangezogen. Mißstände, wie schlechte Beleuchtung in der Fabrik und auf dem Hofe, werden durch Verdrängung auf die Zukunft aus der Welt geschafft. Am meisten Erregung aber verursacht in der Arbeiterschaft die Ankündigung einer Verlängerung der Arbeitszeit für den Winter um eine Viertelstunde. Die Direktion beruft sich dabei auf eine Vereinbarung aus früherer Zeit, in welcher die Arbeiter unter dem Zwange der Verhältnisse einer Verlängerung der Arbeitszeit für den Winter zustimmten. Inzwischen ist aber eine völlig andere Konjunktur eingetreten und es besteht noch eine andere Vereinbarung, wonach bei einem Steigen der Gaspreise die früher erfolgten Lohnabzüge rückgängig gemacht werden sollten. An diese, den Arbeitern günstige Vereinbarung erinnert sich die Direktion nicht. Unter diesen Umständen kann man die Zustimmung begreifen. — Da die Stralauer Glasarbeiter sehr gut organisiert und äußerst rührig sind, kann es zu einem schweren Kampf kommen, wenn nicht durch gütliches Entgegenkommen die Mißstimmung beseitigt wird.

Zur Lohnbewegung der Kohrer. Der Verein der Kohrer Berlins und Umgegend hielt am Sonntag eine außerordentliche Versammlung ab. Es galt die endgültige Beschlußfassung über den Entwurf eines neuen Lohntarifs herbeizuführen. Die Siebenerkommission im Verein mit dem Vorstand und noch einigen hinzugezogenen Kollegen hatten den Entwurf ausgearbeitet und unterbreiteten ihn der Versammlung, indem zugleich vorgeschlagen wurde, festzusetzen, daß die Antwort der Unternehmer bis drei Tage vor dem 1. Oktober eingelaufen sein muß. Nach lebhafter und eingehender Debatte über die Einzelheiten machte die Versammlung die Vorlage zu der ihrigen, abgesehen von kleinen Änderungen. Der Ausschuss hielt für die verschiedenen Arbeiten gegen den alten Tarif Preis-erhöhungen vor, die sich in der Hauptsache auf 2 Pf. pro Quadratmeter bezifferten. Von den folgenden Bestimmungen sind besonders hervorzuheben: Alle diejenigen Arbeiten, welche hier (bei den Afford- fachen) nicht angeführt sind, werden nur in Lohn ausgeführt, und zwar pro Stunde mit 85 Pf. bezahlt. (Bisheriger Minimallohn 70 Pf.) Die Preise, zu denen unter gewissen Voraussetzungen noch Zuschläge kommen, gelten nur innerhalb des Reichsbildes Berlin sowie in Rixdorf, Stralau, Rummelsburg, Lichtenberg (Dorf) und in dem an Berlin grenzenden Ortsteil von Pantow, in Charlotten-

Burg, Salensee, Westend, Wilmersdorf, Tempelhof, Friedenau und Schöneberg bis auf den sogenannten Friedenauer Ortsteil jenseits der Wanneseebahn. Alle Arbeiten in Orten, die nicht genannt sind und im Umkreise von 15 Kilometern von der Reichsbildergrenze Berlins liegen, sind mit einem Aufschlag von 2 Pf. pro Quadratmeter, und alle Arbeiten in Orten über diesen Umkreis hinaus sind mit einem Aufschlag von 4 Pf. pro Quadratmeter zu bezahlen. Arbeiten, welche 100 Quadratmeter nicht übersteigen, sind nur in Stundenlohn (85 Pf.) zu machen. Die Arbeitszeit (bisher 9 Stunden) beträgt a) vom 15. Februar bis zum 15. Dezember 8 Stunden täglich und b) vom 15. Dezember bis zum 15. Februar 7 Stunden täglich. An Sonnabenden soll stets eine Stunde, an den Tagen vor den drei hohen Festen zwei Stunden früher Feierabend sein. Die Arbeitgeber verpflichten sich, bei Einstellung von Kohrern die Arbeitskräfte vom Arbeitsnachweis der Kohrerorganisation zu entnehmen, soweit Kräfte dort zur Verfügung stehen. Es besteht Kündigungsausschluß. — Bei Abschluß eines Tarifvertrages auf Grund dieser Vorschläge soll die Vertragsdauer auf ein Jahr bemessen werden.

In die Lohnkommission wurden M. Voldt, G. Hilliges und D. Bernide gewählt.

Es wurde noch eine Resolution angenommen, worin die Gründe zur Einbringung des neuen Tarifentwurfs dargelegt werden. Es wird darin unter anderem gesagt, daß die Unklarheiten des Tarifes von 1903 zu vielen Streitigkeiten geführt hätten. Ferner wird den Arbeitgebern zum Vorwurf gemacht, daß sie als vertragschließende Partei es unterlassen hätten, gemäß dem Tarif eine Schlichtungskommission zu stellen. Das sei ein Vertragsbruch und die Versammelten stellten sich mit dem 1. Oktober 1905 ebenfalls außerhalb der alten Bestimmungen, nachdem vom Gewerbegericht infolge der Unterlassungsfünde der Arbeitgeber eine rechtzeitige Kündigung nicht angenommen worden sei. Zugleich unterbreite sie aber jenen Abänderungsentwurf.

Steindrucker! Die Kündigung der Kollegen der Firma Kugner u. Berger wurde zurückgezogen, weil der Inhaber nach einer weiteren Verhandlung die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde, wie auch die kleineren Forderungen bewilligte.

Vereinigung der Maserer. Bei der Stichwahl am 17. September wurden 725 Zettel abgegeben, davon für Ringel 418, für Koy 301 und 9 ungültige. Ringel ist somit gewählt.

Die Ortsverwaltung.

Zum Kohrertarif. Vom Metallarbeiterverband wird mitgeteilt, daß Lichterfelde und Zankwitz nach der Entscheidung des Einigungsamtes nicht zu den Orten gehören, wo Fahrzeitemittelschädigung zu zahlen ist.

Finf-, Zinn- und Bleigießer. Die Werkstelle von E. Stein, Hinguhwarenfabrik, Alexandrinenstr. 35, ist wegen Differenzen für Gießer gesperrt.

Deutsches Reich.

In der Solinger Stahlwaren-Industrie bereitet sich ein Konflikt vor, dessen Tragweite noch nicht zu überschätzen ist. Auf Grund von Lohnstreitigkeiten in dem Betriebe von F. W. Maub reichten die dortigen Arbeiter ihre Kündigungen ein. Das Unternehmertum antwortete mit der Kündigung fast sämtlicher Schlägereiarbeiter und Gerüstschloßer resp. Werkzeugauslöser. Bis jetzt stehen ungefähr 400 Personen auf der Liste der Auszubehrenden und liegt die Möglichkeit nahe, daß immer weitere Kreise in Mitleidenschaft gezogen werden. Bei der Firma Wehersberg, Kirchbaum u. Komp. sind die Arbeiter bereits ausgesperrt. Unter den Gefährdeten befinden sich Leute, die 10 bis 20 Jahre in einem Betrieb beschäftigt sind. Die Weltfirma J. A. Hensdels, welche in allen größeren Städten Waren-Niederlagen resp. offene Verkaufsstellen für Solinger Industrie-Erzeugnisse unterhält, gehört mit zu denen, welche den Arbeitern kündigen. Der Kampf scheint unausbleiblich. Die Firma Wehersberg, Kirchbaum u. Komp. hat schon die Schleifer entlassen, welche mit den Lohnstreitigkeiten doch gar nichts zu tun hatten. Es steht fest, daß die gesamte Arbeiterschaft Solingens in diesen Konflikt wider Willen hineingezogen werden wird, daß vor allem die Schleifer massenhaft arbeitslos werden, wenn der Kampf zum Ausbruch kommt und länger andauern sollte. — Die Schlägereiarbeiter und Gerüstschloßer als diejenigen Arbeiter, von denen die Rohproduktion abhängt, werden den Kampf aufnehmen, wenn es nicht anders sein kann. In dieser Situation ist es aber unbedingt notwendig, daß jeder Bezug nach dem Kreise Solingen ferngehalten wird.

Die Klempner und Installateure im Kreise Solingen sind in eine Tarifbewegung eingetreten. Einige Bewilligungen sind zwar schon erfolgt, doch scheint es, als ob die Bewegung nicht ohne ernstlichen Konflikt zu Ende geführt werden kann. Aus diesem Grunde erucht die Ortsverwaltung Solingens des Deutschen Metallarbeiterverbandes, daß der Bezug von Klempnern und Installateuren nach Solingen ferngehalten wird.

Ein Böttcherstreik ist in Kumbach ausgebrochen. Die Bewegung umfaßt die nicht in den Brauereien beschäftigten Böttcher, die die zehnstündige Arbeitszeit, Festsetzung von Minimallohn und entsprechende Bezahlung von Ueberstunden verlangen — Forderungen, die in den Brauereien schon längst durchgeführt sind. Die Unternehmer weigern sich aber hartnäckig, nur im geringsten nachzugeben.

Die Buchbinder in Erfurt stehen in einer Lohnbewegung. Sie fordern für Gehältern im ersten Gehältsjahre einen Minimallohn von 18 M., nachdem 21 M. für Spezialarbeiter 24 M. Mindestlohn. Für Kartonnagenarbeiter 18 M., für Buchbinder 21 M. Minimallohn. Für Arbeiterinnen wird ein Lohn von 6 M. jeigend bis zu 12 M. verlangt. — Die Arbeitszeit soll 9 Stunden betragen. Für Arbeiter, die den geforderten Lohn schon beziehen, soll eine 10 prozentige Lohnerhöhung eintreten. Die in Frage kommenden Prinzipale haben es abgelehnt, mit der von den Arbeitern gewünschten Kommission zu verhandeln. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß es zu ernstlichen Konflikten kommt. Ein Teil der Arbeiter legt schon am Montag die Arbeit nieder. An der Bewegung sind circa 120 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt, von denen der größte Teil organisiert sind. Zugang ist streng ferngehalten. Es wird auch versucht werden, Arbeit in anderen Städten, besonders in Leipzig anfertigen zu lassen. Die dortigen Kollegen sind also gewarnt.

Die Buchbinder-Gehältern in Königsberg sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben beschlossen, den Arbeitgebern in dieser Woche Rohforderungen zu unterbreiten und auf die Antwort bis Sonnabend, den 23. September, zu warten. Ihre Hauptforderungen sind: 1. Der Minimallohn für Gehältern im ersten Jahre nach der Lehrzeit soll 17 M., für Gehältern im zweiten Jahre 19 M. betragen. Die anderen Gehältern sollen 23 M. Wochenlohn erhalten. Für diejenigen, die diesen oder einen höheren Lohn erreicht haben, soll ein Aufschlag von 10 Proz. in Kraft treten. Ueberstunden sollen mit 33% und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Aufschlag bezahlt werden. Die Arbeitszeit soll exklusive der Pausen eine neunstündige sein. Der Tarif soll auf zwei Jahre abgeschlossen werden. Die Buchbinder sind sehr gut organisiert; nur einige alte Gehältern stehen dem Verbands fern.

In dem Streik der Kölner Holzarbeiter haben die organisierten Unternehmer erneut beschlossen, mit dem deutschen Holzarbeiterverband nicht zu verhandeln. Sie tun so, als seien sie mit Arbeitswilligen ausreichen versehen. Ihre ganze Hoffnung ist der christliche Streikbrecherverband. Die Unternehmer erklärten, um den deutschen Holzarbeiterverband zu schwächen, die christlich organisierten möglichst den Winter durch zu beschäftigen. Alles sind nur Schremschläge. In Wirklichkeit wächst die Unzufriedenheit der Arbeitgeber mit dem jetzigen Zustand von Tag zu Tag, weil die Arbeitswilligen durchweg unbrauchbare Kräfte sind, die das Material verderben und die Rundschaf, insbesondere die Kräfte, empören. Soweit bis jetzt bekannt ist, haben schon fünf Arbeitswillige infolge ihrer Unerfahren-

heit sich an den Maschinen Finger abgeschnitten. Unter den Ausständigen herrscht eine unbeschreibliche Erbitterung über die polizeilichen Maßnahmen gegen die Streikposten.

300 Drahtzieher waren in dem Karlsruher der Aktiengesellschaft Jellen u. Guilleaume-Lamper-Werke in Rülheim a. Rhein in den Ausstand getreten. Nach mehrwöchigem Streik, vor etwa acht Tagen, beschloß man, die Arbeit auf Grund der geringen Zugeständnisse der Direktion wieder aufzunehmen. Diese aber hielt Auswahl unter den wiederankommenden Leuten, so daß etwa ein Drittel auf der Strafe bleiben sollte. Deshalb ist der Ausstand jetzt erneut ausgebrochen. Die „christlich“ organisierten Metallarbeiter haben nicht nur durch ihre Weiterarbeit Streikbruch verübt, sondern sie haben Ueberstunden und Nachtarbeit geleistet, sowie Lehrlinge angelehrt, wodurch die Lage der Ausständigen sehr kritisch wurde.

Gummidrehslerstreik in Leipzig. Seit fünf Wochen befinden sich in Leipzig über 100 Gummidrehsler im Streik. Die Unternehmer suchen durch Inserate Drahtzieher, gleichviel welcher Branche, heranzuloden. Wer darauf hereinkommt, wird bald merken, daß ein Drahtzieher, der in der Gummibranche nicht bewandert ist, höchstens 8—12 M. pro Woche verdienen kann, wenn die Unternehmer den Streikbrechern auch Löhne bieten, die höher sind als die Forderungen der Streikenden. Die Streikleitung warnt die Drahtzieher aller Branchen, Arbeitsangebote der Leipziger Gummidrehslerereien anzunehmen.

Der Kampf in der Düsseldorf Holzindustrie dauert unverändert fort. Die Einigungsverhandlungen sind gescheitert. Zugang ist nach wie vor ferngehalten.

Eine Versammlung der streikenden Holzarbeiter in Fürth i. B. nahm Stellung zu dem mitgeteilten Schiedsspruch des Einigungsamtes. Die Verächterhalter empfahlen Zustimmung, dieser Rat fand aber anfangs fürwärtigen Widerspruch. Es wurde erklärt, daß vor allen Dingen auf die 6 Proz. Aufschlag für die Affordarbeiter nicht verzichtet werden könne. Schließlich fand sich aber doch eine Majorität für Unterwerfung unter den Schiedsspruch. Die Drohung der Unternehmer, die Betriebe erst am 16. Oktober wieder zu öffnen und alle Zugeständnisse zurückzuziehen, wenn nicht am Montag die Arbeit wieder begonnen werde, wurde sehr kühl aufgenommen.

Ausland.

Spanarbeiter-Aussperrung in Amsterdam.

Amsterdam, 16. September. (Fig. Ver.)

Ein Konflikt, der wahrscheinlich zu einer allgemeinen Aussperrung führen wird, ist in dem Amsterdamschen Baubetrieb ausgebrochen. Die Aussperrung hat schon angefangen. Heute, Sonnabend, umfaßt sie schon tausend Mann, alles Maurer und Handlanger.

Die Sache ist diese: Vor etwa acht Wochen haben die sogenannten „Feier“ gestreikt, um die Pflüge von 6 auf 8 Mann ausgeführt zu kriegen. Die Meister verweigerten selbst jede Unterhandlung. Nachdem in acht Wochen nicht gebeit war, gelang es einem Unternehmer, eine genügende Zahl Arbeitswilliger zu bekommen, um einen Pflug Leute zu bilden. Dann weigerten sich aber die Maurer und die Handlanger an diesem Bau zu arbeiten. Es galt hier einem Bau des Unternehmers Säut, einem der Größen von der Unternehmerorganisation, und diese sollte die Sache an. Es stellte sich heraus, daß vor zwei Jahren die Unternehmer einen Vertrag abgeschlossen haben gegen diese sogenannten Solidaritätsstreiks. Wenn bei einem Unternehmer ein solcher Ausstand ausbricht, sind die anderen Unternehmer verpflichtet, ihre Leute abzugeben, und alle diejenigen, welche sich weigern, die Arbeit aufzunehmen, werden ausgesperrt. Auf diese Weise dauert es einige Zeit, bevor die Aussperrung allgemein ist. Man kann sagen, daß jede paar Stunden eine Zahl Leute ausgesperrt werden. Bis jetzt fanden sich von allen geforderten Leuten zwei Arbeitswillige, alle anderen — etwa 1000 — wurden ausgesperrt.

Die französischen Gießereifabrikanten sind mit ihren landsmännischen Streikbrechern wieder nach Norich zurückgekehrt und haben den Betrieb wieder eröffnet, was als eine unerhörte Provokation der weiterstreikenden Gießer bezeichnet werden muß. Neue Zusammenstöße sind unter diesen Umständen nicht unwahrscheinlich. Ein Teil des Militärs ist wieder entlassen; Streikposten sind wieder aufgestellt. Die Massenhausdurchsuchungen haben aufgehört, aber über 20 Arbeiter sollen verhaftet sein. Die bürgerlichen Partei-Demagogen legen ihre perfide Hege gegen die Arbeiter fort.

Die Organisationen der dänischen Seeleute und Hafenarbeiter sind bekanntlich nach dem großen Streik vor drei Jahren zugrunde gerichtet worden, was hauptsächlich auf den Einfluß des Direktors Brand von Det forenede Dampslibselab zurückzuführen war. Nun hat sich dieser despotische Mann Ende vorigen Monats genötigt gesehen, sein Amt niederzulegen, und an seine Stelle ist ein anderer, Admiral Richelieu, getreten. Mit diesem Personalwechsel scheint auch das bisher mit unerbittlicher Strenge durchgeführte Verbot des Koalitionsrechts aufgehoben zu sein, und die Organisationen, die bis dahin im geheimen vegetierten, sind wieder in kräftiger Entwicklung begriffen. Die maritimen Arbeitsverhältnisse und niedrigen Löhne auf den Schiffen und an den Häfen, wie sie der „Russen-Brand“ durchgeführt hat, tragen nun wesentlich zu dem schnellen Wachstum der Organisationen bei. Der Fachverein der Feuerleute hat bereits wieder über 800 Mitglieder.

Gerichts-Zeitung.

Ein Opfer von Erpressungen auf Grund des Paragraphen 175 will der Kaufmann Emil Cohn geworden sein, der sich gestern unter der Anklage des wiederholten Betruges vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I verantworten mußte. Der Angeklagte bestellte sich unter verschiedenen falschen Angaben von größeren Briefmarkenhändlern Posten von wertvollen Briefmarken, die er dann zu Schleuderpreisen in Berlin weiterverkauft. Es gelang ihm durch ein ziemlich raffiniertes Vorgehen mehrere Händler um ganz bedeutende Beträge zu schädigen. So bestellte er unter falschen Angaben bei einem Briefmarkenhändler in Dessau binnen zwei Monaten Briefmarken, die einen Wert von über 2000 M. repräsentieren. Ebenfalls in Dessau bestellte sich der Angeklagte eine goldene Uhr im Werte von 300 M., die er bald nach Empfang verkaufte. Vor Gericht war C. festständig und hat um eine milde Strafe, da er das Opfer gestogener Erpressungen geworden sei, bei denen der § 175 Str.-G.-V. eine gewisse Rolle spielte. Er habe einen gewissen „Fleischhauer“ kennen gelernt, der später fortgesetzt Erpressungsversuche unternommen habe. Da er selbst nicht genügend Mittel besitz, um die Forderungen des Erpressers zu erfüllen, habe er sich verleiten lassen, die nunmehr zur Anklage stehenden Strafmatten zu veräußern. — Die nach dieser Richtung hin angestellten Ermittlungen sind indessen resultatlos geblieben. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Vorfragen des Angeklagten und den hohen Wert der er schwundenen Objekte 1/2 Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr drei Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust.

Unverhofftes Glück infolge einer vom Staatsanwalt eingelegten Verurteilung hatte der Chauffeur Max Schmidt, der gestern vor der achten Strafkammer des Landgerichts I stand. Er war beschuldigt, mit seinem Kraftwagen am 15. März übermäßig schnell über den Potsdamer Platz gefahren zu sein. Das Schöffengericht hatte ihn wegen Uebertretung des § 366 Str.-G.-V. in Verbindung mit der Polizeiverordnung vom 15. April 1901 zu 80 Mark Geldstrafe event. 14 Tagen Haft verurteilt. Der Angeklagte war gewillt, die Strafe zu bezahlen, als zu seinem Glück der Staatsanwalt Verurteilung einlegte mit der ausgesprochenen Tendenz, daß an Stelle der Geldstrafe die Haftstrafe setz-

gefegt werde. Eine solche erschien dem Staatsanwalt geboten, da die öffentliche Strafe in schnellster Gangart zu befahren, immer mehr zunehme. Die Handhabung zur Verurteilung bot die Tatsache, daß das Schöffengericht irrtümlich auf 80 Mark Geldstrafe erkannt hatte, während für die Übertretung des § 267 im Strafgesetzbuch nur eine Strafe bis zu 60 Mark eventuell bierzehn Tagen Haft angedroht ist. Der Staatsanwalt beantragte nur, das erste Urteil infoweit abzuändern, daß an Stelle der Geldstrafe die Haftstrafe gesetzt werde. Rechtsanwalt Dr. Schwandt widersprach dieser Beschränkung, indem er ausführte, daß eine vom Staatsanwalt ganz allgemein eingelegte Berufung gleichzeitig auch dem Angeklagten zugute kommen müsse, so daß dieser eine erneute Feststellung des Tatbestandes in zweiter Instanz beanspruchen könne. Der Gerichtshof trat denn auch noch einmal in die Beweis- aufnahme ein. In dieser wurde durch die vom Verteidiger geladenen Zeugen festgestellt, daß der Angeklagte gar nicht in über- mäßiger Geschwindigkeit gefahren war, daß diese unter 10 Kilometer pro Stunde betrug und der Angeklagte auch angehalten hatte, als eine Abreißung von Kindern, die durch ihn gefährdet sein sollte, über den Platz ging. Bei dieser Sachlage sprach das Gericht den An- geklagten unter Aufhebung des ersten Urteils überhaupt frei.

Vermischtes.

Neue Fälle von Cholera sind gestern im Osten festgestellt worden. Bei dem in der Cholera-Barade des Johanniter-Krankenhauses zu Dirschau verstorbenen wohnungslosen Buchbinder Theodor Körner ist Cholera bakteriologisch festgestellt worden. Als choleraverdächtig wurde ein Arbeiter aus Gr. Rantau, der zugewandenermaßen Weichselwasser getrunken hatte, in die Isolierbarade des Johanniter- Krankenhauses eingeliefert. Bei einer in der Cholera-Barade befindlichen Schiffsfrau und deren zwei Jahre alten Tochter sind Cholera- keime festgestellt worden. Beide blieben daher in der Barade. In Adolfsdorf, Kreis Wirsch, ist ein Arbeiter nebst zwei Söhnen, in Potosch eine Witwe und in Pilehne ein Besitzer aus Reußhöfen erkrankt. — In Dobornik ist ein Arbeiter gestorben, bei dem amtlich Cholera festgestellt wurde. Der Landrat warnt vor dem Gebrauch des Barthewassers. — Infolge der Cholera- Ansteckungsgefahr sind auf behördliche Anordnung die sämtlichen Gefängnisse im Bezirke des Oberlandesgerichts Posen auf die Dauer von einem Monat gesperrt worden. Verurteilte, die sich auf freiem Fuß befinden, werden daher zurzeit nicht in die Gefängnisse aufgenommen. — Der Arbeiter Aloys Formanski aus Weidenhof, der auf eigenen Antrag am Sonnabend wegen Choleraverdacht Aufnahme in dem Breslauer Benzol-Hauschen Krankenhaus gefunden hat, ist in vorletzter Nacht, wie bakteriologisch festgestellt, an asiatischer Cholera verstorben. Es wird noch aus Marienwerder telegraphiert: Der am 5. d. M. an Cholera erkrankte Fräuleinmann in Kurzbrück ist gestern gestorben. Eine cholera- verdächtige Neuerkrankung wird aus Etkeh, Kreis Flatow, berichtet. Die erkrankte Person wohnte in einem Hause, in dem bereits Cholera- erkrankungen vorgekommen waren. Das Auftreten der Cholera in Etkeh ist auf den Genuß von Regenwasser zurückzuführen.

Der Typhus in Posen nimmt, wie von dort gemeldet wird, weiter stetig zu. In letzter Woche wurden amtlich 10 Fälle neu gemeldet. Insgesamt sind bisher 314 Erkrankungen und 28 Todesfälle vorgekommen.

Schiffungslück. Der große englische Dampfer „Omega“ ist, wie aus Swinemünde berichtet wird, gestern im Fremdenhafen gestrandet; er kam von Petersburg mit einer vollen Ladung Getreide und war nach Rotterdam bestimmt. Den Abschleppungsversuchen des deutschen Dampfers „Leontina“ aus Stettin und eines dänischen Bergungs- dampfers ist es bis jetzt nicht gelungen, den Dampfer abzuschleppen.

Das Erdbeben in Südtalien. Infolge eines sehr starken Erd- stoßes stürzten, wie aus Cosenza gemeldet wird, gestern morgen mehrere Häuser in Scigliano, Rofe, Ajillo, Rogliano, Sfignanno, Piumefreddo ein; es ist jedoch niemand verletzt worden. In San Pietro ereignete sich ein Erdstoß während des Besuchs des Ministers Ferraris. Die erschreckte Bevölkerung floh. — In Martirano fand

ein großer Erdstoß statt, dabei stürzte ein Berg in das Tal hinab. Mehrere Gebäude wurden zerstört. — In Flambrone, Bezirk Monte- leone, wurde ein Bauer, der vor neun Tagen verschüttet wurde, noch lebend ans Tageslicht befördert. — In Stromboli dauert der Ausbruch fort.

Ueberschweemmungen haben, wie aus Madrid gemeldet wird, den Eisenbahnverkehr bei Calatayud (Provinz Saragoza) unterbrochen und die Zentrallinie an mehreren Punkten von dem Verleher ab- geschnitten. Die Ebene bei Murcia steht unter Wasser; der Schaden ist bedeutend.

Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis“, Wochenchrift für Kommunal- politisch und Gemeindefortschritt. Herausgeber Dr. Albert Siedelmann.

Die beiden erschienenen Nr. 24 der „Kommunale Praxis“ bespricht die Verhandlung der Berliner Stadtverordnetenversammlung gegen die Fleisch- not. Ferner enthält die Heftchrift Nachrichten über Schlachthäuser usw. Der reichhaltige Nachrichten- und Besprechungs-Teil, in dem wertvolle Mitteilungen aus allen Teilen des Reiches enthalten sind, wird unseren Gemeindefortschrittlern und allen, die sich für Gemeindepolitik interessieren, viele Anregung bieten.

Die „Kommunale Praxis“ erscheint jeden Montag. Probenummern sind kostenlos vom Verlage Berlin W. 15 zu beziehen.

„Die letzten Nachrichten des Bundes“. Nummern 246, 247, 248. Genève, 81 rue de Carouge. — „Die letzten Ereignisse in Rußland“. Nr. 18, Basel.

Dr. A. Hauff: Die Wehrsteuer. 65 Seiten. Preis 1 M. Verlag F. Zschardt, Berlin W. 9.

Dr. P. Herker: Die Arbeiterfrage. Werte erweitert und um- gearbeitete Ausgabe. 642 Seiten. Preis broschiert 9,50 M., geb. 11 M. Verlag J. Guttentag, Berlin W. 35.

„Ganaco“, Dschin-Dschitu, die Duelle japanischer Kraft. Methodische Körperbildung und athletische Kunstgriffe der Japaner. Verlag von Julius Hoffmann, Stuttgart. Preis broschiert 5 M., geb. 6 M.

Jahrbuch der Wohnungsreform im Jahre 1904. 2. Jahrg. Heraus- gegeben vom deutschen Verein für Wohnungsreform. (Wöttingen, Vandenhoeck u. Ruprecht.)

Protokoll der 6. ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Berufs- arbeiter-Verbandes, abgehalten vom 11. bis 15. Juni 1905 in Kiel. 117 Seiten. Verlag: Deutscher Verleger-Verband, Bremerhaven.

„Gilliers“ illustrierte Volksblätter. Bd. 35. Inhalt: Vienenleben und Vienenmarkt von D. Nege. 103 Seiten. Preis: 30 Pf. Verlag: D. Gillier, Berlin-Weißhof.

„Fata morgana“. Gegenart und Zukunft der österreichisch-ungarischen Monarchie. Neudruck. 42 Seiten. Preis: 1 M. Verlag: D. Wälther, Berlin, Kommandantenstr. 14.

„Erster Jahresbericht des Arbeitersekretariats Essen a. d. R. nebst Berichten des Gewerkschaftsrates Essen für das Jahr 1904. 133 Seiten. Selbstverlag.

Dr. M. Kronenberg. Ethische Grundlagen. 322 Seiten. Preis: brosch. 5 M., geb. 6 M. U. G. Besche Verlagsbuchhandlung in Rünchen. Das Auge und seine naturgemäße Pflege. Von Sanitätsrat Dr. Willinger. 2. Aufl. 60 Pf. Verlag von Edmund Demme, Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 bis 9 Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr.

Nr. 26. 1. Antworten und zahlen Sie nicht, warten Sie Klage ab. 2. Rotarier und gerichtlicher Vertrag ist mündlich: Schein- verträge sind trotz der gewählten Form ungültig. 3. Wenden Sie sich an die Offenbacher Krankenkasse (Höhe, Brunsenstr. 66). — H. 77. Nach herrschender Ansicht: nein. — Zweitschulbner. Sämtliche Angeklagten hoffen in Ihrem Fall selbstlich für die Auslagen. Sie müssen also zahlen. — Martha 73. Ja, jedoch können Sie beim Amtsgericht auf Freigabe der unpfändbaren Gegenstände klagen. — 1000. Ja. — G. 2. S. 10. 85. Sie müssen die Einwilligung der Militärbehörde einholen. Voranschläge wird die Genehmigung (sog. Auslandsurlaub) erteilt. — G. P. 26. An den Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung, Köpplinger-Platz. — P. R. 120. Mittags. — H. 2., Mantuffelstraße. Ja. — G. S. 1. Durch Bezug erlöschenden Verpflichtungen keineswegs. 2. Ja, sofern nicht ein Scheingeschäft vorliegt. Genehmigung des Vaters ist erforderlich. — G. G. R. Können Sie ein Verzeichnis nachweisen, so können Sie Schadenersatz beanspruchen. Zum Abzug vom Gehalt sind Sie nicht berechtigt. — G. P. 2. Sie haben an das Landgericht den Antrag auf Bewilligung des Armenrechts zu stellen. Beizufügen ist das Urteil über die Vermögenslosigkeit und das über die Fruchtlosigkeit der Einnahme. In dem

Gesuch ist der Sachverhalt darzulegen, Ihre Gründe und Ihre Beweismittel sind anzugeben. — G. P. 1500. Ja. — G. P. 85. Nein. — H. D. 05. Lohndelikt macht krank, gerechtes Urteil ist Argent. — G. W. 05. Willst du einen Hinweis auf das Gewerbeamt unter Patent, Patentverletzung etc. im Berliner Anzeiger, II. Band, Teil 4, Seite 235. — G. P. 238. Sie befragen das Ein- und Ausladen sowie das funktgerechte Verladen der Waren im Schiffraum. Schanerente, weil die Handelsräte in „Schaum“ aufbewahrt werden. — Kräfte. 1. Wird im juristischen Teil erledigt. 2. Fragen Sie im Schulbuchverein in Bremen nach, Hamburger Adressen fehlen. — G. W. 31. Benutzen Sie eine Ihnen passende Adresse: Berliner Anzeiger, II. Band, 4. Teil, Seite 236. Auskunft dieselbst auch im Ratskabinett des Alten Raums. — Schafkopf. Spielregeln bleiben ohne Beachtung. — Braun- schweig, G. G. 1. Sie erhalten 2 Exemplare per Kreuzband. Entschieden Sie sich selbst. 2. Ziehen Sie darüber bei Ihrer besten Buch- handlung am Orte Erlundigung ein. Wir möchten das nicht verantworten. — H. D. 50. Die Adressen solcher Institute besitzen wir nicht. — Ritsche. Nein, aber baharbartige Bejen; jedenfalls Ritzgebirgen. — G. S. 91. Uns unbekannt; erfragen Sie das preussische Kriegsministerium hier, Ede Leitziger- und Wilhelmstraße, um Auskunft. — G. S. 1. Antiquitäten- bezug. Kuriositätenhändler fragen. 2. Auskunft etwa durch die Verwaltung des zoologischen Museums in der hiesigen Universität. — G. H. 73. Durch das Sekretariat der Gewerkschaften hier, Engel-Ufer 15, parterre. — H. Z. 106. 1. Nichtig auskloppen. 2. Droguliten um Rat erfragen. — Piegler, C. S. Schötmayr (Schötmayr), Lippe, Preis 4 M. Hugo Hipler Verlag. Im übrigen fragen Sie selbst an. — G. S. 51. Am besten orientiert ist darüber wohl Herr Khal Lomax aus Japan, Berlin, Kleinderekenstraße 2. — Väterin. 99. In Sache und Gehalts des Kindes. Wir meinen uns nicht ein. — G. H. 2. Nein. — H. W. 10. Auskunft durch ein größeres Antiquitäten- bezug. Kurio- sitäten-Geschäft. Versuchen Sie Ihr Heil auch bei einem tüchtigen Urmaler. — Gebhardt. Trotz aller Mühe nicht auffindbar. Weiter können wir daher Ihrem Wunsch nicht nachkommen. — Goldsch. Durch das Sekretariat der Gewerkschaften hier, Engel-Ufer 15, parterre. — Stra- ke 42. Beides falsch. Nichtig Bedeutung: „anrufen“. Also nur keine überflüssigen Beiten! — G. M. 129. Nachfragen in einem Bureau der Kommissionswerke und Riefelher, Neue Friedrichstr. 9/10, II. u. III. Etage. Fragen Sie nach der Verwaltung der „Bumfaktionen“. — G. S. 2. Nein. — G. P. Ja. — „Debatte“. Ein Tropf, wer zwecklos streitet.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 62-59 pr. 100 Pfund, IIa 60-60, IIIa 50-56, IVa 40-48. Kalbfleisch Ia 84-90, IIa 73-84, IIIa 60-70. Schweinefleisch Ia 68-75, IIa 58-68, Schweinefleisch 65-72. Kaninchen- fleisch 60-90 Pf. Rotwild, Pfund 45-55 Pf. Rebhühner, junge 0,80-1,05, alte 0,65-0,75; Hühner, alte 1,20-2,00, junge 0,90-1,20 das Stück. Gänse, junge 0,50-0,58 das Pfund. Geste 100-108 Pf. pr. 100 Pfund, Schale 115-140, Kälte 91, Karpen 83, Laich 120-130, Schellfische 18, Kander 30-35, schottische Volleringe (getalzen) 40-44, Krebse, unsort., Schoß 0,00-0,00, Eier, Schoß 3-3,20, Putzer, pr. 100 Pfund Ia 120-124, IIa 115-120, IIIa 110-115, abfallende 100-108. Kartoffeln, pr. 100 Pf. rote 1,75-2,00, Rosen 1,50-1,75, blaue 2,00-2,25, runde weiße 1,75-2,00, Rotkohl, Schoß 3,00-6,00, Doßländer 7,00-8,00, Weißkohl 2,00-5,00, Birngelbst 2,00-5,00; neue saure Gurken, Schoß 2,-.

Witterungsübersicht vom 19. September 1905, morgen 8 Uhr

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 10 u. 4 u. 8 u.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 10 u. 4 u. 8 u.
Stettin	768	SD	2	wolkig	11	Daprun	768	SB	2	heiter	5
Hamburg	764	0	4	heiter	10	Petersburg	767	W	1	wolkig	5
Berlin	760	SD	3	wolkig	10	Sally	763	SB	4	bedeckt	14
Frankfurt a. M.	761	0	2	heiter	12	Berden	760	SD	3	bedeckt	12
Rünchen	761	0	5	hd. bd.	8	Paris	759	R	1	bedeckt	13
Wien	766	SD	4	wolkig	9						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 20. September 1905. Zunächst etwas wärmer bei ziemlich lebhaften südlichen Winden und zunehmender Bewölkung; nachher leichter Regen. Berliner Wetter Bureau.

Wasserstand am 18. September. Elbe bei Magdeburg + 0,09 Meter, bei Dresden + 1,47 Meter, bei Regensburg + 1,10 Meter. — Unstrut bei Straußfurt — 0,01 Meter. — Oder bei Rathow + 0,88 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,32 Meter, bei Breslau Unterpegel + 1,76 Meter, bei Frankfurt + 1,20 Meter. — Weichsel bei Brademünde + 2,67 Meter. — Barthe bei Posen + 0,01 Meter. — Rabe bei Wj + 0,91 Meter.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Mittwoch, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner - Versammlung
für sämtliche Branchen und Bezirke
bei Keller, Köpenstraße 29.
Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung der Tarifverträge für die Gewerkschaften.
Referent: Th. Glocke. 2. Bericht über Streik und Differenzen.
3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bautischler-Kommission! Achtung!

Donnerstag, den 21. d. M., abends 8 1/2 Uhr:
Sitzung
bei Walter, Adalbertstraße 62.
Alle neuernannten Mitglieder haben zu dieser Sitzung zu erscheinen.
S. H.: Karl Reiche.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Arbeiter der Firma Bäsell!
Träger, Einschaler u. Hilfsarbeiter!
Mittwoch, den 20. September, abends 8 Uhr, in den Industrie- Festsälen, Beuthstr. 19/20:
Firmen-Besprechung.
Für Verhandlung steht: 1. Die Erfolge der Kollegen von der Firma P. Raedel und welche Forderungen gedenken wir zu stellen? 2. Anterme Besprechung unserer Arbeitsverhältnisse.
Kollegen! Erscheint alle in dieser Versammlung.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.
Donnerstag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Elektromonteur
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Link über: „Das Unfall-Gesetz und seine Verbindungs-Vorschriften“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
123/12
Die Bibliothek ist eröffnet. Die Ortsverwaltung.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Filiale Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 36. Telefon: Amt IV, 9720.
Donnerstag, den 21. September 1905, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Kellers Festsälen, Köpenstraße Nr. 29.
Tagesordnung:
Beratung und Beschlußfassung über den einzureichenden Lohnarif.
Kollegen! Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse für unsere ferneren Lohnverhältnisse zu fassen sind, so erwarten wir, daß sämtliche Mitglieder die Versammlung besuchen.
125/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband

(Zahlstelle Berlin.)
Morgen Donnerstag, den 21. September 1905, abends präzise 8 Uhr
Außerordentliche General-Versammlung
im Etablissement „Guggenbogen“, am Werkplatz.
Tagesordnung: 1. Abrechnung von der Dampf-Fahrt und vom Sommerfest (guter Montag). — 2. Beratung des neuen Ortsstatuts. — 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Wir richten an alle Mitglieder das dringende Ersuchen in dieser Versammlung recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

(Ortsverwaltung Berlin.)
Freitag, den 22. September 1905, nachmittags 5 1/2 Uhr, beim Kollegen Balduin Franke, Sebastianstraße 39
Außerordentliche General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Ergänzungswahl des Hauptvorstandes und der Rechtskommission. — 2. Bericht des Kollegen Wornau: Ueber Strafbestimmungen der Richtungen und Prüfungsordnung. — 3. Aufnahme neuer Mitglieder. — 4. Verhandlungsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
S. H.: Ernst Dör.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Todes-Anzeige.
Am 17. d. M. verstarb unser Mitglied, der Former 249/15
Wilhelm Lange,
Seinerstr. 1.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donner- stag, den 21. d. M., nach- mittags 4 Uhr, am Trauerhause aus nach dem Gnaden-Strichhof, Barfußstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former
Wilhelm Lange
am 18. September gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donner- stag, den 21. d. M., nach- mittags 4 Uhr, von der Woh- nung Meierstraße 1 nach dem Gnaden- Strichhof, Barfußstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
123/13 Die Ortsverwaltung.
Die Kollegen der Firma Vorchig treffen sich am Donnerstag nach- mittags 3 Uhr im Restaurant von Kulle, Köpenstr. 40.

Deutsch. Senefelder-Bund

Verband der Lithographen u. Steindruck- er.
Todes-Anzeige.
Am 18. September er. verstarb unser Kollege, der Steindrucker
Karl Stäbler
im Alter von 66 Jahren. 205/2
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donner- stag, den 21. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Strich- hofes, Landberger Allee, aus statt.
Die Verwaltung der Filiale I.

Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindrucker u. Lithographen.

Die Beerdigung des am 18. September verstorbenen Stein- druckers
Karl Stäbler
findet am Donnerstag, den 21. Sept., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Strichhofes, Land- berger Allee, aus statt.
Das Komitee.
181/5

Berliner Nachrichten.

Das Gratiobrot,

das in den Restaurationen zu den Speisen geliefert wird, soll wieder einmal abgefasst werden. Der Plan ist alt, aber der Versuch, ihn durchzuführen, ist schon vor Jahren gescheitert. Doch in diesen Zeiten der Fleischsteuerung, die den Restaurateuren den Verdienst zu schmälern droht, ist jener Gedanke von neuem aufgefaßt, und nachdrücklicher als je wird jetzt seine Verwirklichung gefordert. Von den Restaurateuren natürlich, nicht etwa von den Gästen! Man beruft sich hierfür auf Süddeutschland, wo jedermann sein zu den Speisen verzehrtes Brot bezahlen müsse. Die unbefristete Verbrauchsfreiheit, die man bei uns in Norddeutschland den Gästen für das Brot gewähre, werde von manchem allzu unbescheidenen Gast zum Schaden des Wirtes ausgenutzt.

Ob der Plan diesmal verwirklicht werden wird? In der ersten Hälfte der neunziger Jahre war es die Brotsteuerung, die den Restaurateuren den selben „Rohrpfennig“ abnötigte und ihnen die Abschaffung des Gratiobrottes nahelegte. Heute wollen sie die Mehrausgaben, die ihnen die Fleischsteuerung verursacht, durch dieses Zwangsmittel zum Teil wieder hereinbringen. Damals wurde, soweit wir uns erinnern, von dem in Gastwirtskreisen sehr einflussreichen Inhaber der später eingegangenen Akademischen Bierhallen, dem inzwischen verstorbenen Theodor Müller, vor diesem Schritt gewarnt. Er selber müsse alljährlich eine gewaltige Summe für Brot ausgeben, aber noch nie sei es ihm eingefallen, seinen Gästen deshalb den Brotkorb höher zu hängen. Der Appetit der Gäste sei mal geringer und mal stärker, und auch die Portion falle mal reichlicher und mal knapper aus. Schon deshalb dürfe man das Gratiobrot, das dann eine Art Ausgleich schaffe, dem Hungrigen nicht anrechnen.

Für die Wirtschaften, die von der Arbeiterbevölkerung besucht werden, scheint es uns nicht recht denkbar, daß man auch hier das Gratiobrot wird abschaffen wollen. Wo für 40 oder 50 Pfennig zu Mittag gegessen wird, da würde eine Extragebühr für Brot doch in zu argem Mißverhältnis zum Gesamtpreis des Mahles stehen. Oder wollen die Wirte mit der hierorts üblichen Unsitte der Abrechnung auf volle Schüsseln brechen? Wollen sie nach süddeutscher Art wenigstens den Preis des Zubrottes in Pfennigen berechnen? Uebrigens ist es in unseren billigeren Restaurationen längst fast überall üblich, jedem Gaste sein Stück Brot oder seine Schrippe zuzuteilen, so daß von Mißbrauch der Brotfreiheit hier nicht die Rede sein kann.

Das erneute Aufstehen dieser Preisfrage beweist aufs neue die alte Wahrheit, daß es zunächst immer der Konsument ist, dem man bei irgendwelcher Steigerung der Unkosten die Mehrbelastung aufzupacken sucht. In der Praxis macht sich freilich die Sache nicht ganz so leicht, wie es aussieht. Die Verteuerungswelle darf, wenn sie beim Konsumenten ankommt, nicht gar zu kräftig sein, sonst kann sie umkehrend leicht bis zu ihrem Ausgangspunkt zurückweichen. Will sagen: wenn's dem Konsumenten zu happig wird, muß er den Verbrauch einschränken, und der aus der Preiserhöhung erhoffte Gewinn bleibt aus.

Von der Heilsarmee

Handelt eine Proschüre, die von Herrn R. Reiche verfaßt und vom Vorstande des Vereins ehemaliger Heilsarmee-Offiziere herausgegeben worden ist. Eine Schrift von Reuten, die ihrer Organisation den Rücken gekehrt haben, ist gewiß unter allen Umständen mit Vorsicht zu genießen und ihre Sentiments dürfen nicht immer als bare Münze hingenommen werden. Wir würden unbedacht unserer Stellung zur Heilsarmee die neue Proschüre kaum beachten, wenn sie nur dem Gefühl des Mißvergnügens derer, die nicht mehr in dem religiösen Kellame-Institut mitmachen wollen, einen, wenn auch noch so berechneten Ausdruck gäbe. Aber in den „Enthüllungen“, wie das für zehn Pfennig käufliche Heft sich nennt, sind auch eine Reihe Tatsachen mitgeteilt, welche der Heilsarmee wahrlich nicht förderlich sind.

Eine Praktik, deren sich die schlimmsten Unternehmner schämen, übt die Heilsarmee dadurch, daß sie ihre Angestellten nicht zur Krankenversicherung ufm. anmeldet:

Durch den famosen Paragrafen, der besagt, daß dem Offizier kein Gehalt garantiert ist, hat sich die englische Heilsarmee auch um die durch Reichsgesetz geschaffene Verpflichtung der Alters- und Invaliden- sowie Krankenversicherung ihrer Angestellten herumzudenken verstanden. Jeder nur ein wenig human und sozial Denkende ist froh, daß sein Personal durch diese Wohlfahrtseinrichtungen eintrittendfalls vor der schlimmsten Not bewahrt wird. Die religiöse und soziale Heilsarmee verweigert den übrigen auch diese geringe Wohltat. Die Heilsarmee-Offiziere sind wieder in der Invalidenversicherung noch in einer Krankenkasse. Wenn einmal ein hoher Offizier gesagt hat, es ist noch kein Heilsarmeeoffizier im Armenhause gestorben, so findet das darin seine Erklärung, daß eben die meisten Offiziere gar nicht so lange in der Heilsarmee bleiben, sondern beiseiten ihre Entlassung nehmen oder gezwungen werden, sie zu nehmen.

Weiter bemängelt der Verfasser, daß die Heilsarmee nicht den Gesetzen über die Sonntagsruhe unterstellt ist und an Sonntagen unbehelligt ihr Volk vertreiben lassen darf. Auch die „Sozial-Arbeit“ der Heilsarmee wird heftig getadelt; dem Logierhaus wie dem Wägenheim wird unbillige Ausnutzung auch der bittersten Armut vorgeworfen. Ueber die Samariterposten berichtet der Verfasserswort weiter:

Ein weiterer Zweig der „Sozial-Arbeit“ der Heilsarmee sind die Samariterposten. Nach Angabe der Heilsarmee gehen diese Samariterposten unentgeltlich arme Kranke pflegen, in verwahtlosen Wohnungen säubern und säubern, und was dergleichen edle Dinge mehr sind. Kranke sind ja immer arm, behauertswert, aber nicht immer unbemittelt. Darüber ist um die Heilsarmee sehr froh und sie schickt daher ihre Schwestern fast ausnahmslos nur zu Kranken, die zahlungsfähig sind. Bevor eine Schwester geschickt wird, erkundigt man sich vorläufigsweise, ob und wieviel dafür bezahlt wird. Wünschen Indemittelte eine Schwester, dann sind die lieben Seelen fast immer beschäftigt. Kostenlose Pflege gehört zu den Ausnahmen. Außerdem sind die sogenannten Samariterposten in der Krankenpflege gänzlich laien und in schwierigen Fällen für den Arzt ein ganz unbrauchbares Material. In keiner Weise können sie sich mit der Opferfreudigkeit und Tüchtigkeit der evangelischen Gemeindefrauen messen. Ueber die Krankenbesuche wurde mir ein artiges Stücklein mitgeteilt, das ich als charakteristisch für die Kellamearbeit der Heilsarmee nicht unterlassen möchte, mitzuteilen. Eine vornehme Dame wünschte die sozialen Einrichtungen in Berlin zu besichtigen. Da man den Einfluß einer neunzigjährigen Krone auf dem Hauptquartier genügend zu schätzen weiß, so wurde alles aufgehoben, um Eindruck zu machen. Wofür waren die armen Samariterposten, welche der „Frau Präsin“ die sogenannten Schlammarbeit ad oculos demonstrieren sollten. In ihrer Not wandten sie sich an einen Kapitän, ob er nicht bei seinen Hausbesuchen eine recht

verwahrlost aussehende Wohnung angetroffen hätte. Der gute Kapitän erinnerte sich eines Heilsoldaten, bei dem es gewöhnlich ziemlich bunt aussah; man ging zu dem Manne, sagte ihm, daß er am nächsten Tage besucht werden würde, er aber alle Dinge, die verraten könnten, daß er Heilsoldat sei, wegschließen müßte. Der Alte versprach es, man notierte die Adresse und am nächsten Tage nahm man das Lob entgegen, daß die lieben Schwestern sich so liebevoll der Alten und Verlassenen annehmen.“

Dies sind nur wenige Mitteilungen aus der recht reichhaltigen Materialsammlung. Selbst wenn manches nicht unbedeutend hingenommen werden dürfte, so reichen die nicht gut zu bestreitenden Tatsachen schon hin, um das Publikum zur Vorsicht zu veranlassen. Allzuviel Sympathien bringt man der Heilsarmee hierzulande ja selbst in religiösen Kreisen nicht entgegen, eben weil die Verquickung von Religion und Kellame deutschen Volksanschauungen durchaus widerwärtig ist.

Heimstätte für weibliche Genese.

Der Ausschuh zur Beratung der Vorlage betreffend den Bau einer Heimstätte für weibliche Genese zu 75 Betten in Plattenburg-Postfach trat gestern unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorstehers Dr. Langerhans zu einer Sitzung zusammen. Von der sozialdemokratischen Fraktion gehören dem Ausschuh an die Genossen Kamlow und Dr. Wehl. Die Notwendigkeit, eine zweite Heimstätte für weibliche Genese zu errichten, war bereits in der Vorlage des Magistrats zahlenmäßig nachgewiesen worden. Wiederholt war auch von unseren Genossen bei den Stadtberatungen und in der Presse auf die Unzulänglichkeit der bestehenden Einrichtungen aufmerksam gemacht worden. Auch in der Ausschuh-Sitzung wurde festgestellt, daß seit dem 1. August 1880, also seit 16 Jahren, keine Vermehrung der Bettenzahl für weibliche Genese erfolgt ist. Auch heute noch können in der alten Heimstätte zu Plattenburg nur 70 Kranke versorgt werden, von denen noch 16 in einer Döberischen Vorstadt aufhalten müssen. Die Heimstätte ist längst an der Grenze der Belegungsfähigkeit angelangt, wenn man bedenkt, daß 1895/96 noch 44 Proz. der Pflegen, 1900/01 und 1904/05 nur noch 26 Proz. bzw. 22 Proz. innerhalb einer Woche aufgenommen werden konnten. Die Wartezeit betrug 1895/96 28, 1901/02 56 Tage. Unsere Genossen wiesen in der Ausschuh-Sitzung mit aller Entschiedenheit darauf hin, daß, wenn die Geneseheim ihre Zweckvoll erfüllen sollen, wir es zu ermöglichen versuchen müssen, den Genesungswahenden schnelle Aufnahme zu gewähren. Es kann nicht wundernehmen, daß bei der stehb. bürgerlichen und physischeren Verhandlungsmöglichkeit mancher Freisinnigen für große soziale Probleme bei der Ausschuhberatung die Frage eine lebhafteste Erwörterung fand, ob die Stadt überhaupt gesetzlich verpflichtet sei, Heimstätten zu bauen. Demgegenüber konnten unsere Genossen an der Hand eines einwandfreien Zahlenmaterials den Nachweis führen, daß gegenwärtig die Heimstätten eine Entlastung der Krankenhäuser darstellen, so daß, wenn wir keine Heimstätten hätten, der Mangel an Krankenhausbetten noch mehr in die Erscheinung treten würde. Abgesehen davon aber muß eine Stadt wie Berlin ihren Stolz nicht nur darin setzen, gerade ihre gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen, zu denen sie der Polizeibehörde zwingen kann, sie muß auch ein gewisses soziales Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl betätigen, wenn sie sich nicht dem berechtigten Vorwurf aussetzen will, in der Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben weit hinter kleineren Städten zurückzulassen. Die Vorlage des Magistrats wurde denn auch angenommen, und zwar mit folgendem Zusatzantrag: „Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr in gemischter Deputation eine Revision der Leitfäden und Grundzüge für die Aufnahme in die Heimstätten vorzunehmen.“ Dieser Antrag konnte auch die Zustimmung unserer Freunde finden, weil ursprünglich die Heimstätten für Genese nur Aufnahme gewähren sollen Genesenden, Konvalaleszenten, das sind Kranke, die von einer längeren oder kürzeren Krankheit schon in der Genesung begriffen sind, denen aber noch ein Aufenthalt im Freien mit zweckmäßiger Pflege notwendig ist, um völlig gesund zu werden, oder wenigstens ihre Erwerbsfähigkeit zu erlangen. Moderne Auffassungen einer vorgeschrittenen sozial-hygienischen Krankenbehandlung können aber eine so enge Auffassung nicht gutheißen; in die Heimstätten gehören auch solche Kranke, die nicht eigentlich als Konvalaleszenten gelten, sondern geschwächte Personen, wie Blutarmer, Magenleidende etc., die angeborene und durch den Geneseendienst der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Sie sind vielfach noch nicht arbeitsfähig; zur Verhütung schwererer Erkrankungen bedürfen sie längere oder kürzere Zeit der Kur in einer Heimstätte. Hier gilt der Satz: Vorbeugen ist mehr wert als heilen. Es wird die Aufgabe unserer Genossen sein, in der gemischten Deputation nach diesen Gesichtspunkten eine Neuordnung der Aufnahmebedingungen durchzuführen.

„Beschwerdenheit ist ein Bier,

doch weiter kommt man ohne ihr“, meint ein bekanntes Scherzwort. Die Hausbesitzer dürfen sich rühmen, daß sie allzeit nach diesem Grundsatze gehandelt haben. Wie sie ihn ihren Mietern gegenüber befolgen, das brauchen wir nicht erst zu schildern. Aber auch den Stadtfiskus schonen sie nicht, wenn sich ihnen die Möglichkeit bietet, ein Geschäftchen zu machen. Wenn Straßen verbreitert oder durchgedrungen werden sollen, neue Straßen angelegt werden sollen, Brücken gebaut werden sollen, dann sind es immer und immer wieder die Hausbesitzer, die durch maßlose Forderungen das Projekt verteuern und die Ausführung erschweren.

Ein lehrreiches Beispiel bilden die Schwierigkeiten, die der Stadt aus dem Neubau der Grünstrahlenbrücke erwachsen sind, weil die Besitzer eines Kochbargrundstückes im Fördern nicht schüchtern waren. Als mit dem Bau begonnen werden sollte, mußte die Stadt zunächst ein altes Auslaberecht erwerben, das die Besitzer des gegenüberliegenden Grundstückes Walfstr. 15, die Herren Siegfried Simon und Theodor Simon, neben der Brücke zu haben behaupteten. Die Veräußerung dieses Rechts allein lehten sie anfangs ab. Veräußern wollten sie es nur zusammen mit den 108 Quadratmetern Straßenland, die sie von ihren Grundstücken Walfstr. 15 und 15a früher oder später zur Verbreiterung der Walfstraße herzugeben hatten. Sie verlangten für alles zusammen die Kleinigkeit von 200 000 M. Als dann die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag des Magistrats die Enteignung und zwar nur des Auslaberechtes beschloß, überlegten sich die Besitzer. Sie erklärten sich jetzt bereit, das Recht allein zu veräußern, und schließlich ermäßigten sie sogar ihre anfängliche Forderung von 15 000 M. auf 3000 M. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung gingen hierauf ein und die Brücke konnte gebaut werden.

Nachdem sie jetzt fertig geworden ist, haben sich neue Schwierigkeiten aus der notwendigen Höherlegung der zur Brücke hinaufführenden Straßenbäume ergeben. Wieder sind es die Besitzer von Walfstr. 15 und 15a, von denen die Erhöhungung ausgeht. Driedmal beanspruchten sie nicht weniger als 75 000 M. Entschädigung für die heulischen Änderungen, die sie wegen der Dammungsbauung vornehmen müssen, wenn ihre alten Bäume stehen bleiben. Da hält es der Magistrat denn doch für ratsamer, vor diesen Grundstücken sofort die Straßenverbreiterung vorzunehmen, die schon vor vielen Jahren beschlossen wurde, aber bisher nur stückweise und immer nur bei Gelegenheit ausgeführt worden ist. Doch für die 108 Quadratmeter Straßenland, die von den beiden Grundstücken gebraucht werden, fordern die Besitzer wiederum 200 000 M., obwohl diesmal kein Auslaberecht mehr daran hängt. Das macht pro Quadratmeter 1832 M.! Kann man mehr verlangen? Auch der Magistrat findet das übertrieben hoch und hat keine Lust, diesen Preis zu zahlen. Er beantragt daher jetzt bei der Stadtverordneten-Versammlung die Enteignung. Werden sich's nun die Besitzer auch diesmal noch überlegen?

Dieser Fall ist einer von vielen. Es ließen sich ohne viel Mühe ein halbes Hundert Fälle und mehr aufzählen, wo gleichfalls der Stadt von Hausbesitzern die maßlosesten Forderungen gestellt wurden, die hinterher im Enteignungsverfahren arg reduziert werden mußten. Das ist nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Doch unsere Hausbesitzer hindert das nicht, sich dreist als das Rückgrat der Kommunalverwaltung zu betrachten, wie einmal einer ihrer Wortführer in der Stadtverordneten-Versammlung sie tituliert.

Die merkwürdigen Schicksale einer „Armenleiche“

wurden kürzlich im „Vorwärts“ geschildert. Es handelte sich um ein Dienstmädchen Emma K., das im Krankenhaus Moabit gestorben war und dann als Arme beerdigt werden sollte, da kein Angehöriger sich um die Leiche kümmerte. Die scheinbare Gleichgültigkeit der Familie war zwar nur darauf zurückzuführen, daß wieder einmal die Todesnachricht zu spät angekommen war, weil das Krankenhausbureau bei der Abwendung mit gewohntem Mangel an Umsicht verfahren war. Aber im Krankenhaus kam niemand auf die Idee, sich das Schicksal der Angehörigen so zu erklären. Man war sich bewußt, nach dem unersättlichen Schema P gehandelt zu haben, und so hatte die Sache weiter nach Vorchrift ihren Gang zu nehmen. Am dritten Tage wurde die Leiche nach dem Gemeindefriedhof hinausgeschafft und in einem Armengrabe beigesetzt. Oder vielmehr: so dachten es sich die Angehörigen, als sie erst spät die Trauerkunde erhielten und aus der Zuchtschrift schloffen, daß sie nicht mehr an der Beerdigung teilnehmen könnten. In Wirklichkeit aber hatte die Angelegenheit einen anderen Verlauf. Als am neunten Tage, einem Sonntag, der Bruder der Verstorbenen mit anderen Angehörigen nach dem Friedhof hinausging, um auf der Schwester Grab den ersten Kranz zu legen, wurde ihnen draußen eröffnet, Emma K. sei noch gar nicht beerdigt. Wo die Leiche war, darüber war eine klare Auskunft zunächst nicht zu erhalten. Aber am anderen Tage, dem zehnten nach dem Tode, wurde ihnen auf dem Friedhof ein Grab vorgewiesen, in dem Emma K. liegen sollte, und der Grab wurde in die Gruft gesenkt. Wo war die Leiche in der Zwischenzeit gewesen?!

Der Bruder wandte sich nach der Beerdigung an den „Vorwärts“ und wir rieten ihm, noch nachträglich Auskunft hierüber zu fordern. Diese ist ihm jetzt zuteil geworden, nebenbei bemerkt: unter dem üblichen Geschimpfe auf den „Vorwärts“, durch das manche städtischen Verwaltungsstellen, wenn ihre Mißgriffe von uns gerügt wurden, in ohnmächtiger Wut sich zu entschuldigen suchen. Es stellt sich heraus, daß die Leiche der Anatomie überwiefen worden war, um zu Studienzwecken benutzt zu werden. Von dort hatte man sie erst wieder zurückholen müssen. Der Friedhofsinспекtor, der diese Mitteilung machte, berief sich auf eine Ministerialverordnung, wonach Leichen von solchen Armen, um die niemand sich kümmert, möglichst der Anatomie überwiefen werden sollen. Dergleichen läßt sich nun gewiß nichts einwenden. Es wäre sogar zu wünschen, daß Leichen ohne Ausnahme zu Studienzwecken verwendet würden, nicht nur der Armen und Verlassenen, sondern auch die der Wohlhabenden und Mächtigen. Doch vorläufig sind wir noch nicht so weit, und da kann man es dem einzelnen wirklich kaum verdenken, daß er sich einstweilen dagegen wehrt, die Leichen seiner Angehörigen in der Anatomie verschwinden zu sehen. Die Sorglosigkeit aber, mit der manche Krankenhausbureau bei der Abwendung von Todesnachrichten verfahren, kann nur zu leicht einem Krankenhausinsassen das Schicksal bereiten, als „Armenleiche“ zu enden. Das lehrt der Fall der Emma K., und dieser Fall zeigt auch, daß es keineswegs Kleinigkeit ist, wenn wir solche Versehen immer wieder öffentlich besprechen. Eben weil bestimmt ist, daß Leichen von Armen, um die niemand sich kümmert, an die Anatomie abzugeben sind, sollten die Krankenhausbureau alle Mittel anwenden, etwa vorhandene Angehörige zu ermitteln und auf kürzestem Wege zu benachrichtigen.

Die Angehörigen der Emma K. zweifeln übrigens, ob die Leiche, der sie das Geleit zur Gruft gegeben haben, wirklich Emma K. war. So ganz sinnlos will auch dieser Zweifel nicht scheinen. Liegt sich bei Anatomieleichen am zehnten Tage überhaupt noch feststellen, wen man vor sich hat? War nicht die Leiche der Emma K. inzwischen so gänzlich zerschliffen und zerteilt worden, daß im günstigsten Falle nur noch einzelne Stücke zurückgegeben werden konnten? Es ist bedauerlich, daß man auf dem Friedhofe nicht mehr den Satz öffnen durfte, wie die mißtrauischen Angehörigen es wünschten. Leider ist auch die Rechnung über die Beerdigungskosten, die die Armeninsassen den Angehörigen schuldigt überlassen hat, von diesen sofort bezahlt worden. Gäßen die Eltern die Zahlung verweigert und eine gerichtliche Klarstellung darüber herbeigeführt, wessen Beerdigung sie da bezahlen sollten, so wären vielleicht noch sehr interessante Einzelheiten ans Licht der Öffentlichkeit gelangt.

In der Sitzung der Gas-Deputation am Montag wurde über die vom Genossen E. Durm gestellten Anträge über den Licht- resp. Neufundentag beraten, ebenso gelangte die Frage der vollen Auszahlung von 6 Ferientagen zur Verhandlung. Während beschlossen wurde, den Magistrat in letzterer Angelegenheit zu veranlassen, eine generelle Verfügung auszugeben, welche in Zukunft volle Bezahlung von 6 Ferientagen gewährt, auch wenn Feiertage in die Woche fallen, konnte man sich nicht entschließen, dem Antrag Durm stattzugeben und den Arbeitern, welchen die Feiertage abgezogen worden sind, diese nachzuzahlen. Dabei hat sich das erhebende Schauspiel herausgestellt, daß in einzelnen Verwaltungsdirektionen der Feiertag bezahlt worden ist, hingegen die Gasdirektion, rigoros, wie üblich, nur fünf Ferientage bezahlte. Wenn man sich vor Augen hält, daß der feierzeitliche gestaute Stadtverordneten-Beschluß auf „eine Woche Ferien“ für alle fünf Jahre bei der Stadt beschäftigten Arbeiter lautet, und wenn man auf der anderen Seite bedenkt, daß die Arbeitswoche der Berliner Gasarbeiter in der Regel sieben Tage hat, so offenbart sich darin der ausgesprochen sozialistische Standpunkt der Gasdirektion wieder einmal glänzend. — In bezug auf den Neufundentag will man dem ungesägten Dingen der organisierten Berliner Gasarbeiter insofern eine kleine Konzession machen, als vom 1. Oktober d. J. ab eine sogenannte Probe mit dem Neufundentag für das Retortenhaus III der Gasanstalt Dänzigerstraße gemacht werden soll. In Betracht kommen etwa 65 Feuerhausarbeiter. Man will anstatt der bestehenden zwei Schichten das Dreischichtensystem einführen und für diese drei Schichten einen ganzen Mann mehr bemitteln. Anstatt wie bisher 14 Arbeiter in zwei Schichten sollen also 15 in drei Schichten von je acht Stunden die Arbeit verrichten. Gleichzeitig soll festgestellt werden, ob die Arbeiter dasselbe leisten, als bisher in zwölf Stunden! Man schreibt uns dazu aus dem Kreise der Organisation: Es erscheint recht fraglich, ob die schon jetzt äußerst angepannten Arbeiter diese Mehrarbeit werden leisten können. Für die Gasmeister sind anderhalb Schichten vorgesehen. Die Direktion beabsichtigt eine Probezeit von 1 Jahr Dauer, doch, wenn nicht alles läuft, wird sie sich wohl etwas früher zur Einführung des Neufundentages für alle Betriebsarbeiter bequemen müssen, da die Berliner Gasarbeiter entschlossen sind, mit ganzer Kraft ihrer bereits eingereichten Forderung des Neufundentages für die Betriebsarbeiter sowie des Neufundentages für die Hofarbeiter und Arbeiter des Möbrensystems Nachdruck zu verleihen. Ueber diese letzte Forderung ist man gegen eine Stimme hinweggegangen, da nach Meinung der bürgerlichen Stadtverordneten die Stadt mit Einführung des Neufundentages andern Arbeitern der Privatindustrie das Signal geben würde, die gleiche Forderung zu stellen. Abgesehen von der Tatsache, daß in Berlin bereits Tausende ungelerner Arbeiter neun Stunden arbeiten, wäre es von einer liberalen Stadtverwaltung wohl nicht zu viel verlangt, wenn sie das im Kommunalprogramm der freisinnigen Volkspartei

nützlich aufgestellte Postulat in die Praxis umzusetzen. Aber wer dies glaubt, kennt den Berliner Freisinn schlecht. Es gibt für die Arbeiter nur ein Mittel, ihren Forderungen zur Durchführung zu verhelfen: Anschluß an die Organisation.

Die städtischen Volksschulhäuser werden sehr ungleich benutzt. Die an sich höchste Besuchsziffer hat die Anstalt Värwaldstraße, aber die Vergleichung mit der Größe der Anstalten ergibt, daß der Besuch verhältnismäßig am stärksten in der Anstalt Schillingstraße ist, für die jetzt eine Erweiterung geplant wird. Im letzten Jahre wurde in dieser Anstalt jede Wassenschule durchschnittlich 2087 mal benutzt, während in den Anstalten Koabit, Demelwitzstraße, Värwaldstraße, Oberbergerstraße 2061, 2374, 2823, 2315 Benutzungen pro Woche gezählt wurden. Jede Wasserschule wurde an der Schillingstraße sogar 4833 mal im Jahre benutzt. Für Värwaldstraße, Oberbergerstraße, Koabit belief sich der Durchschnitt pro Wasserschule auf 4227, 3709, 3496 Benutzungen, während die Anstalt Demelwitzstraße es auf nur 2098 Benutzungen pro Wasserschule brachte. Auch bezüglich des Betriebes im Schwimmbad steht diese Anstalt an letzter Stelle, da sie pro Quadratmeter nur 242 Benutzungen im Jahre hatte. Koabit und Oberbergerstraße hatten hier nicht viel mehr, pro Quadratmeter 404 und 411 Benutzungen. Dagegen stellte sich die Zahl der Benutzungen pro Quadratmeter in der Värwaldstraße auf 597 und an der Schillingstraße sogar auf 655. Die Anstalt Schillingstraße steht also auch hier oben an.

Feuerbestattung. An die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat der Verein für Feuerbestattung eine Eingabe gerichtet. Es wird darin gebeten, dem Verein ein geeignetes Grundstück zur Erbauung einer Urnenhalle und Anlegung eines Urnenbains mit der Aufgabe zu überweisen, daß eine Zahlung für das Grundstück nicht zu leisten sei, daß dagegen für jede in der Urnenhalle oder in dem Urnenbain beigelegte Urne eine Gebühr an die Stadt zu zahlen sei. Dem Verein solle es gestattet werden, zur Deckung der Verwaltungs- und Unterhaltungskosten sowie der Verzinsung und Tilgung des Anlagelapitals für die Aufbewahrung der Aschen und Urnen Gebühren zu erheben. Nach Tilgung des Anlagelapitals, spätestens aber nach 50 Jahren, solle die Gesamtanlage kosten- und schuldensfrei in den Besitz und die Verwaltung der Stadt Berlin übergehen. Beigelegt ist eine längere Begründung, die davon ausgeht, daß die beiden Urnenhallen in Friedrichsfelde und im Treptower Park überfüllt sind.

Straßenbahnverbindung Berlin-Friedrichshagen. Im Anschluß an den geplanten Ausbau der Straßenbahnlinie Berlin-Köpenick wird auch die Herstellung einer Straßenbahnlinie Köpenick-Friedrichshagen projektiert. Es handelt sich um eine Zusammenziehung der Köpenicker Straßenbahnlinie mit der Pferdebahnlinie Bahnhof Friedrichshagen-Berliner Wasserwerk, welche elektrischen Betrieb erhalten soll. Der Köpenicker Magistrat, der die dortigen Straßenbahnen in eigener Regie hat, ist bereit, die Umwandlung der Friedrichshager Pferdebahnlinie vorzunehmen und in eigener Regie eine elektrische Straßenbahnlinie Köpenick-Friedrichshagen Bahnhofs zu übernehmen. Die Gemeinde Friedrichshagen soll einen Gemeinanteil von der Bruttoeinnahme erhalten. Da die Bahnhöfe Berlin-Köpenick voraussichtlich im nächsten Jahre zur Ausführung kommen wird, so würde dadurch eine Straßenbahnverbindung von Berlin bis nach Friedrichshagen geschaffen werden. Die Gemeindevertretung von Friedrichshagen hat sich in ihrer letzten Sitzung bereits mit dem Projekte beschäftigt und dasselbe genehmigt. Die Vorlage wird nunmehr in einer der nächsten Sitzungen der Köpenicker Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden.

Die Fleischnot. Die gemischte Deputation zur Beratung der Maßnahmen gegen den durch die Erhöhung der Fleischpreise eingetretenen Notstand trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kiehnauer zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Zunächst wurde beschlossen, eine Unterkommission mit der Ausarbeitung einer Petition an die Reichsregierung zu beauftragen.

Das Prämienverfahren vom Arbeitgeberstandpunkt aus betrachtet. Wir erhalten von der königl. Eisenbahndirektion folgende Zuschrift:

Das auf den größten Güterabfertigungsstellen der Staatseisenbahnverwaltung seit mehreren Jahren bestehende Akkordprämienverfahren gewährleistet eine durchaus zutreffende Bewertung der Arbeitsleistung jedes einzelnen Arbeiters. Es ist deshalb gleichgültig, ob die Güterbewegung durch einzelne Arbeiter oder durch Kolonnen von drei oder auch sieben Leuten erfolgt. Das Zusammenwirken von drei Kräften hat sich indessen im allgemeinen in Rücksicht auf die bei der Güterbewegung zu entfallende dreifache Art der Tätigkeit — Annahme, Wiegen, Verladen — als die für die Arbeiter günstigste Form der Kolonnenbildung erwiesen. Die jetzt bestehende Zusammenrechnung der Kolonnen ist daher nicht im Interesse der Verwaltung, sondern lediglich im Interesse der Arbeiter selbst vorgenommen worden. Da im übrigen jeder Arbeiter ohne Rücksicht auf seine Leistungen den vereinbarten Tagelohn erhält und nur die Verteilung der Prämie nach Maßgabe der besonderen Tätigkeit erfolgt, liegt zu einem „gefährlichen Schwinden“ kein Anlaß vor. Was die Tätigkeit der nur in geringerer Zahl vorhandenen Lademeister anlangt, so hängt diese mit der Güterbewegung so eng zusammen, daß sie bei Bemessung des Lohnes nicht ausgeschieden werden kann. Gleichwohl werden ihre Leistungen zugunsten der Arbeiter nicht einmal mit dem wirklichen täglichen Teilbetrage ihres Gehaltes, sondern lediglich mit dem Durchschnittstageslohn von 3,10 M. in Anrechnung gebracht. An der Prämie nehmen die Lademeister überhaupt nicht teil. Zahlungen aus den Heberbüchern an solche Arbeiter, die an der Güterbewegung nicht beteiligt sind und folglich der Akkordgemeinschaft nicht angehören, sind durch die Eigenart des Verfahrens ganz ausgeschlossen, weil die Gemeinschaft sämtlicher der Güterbewegung im Zusammenhang stehende Nebenarbeiten mitzugewinnen hat. Das Verfahren verfolgt den Zweck, arbeitsfreundlichen und intelligenten Arbeitern, deren die Verwaltung zur schnelleren Erledigung der Güterbodenarbeiten bedarf, Gelegenheit zum Mehrverdienst zu geben, arbeitsunwillige und lässige Leute dagegen von ihren Güterboden fernzuhalten. Der materielle Vorteil der Verwaltung äußert sich einzig und allein in der Ersparnis an Kontrollbeamten, weil die selbigen, auf Teilnahme an der Prämie bedachten Arbeiter die Kontrolle über Arbeitsunwillige selbst ausüben und für deren Entfernung besorgt sind. Die Durchschnittsprämie beläuft sich auf 30 M. In zahlreichen Fällen hat sie das drei- und vierfache der vom Einzelner erzielten Prämie von nur 15 M. erreicht. Die Kollektion ist übrigens so niedrig bemessen, daß die Durchschnittsprämie ohne Heberanstrengung erzielt werden kann.

Wir hätten nicht den geringsten Zweifel daran, daß das Prämienverfahren sich vom Standpunkt der Eisenbahndirektion aus rechtfertigen und zweifellos ausnützlich würde. Daß dergleichen aber, die unter diesem System ihr Leben fristen, von dessen Güte jetzt überzeugt sind, wird die Direktion selber wohl kaum annehmen.

Aus dem Rathaus wird offiziell berichtet: Die Nachricht, wonach Stadtrat Ramskau sich um den Posten eines Kommerzienrats von Berlin bewirbt, ist unzutreffend. Weder der Stadtrat Ramskau noch der selbige Staatsminister Hennig befinden sich unter dem Scherz des Wortes des Kommerzienrats.

Vorortverkehr in anderen Großstädten. Anfang Oktober dieses Jahres findet in Berlin eine Konferenz der preussischen Städte über 100 000 Einwohner statt. Die Städte, Breslau an der Spitze, wollen gemeinsam Schritte unternehmen, damit der Eisenbahnminister Ludde auch anderen Städten Vorortverkehr einrichtet und zwar möglichst nach Berliner Muster.

Ein brennender Eisenbahnwagen verunfallte gestern nachmittag auf dem Sänder zwischen Niddorf und Tempelhof eine Verkehrsstörung. Bei einem nach Tempelhof bestimmten Güterzuge befand sich eine aus Kölnigsberg i. Pr. kommende, mit einem Abstellwagen beladene Lokomotive, bei welcher vermutlich eine Entzündung der Räder eingetreten war. Plötzlich loderten die Flammen an dem Abstellwagen empor und in wenigen Minuten stand die ganze Lokomotive in Flammen. Das Feuer fand in den in dem Wagen befindlichen Abstellwagen sowie in einem nicht unbeträchtlichen Vorrat an Seiden-

stoffen reichlich Nahrung, so daß, als der Brand entdeckt wurde, von der wertvollsten Ladung nichts mehr zu retten war. Um eine weitere Ausbreitung des Feuers zu verhindern, mußte der Wagen auf der Strecke anstrahlt werden. Der Verlust, den der Eigentümer des Abstellwagens erlitten, ist für diesen um so größer, als sich in einem Schreibschloß eine Anzahl Wertpapiere befunden hatten, die natürlich auch ein Raub der Flammen geworden sind. Der durch den Brand angerichtete Schaden dürfte sich auf etwa 40 000 M. beziffern.

Die gerichtliche Untersuchung der Leiche der verstorbenen Frau Herzog fand gestern statt. Die Gerichtsärzte Dr. Hoffmann und Dr. Strauch nahmen sie vor. Der Ehemann, der aus dem Untersuchungsgefängnis vor die Leiche geführt wurde, war sehr niedergeschlagen. Er blieb auch angefaßt der Toten bei seiner Darstellung, nach der es sich um eine fahrlässige Körperverletzung infolge seiner zornigen Aufwallung handelt. Diese Darstellung wurde durch die Untersuchung insofern bestätigt, als ihr Ergebnis ihr nicht widerspricht. Nach der Art der Verletzung ist es also möglich, daß die Frau sie so bekommen haben kann, wie Herzog und sein Bruder es schloßen. Als Todesursache wurde ein Stich in die rechte Herzammer festgestellt. Nach Beendigung der Untersuchung wurde Herzog in das Untersuchungsgefängnis zurückgebracht.

Einem vielfach verbreiteten Gerücht, daß das Etablissement „Arminhallen“ infolge eines Neubaus einget, treten die Inhaber dieses Lokals, Gebr. Meiliß, Kommandantenstraße 20, in einer Zuschrift an uns entgegen. Die Herren bitten um die Mitteilung, daß ihr Unternehmen weiter besteht und mindestens bis zum Jahre 1907 durch Vertrag mit dem Hauseigentümer gesichert ist.

Selbstmord eines Ehepaars. Gestern am frühen Morgen wurde bei den Ruhlebener Schießständen ein in mittleren Jahren stehendes Paar, die Frau bereits tot, der Mann nur noch schwache Lebenszeichen von sich gebend, aufgefunden. Der Mann wurde ins Krankenhaus Westend geschafft, starb aber bald nach der Einlieferung. Wie die Befragung ergab, handelt es sich um das Ehepaar Graf aus der Prentstraße in Spandau, wo beide in einem dortigen Warenhaus beschäftigt waren. Der Grund zu dem tragischen Ende ist darin zu suchen, daß das Ehepaar des Diebstahls beschuldigt wurde, angeblich zu Utrecht.

Junges Kind. Unter dem Verdachte des Kindesmordes ist die noch nicht 10 Jahre alte Frieda Wendrich, die bei ihrer Stiefmutter, der Aufrichterin Barthoff am Petersburgerplatz 2, wohnte, verhaftet worden. Barthoff wurde vor zwei Jahren überfahren und befindet sich seitdem in städtischen Siechenhaus in der Prenzlauer Allee. Seine Frau beschäftigt sich außer dem Hause mit Plätten. So war das Mädchen viel sich selbst überlassen. Als es 14 Jahre alt war, ging es mit einem jetzt 18 Jahre alten Schlosser Arthur Neumann aus der Röhrenstraße 1 ein Liebesverhältnis ein, das Folgen hatte. Die Eltern wußten davon nichts bemerkt haben. Ohne Hilfe eines Arztes oder einer Hebamme gebar das Mädchen am Sonntag, als es allein zu Hause war, ein Kind weiblichen Geschlechts. Montag nachmittag um 5 Uhr kam die junge Mutter nach der Wache des 99. Bataillons in der Bornhorststraße und zeigte an, daß ihr Kind, von dessen Geburt die Polizei noch nichts wußte, gestorben sei. Da sie keinen Totenschein besaß, so ging ein Schammann mit ihr nach der Wohnung und fand an beiden Seiten des Galles der kleinen Leiche Würgemale, die darauf schließen lassen, daß das Kind mit den Händen erwürgt oder erhängt worden ist. Das Mädchen wurde daraufhin verhaftet.

Mit einer Drohkölbe überfahren und schwer verletzt wurde gestern der fast 70jährige Invalid August Kischmann in der Virchowstraße. Der Verwundete erlitt außer schweren inneren Verletzungen einen Oberschenkelbruch.

In Berlin überfahren und sofort getötet wurde gestern vormittag die in der Zimmermannstraße Nr. 4 hier selbst wohnhafte ungefähr 60 Jahre alte Witwe Johanna Sommer. Auf einem Gehsteigsgänge begriffen ereilte sie unter den Rädern das Unglück.

Der Wäcker des Hl. Bischof, Hermann Richter, soll, wie uns mitgeteilt wird, in dem Remontegestüt Wärenslau, wo er zuletzt beschäftigt war, erhängt aufgefunden worden sein. Eine amtliche Bestätigung der Meldung war noch nicht zu erlangen.

Für 3 600 000 M. ist das Palast-Hotel am Leipziger Platz in das Eigentum des bisherigen Pächters übergegangen.

Tauschfälle. Beim Abräumen eines Drogenladens hat sich gestern nachmittag in der Kaiser-Allee zu Wilmersdorf ein schwerer Unglücksfall ereignet. Auf dem Grundstück Nr. 178 war zur Errichtung eines Neubaus ein offener Grabhügel angelegt worden, der gestern wieder besetzt werden sollte. Bei den Arbeiterarbeiten stürzte gestern nachmittag der Arbeiter Max Krüger aus Berlin von der Höhe der dritten Etage in die Tiefe hinab. In fast hoffnungslosem Zustande wurde der Schwerverletzte in das Kreis-Krankenhaus eingeliefert.

Ein weiterer schwerer Unglücksfall trat sich gestern nachmittag auf dem Neubau des Postdienstgebäudes in Niddorf zu. Als Zimmerleute mit dem Aufbau eines Gerüsts beschäftigt waren, schauerte der Wind ein zum Abdecken bestimmtes schweres Brett in die Tiefe hinab. Dieses traf unglücklicherweise den am Fuße des Gerüsts arbeitenden 43jährigen Maurer Ludwig Red, Bornhorststraße 37 wohnhaft, mit solcher Wucht in den Rücken, daß der Gestroffene schwer verletzt zusammenbrach. R. mußte sofort in ärztliche Behandlung genommen werden.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonie erlitt uns, folgendes mitzuteilen: Am Sonntagabend ist in Feldschiffelde auf dem Wege vom Schloßpark bis zum Restaurant Lube, Pringen-Allee, ein großer Pneumatikball, der Arbeiter-Samariter-Kolonie gehörend, verloren worden. Der Finder wird gebeten, seine Adresse an P. Tille, Berlin, Wdhstr. 83a, einzufinden.

Aus der Irrenanstalt Herzberge ausgebrochen ist ein dort auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft interniert gewesener geisteskranker Verbrecher namens Edward Straßhütter. Der junge Verurteilte war bei einem Einbruchsdiebstahl in einer Gastwirtschaft in der Wolkenbüchelstraße, wo eine Kassetten mit Geld und Schmuckstücken gestohlen wurde, beteiligt und wurde später verhaftet. Da St., der früher Schloffer war und zuletzt viel in Jubästerkreisen verkehrte, schon einmal im Irrenhaus untergebracht war, wurde er der Irrenanstalt Herzberge überwiesen. Doch kam St. nicht nach einem der beiden letzten Häuser, sondern blieb zunächst in einem Einzelraume. Hier konnte er seine Pläne vorbereiten. Er lockerte das Gitterwerk am Giebelende des ihm zugänglichen gemachten Korridors sowie die dort angebrachten eisernen Querhaken. Im Augenblick der Flucht bog er in wenigen Sekunden die Querhaken zurück und ließ sich an zusammengefaßten Latenzstreifen aus der Höhe des ersten Stockwerks hinab. Die Flucht wurde zwar gleich entdeckt, doch hat man von dem geistestranken Verbrecher noch keine Spur. Offenbar wird er von Genossen verborgen gehalten.

Heber den Tod der Haushälterin Marta Pohl aus der Stargarderstraße 17 hat auch die Deputation, die Gerichtsärzte Dr. Schulz gestern nachmittag ansahen, noch keine Gewißheit gebracht. Die Todesursache ließ sich nicht bestimmen feststellen. Mehrere Leichenteile wurden daher zurückgehalten, um von einem Gerichtschemiker noch genauer untersucht zu werden. Die Angaben Gundersmanns über Verläufe zur Verklärung seines Lebens wurden durch die Deputation bestätigt. Gundersmann, der ihr Verlobter, blieb dabei, daß er nicht wisse, wozu seine Geliebte gestorben sei. Die von anderer Seite verbreitete Mitteilung, er habe angegeben, daß sie am Sonntagabend in seiner Anwesenheit Kleinfuß eingenommen habe, ist nicht richtig. Er räumte ein, nach der angegebenen Richtung einmal einen Versuch mit ihr gemacht zu haben. Als aber der Anstretter unwillkürlich schlief, habe er vor weiteren Versuchen nicht mehr wissen wollen und dem Mädchen unter Vermeidung der Ehe nicht davon abgeraten. Dieser einzige Versuch liegt schon längere Zeit zurück. Im Gegenstand zu seiner

ursprünglichen Aussage hat Gundersmann nur zugegeben, daß er abends noch mit seiner Geliebten in deren Wohnung gewesen ist. Die weiteren polizeilichen Ermittlungen führten auch zu der Feststellung, daß jemand kurz nach 11 Uhr das Mädchen in der Wohnung, in der es allein zu sein schien, winseln hörte, als ob es Schmerzen hatte.

Feuerbericht. Eine ganze Reihe Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten vierundzwanzig Stunden zu verzeichnen. Nach der Dranienstr. 178 wurde sie gerufen, weil dort Regale in einem Geschäftsraum Feuer gefangen hatten. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden. — Weiter, Kleiburgstraße 2c gingen dann in der Hufitenstr. 41 und Möbel in der Dranienstr. 20 in Flammen auf, während in der Landoberstraße 42 ein Schornsteinbrand beobachtet werden mußte. — In der Pappel-Allee 129 brannte es weiter in einer Küche und in der Wälofstr. 46 auf dem Dache. — Nach der Greifswalderstr. 199 wurde die erste Kompanie alarmiert, weil dort eine Heberabwemmung erfolgt war. Das Wasser wurde abgepumpt. — Außerdem liefen noch aus der Immanuelstraße 3/4, Eibingerstr. 33 und aus der Weustelstr. 33 Feuermeldungen ein, die indes alle drei auf „blinden Lärm“ zurückzuführen waren.

Der deutsche Verein für Volkshygiene ersucht uns mitzuteilen, daß er für seine Ausstellung gesundheitslicher und künstlerischer Frauenkleidung im Reichstagenhaus in dem Falle, daß mindestens 20 Eintrittskarten auf einmal entnommen werden, den Eintritt für Erwachsene auf 30 Pf., für Kinder auf 15 Pf. ermäßigt. Die Karten brauchen nicht gleichzeitig benutzt zu werden. Unserer Ansicht über die Ausstellung haben wir vorige Woche deutschen Kunddruck gegeben.

Theater. Die Premiere der Operetten-Komödie „Der indische Bittwe“ von Schniger und S. Schlegler, Musik von Oscar Strauß, findet am Donnerstag, den 28. d. M., im Central-Theater statt. — Im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) wird Mittwoch und Freitag „Kora“, Donnerstag „Hofgans“, und Sonnabend zum letztenmal „Der Weibhals“ wiederholt. — Im Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater) wird Mittwoch und Sonnabend „Ein Wintermärchen“, Donnerstag und Freitag „Gwissenswurm“, Sonntag „Kora“ gegeben. — Lustspielhaus. In der Freitag stattfindenden Eröffnungsvorstellung des dreitägigen Schwanen „Jahrmart in Pilsen“ von Walter Harlan sind beschäftigt die Damen: Lucie Euler, Olga Limburg, Marie Finkler, Jenny Karba und die Herren: Ernst Bach, Fritz Sedmann, Toni Impeken, Max Marx, Herbert Paulmüller. Die Vorstellung beginnt ausnahmsweise um 8 Uhr.

Vorort-Nachrichten.

Groß-Lichterfelde.

Eine Schauer Geschichte bringt die „Zgl. Adshau“: Eines der größten und wertvollsten Grundstücke des Vorortes Groß-Lichterfelde, das dem verstorbenen Baron Schwarzlopp (Bruder des Ministerialdirektors) gehörte, ist vom Grafen Franz von Spee, königl. Kammerherren, Schlosshauptmann von Düsseldorf und Herrenhausmitglied (auf Schloss Heltor, Kreis Düsseldorf) angekauft worden. Der Käufer ist, wie die ganze Familie Spee, stark ultramontan. Daß er etwa beabsichtigt, seinen Wohnsitz in Groß-Lichterfelde zu nehmen, erscheint bei seinem großen Grundbesitz in Rheinland und Westfalen so gut wie ausgeschlossen. Rinder hat er nicht. Von seinen zahlreichen Geschwistern ist ein Bruder Mitglied des Benediktiner-Ordens (gegenwärtig im Kloster von Maria-Laach, das der Kaiser so ausgezeichnet), ein anderer Bruder ist Weltgeistlicher, zwei Schwäger sind gehören dem Dominikanerorden und eine Cousine gehört dem Franziskaner-Orden an. Somit ist das in Groß-Lichterfelde umlaufende Gerücht wohl nicht ganz ohne Berechtigung, daß der aufstrebende Kauf geschähe sei, um ein Kloster oder sonst eine spezifisch katholische Anstalt dort zu errichten. Das würde einen propäandistischen Vorstoß bedenklicher Art darstellen, der in den konfessionellen Verhältnissen von Groß-Lichterfelde tiefgreifende Störungen hervorzurufen müßte. Interessant bei diesem Kauf ist es allerdings noch, daß durch ihn der ultramontane Graf Spee unmittelbarer Nachbar des antiultramontanen Grafen Hoesbroeck geworden ist, dessen näher Verwandter Graf Spee auch ist.

Unsere eingehenden Nachforschungen in dieser Angelegenheit haben ergeben, daß es mit dem ultramontanen Grundstückskauf seine Wichtigkeit hat, daß aber der Vorstoß gegen den neueren evangelischen Glauben nach einer Methode erfolgen soll, deren die evangelische Geistlichkeit sich mit etwas Widerstandskraft vielleicht doch erwehren kann, mag auch der Grundstückskauf sehr viel von seinem Schatz zu versprechen. Das Grundstück soll nämlich den Benediktinern der bekannten Abtei Recamps, denen es in Frankreich infolge des dortigen Kulturkampfes nicht mehr gefällt, zur Errichtung einer Zirkelfabrik unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Es liegt nun an der evangelischen Geistlichkeit und ihrem Anhang, dem verführerischen Lockmittel gegenüber sich mit der Kraft der Enthaltensamkeit zu wappnen.

Niddorf.

Verunglückte Greisin. Beim Ueberfahren des Fahrweges auf dem Niddorferplatz wurde die 73jährige Witwe Marie Gützel aus der Bürgerstr. 48/49 in Weig von einem Schlächterwagen der Firma Pohl, Leisingstr. 18, überfahren und so schwer verletzt, daß an dem Aufkommen der Greisin gezweifelt wird. Außer Verletzungen im Gesicht und der Brust erlitt die Bedauernswerte einen Schädelbruch. Die Verunglückte wurde in das städtische Krankenhaus eingeliefert. Wegen den Führer des Wagens ist Anzeige erstattet worden.

Von seinem eigenen Fahrwerk überfahren wurde der 19 Jahre alte Knabe Wilhelm Pläusch aus der Jägerstr. 59. Pläusch wurde in der Thüringerstraße den Wagen besitzigen, als plötzlich das Pferd anzog und losging. Dabei kam P. zu Fall, geriet unter die Räder und erlitt einen schweren Schenkelbruch. Ein Unfallwagen brachte den Verunglückten nach dem Krankenhaus Bethanien.

Britz.

Unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet wurde der in der Chausseestraße wohnhafte Schuhmachermeister Ryschewitz. Ryschewitz brach im Geschäft desselben Feuers aus, das jedoch von Hausbewohnern rechtzeitig bemerkt und gelöscht wurde. Hierbei fiel den hülfsbereiten Nachbarn ein starker Petroleumgeruch auf und als man näher nachsah, stellte es sich heraus, daß alle Socken mit Petroleum getränkt waren. Die benachrichtigte Polizei nahm vorsätzliche Brandstiftung an und verhaftete den Geschäftsinhaber.

Steglitz.

Den Verletzungen, welche er bei einem Zusammenstoß mit einem Straßenbahnwagen am Sonntag erlitt, erliegen ist im Lichterfelder Krankenhaus der Maurer Gustav Fenske aus der Herderstraße. Dem von auswärtig herbeigeleiteten Vater des Verunglückten war es leider nicht mehr beschieden, den Sohn noch lebend anzutreffen. Der Tod des jungen Mannes ist um so tragischer, als er ihn in Ausbildung eines Freundeschaftsdienstes erlitt. F. begleitete nämlich einen Kollegen, welcher per Rad die Einkassierung von Beiträgen für seine Vereinsorganisation besorgte, um während dessen Beschäftigung in den Wohnungen das Rad in Obhut zu nehmen.

Zentralverband der Kreditoren (Wirtschaftsverein Berlin). Donnerstag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27a: Mitgliederversammlung.
Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Mittwoch, den 20. September 1905, abends 8 1/2 Uhr, in Feuersteins Besitz, Alte Jänischerstr. 75: Vereinsversammlung mit Feiern.
Leic. und Distriktsklub „Zit. O.“ Heute abend 8 1/2 Uhr: Vortrag und Diskussionsüber: „Christliche und sozialistische Weltanschauung.“
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW4